Preis: 2 Euro

LOTTA

antifaschistische Zeitung aus NRW

Nr. 10
Herbst 2002

www.free.de/lotta

Tatort Stadion

10 Seiten Schwerpunktthema

Interview mit Graeme Atkinson

Interview mit dem "Searchlight"-Europa-Korrespondenten

Regionalbericht Münsterland

Organisierter Neonazismus im Münsterland

Editorial

Liebe Leserinnen und Leser!

Unter uns: Ein bisschen stolz sind wir ja schon! Worauf? Dass wir es trotz widriger Umstände tatsächlich schon auf zehn Ausgaben gebracht haben – und die nächsten zehn sind bereits in Planung.

In dieser Ausgabe präsentieren wir als Schwerpunkt das Thema Fußball. Rassismus, Antisemitismus, Nationalismus und Sexismus sind nun wirklich nichts Außergewöhnliches in den Stadien – wie anderswo auch. Fußball stellt jedoch immer stärker auch eine neonazistische Erlebniswelt dar, bietet Anknüpfungspunkte für extrem rechte Agitation. Dabei reicht es bei weitem nicht aus, den Blick auf die 1. und 2. Liga zu richten. Gerade in den nicht so sehr in der Öffentlichkeit stehenden unterklassigen Amateurligen finden sich diverse Beispiele von rechten Fan- und Hooligangruppierungen mit erheblichen Einfluss. Der Widerstand gegen diese Entwicklung ist wie so oft nur schwach ausgeprägt. Um mehr hierüber zu erfahren, baten wir einen Aktivisten des "Bündnisses Aktiver Fußballfans" (BAFF) um ein Interview. Gerd Dembowski und Axel Mayer von BAFF gebührt auch ein besonders großes Dankeschön für die Mitarbeit an diesem Schwerpunkt. Ebenfalls ein Dankeschön geht nach England an Graeme Atkinson, der sich unseren Interviewfragen zur neonazistischen Offensive und antifaschistischen Gegenwehr in Nordengland gestellt hat sowie ins Münsterland für den ausgezeichnet recherchierten Regionalbericht über die dortige Neonazi-Szene. Unter der Rubrik "Naziszene" starten wir mit dieser Ausgabe neben den Regionalberichten – eine weitere Folge, nämlich "Nazikader unter der Lupe". Hierbei sollen nach und nach die in NRW wichtigsten und aktivsten neonazistischen Führungsfiguren beleuchtet werden. Eine komplett neue Rubrik haben wir mit "Grundlagen" eingerichtet. Oftmals sind wir in der Vergangenheit mit der Problematik konfrontiert worden, dass es diversen LeserInnen an Grundlagenwissen fehlt und einige bei uns anfrugen, ob wir diesem Manko nicht entgegentreten wollten. Wir wollen! Und starten die neue Rubrik mit einem Gastbeitrag des "Antirassistischen Bildungsforums Rheinland" (ABR) zum Thema "Neue Rechte". Auch in Richtung des ABR ein Dankeschön!

Und wie immer aktuelles zu den Themenfelder Rassismus, Rezension/Literaturtips, Braunzone und Gesellschaft.

Einen erfolgreichen antifaschistischen Herbst wünscht

Eure LOTTA-Redaktion

Preisrätsel

Wer sprach mit doitschen Tränen in den Augen die folgenden Worte?

"Ich bin ja, wie ihr wisst, keiner aus der Skinheadszene. Ich kenne mich mit dieser Musik ja eigentlich gar nicht so sehr aus [...] und ich höre das eigentlich nicht. Aber wie ich da stand und wie sie angefangen haben [die Nazi-Band "Oidoxie" bei einem Auftritt. Anm. der LOTTA-Red.], wie sie dann angefangen haben zu singen: 'Helden für Deutschland', da sind mir die Tränen gekommen, dass ich hemmungslos schluchzen musste. Weil mir in dem Augenblick bewusst geworden ist, das sind die neuen Helden für Deutschland, das ist die neue Generation von Kämpfern. Das sind die echten und authentischen Erben der Männer, die fünfeinhalb, fast sechs Jahre im Krieg an den Fronten waren und auch der Frauen und Greise und Kinder, die in den Bombennächten um ihr Leben bangen mussten, obwohl sie keine Uniformen trugen und nicht einmal eine Waffe hatten, um zurückzuschießen."

Inhalt

Gesellschaft

Bewegen Sie sich oder bewegen sie sich nicht?
StudentInnenproteste gegen Studiengebühren – ein Rückblick *Seite 4*

Schwerpunkt

Am Tatort Stadion
Neonazistische Tendenzen in der bundesweiten Fußballfanszene *Seite 6*

Seit 20 Jahren - Fußball und Politik *Seite 10*

Tatort Stadion am Beispiel der SSvG Velbert *Seite 11*

Interview mit BAFF *Seite 14*

Naziszene

Ralph Tegethoff
Nazikader unter der Lupe *Seite 16*

Organisierter Neonazismus im Münsterland: Regionalbericht *Seite 18*

Die Waffen-SS auf Finnlandreise *Seite 21*

Ein Ohrwurm mit Folgen *Seite 23*

Kurzberichte
NRW allgemein | Köln | Wuppertal und Iserlohn | Ennepe-Ruhr-Kreis *Seite 24*

Braunzone

Grenzüberschreitende Projekte:
Warum NRW die "Vertriebenen"-Verbände unterstützt *Seite 26*

Schwerpunkt: Tatort Stadion

Wenn Rassismus keine Meinung ist, sondern ein Verbrechen, werden auch Fußballstadien und ihr Umfeld kontinuierlich zum *Tatort*. Neben Torjubel und Tränen werden die Zuschauerränge für eine aktive Minderheit kontinuierlich zur Bühne ihres neonazistisch orientierten Life-Styles.

ab Seite 6

Grundlagen: "Neue" Rechte?

Genau wie das Schlagwort "Neue Mitte" suggeriert der Begriff "Neue Rechte" Modernität, Erneuerung, Wandel – mit der Besetzung von Begriffen wird Politik gemacht. Aber was ist wirklich neu an dieser Rechten?

Seite 28

Grundlagen

"Neue" Rechte? *Seite 28*

International

Interview mit Graeme Atkinson *Seite 32*

(Anti)Rassismus

Schulter an Schulter gegen Roma *Seite 37*

Literaturtipps

Burschenschaftler, "Alte Herren" und "Neue Rechte" *Seite 38*

Kurztipps *Seite 39*

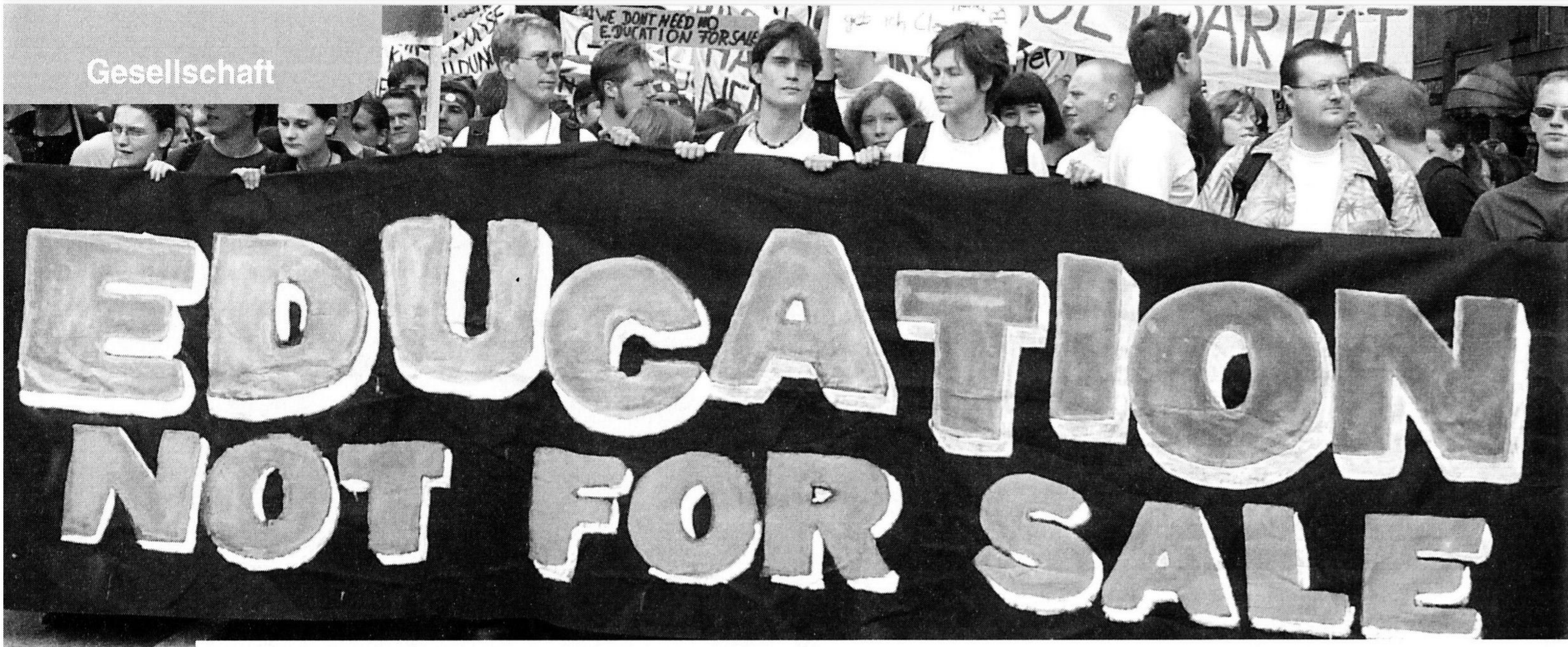
Repression

Stand der Genua-Repression *Seite 40*

Göteburg: Stand der Dinge *Seite 41*

Wuppertal | Dorsten *Seite 42*

Nun, wer ist der bewegte Nazi, der sich nicht einmal mehr an die mörderischen und unvergleichbaren Greueltaten der Wehrmacht, SS und SA zu erinnern weiss? Wer es weiss, schreibe schnell einen elektronischen Brief an *lotta@koma.free.de* und teile uns die Lösung mit. Einsendeschluss ist der 1.11.2002. Der Weg von und nach rechts ist nach wie vor ausgeschlossen. Dem Gewinner bzw. der Gewinnerin winkt ein LOTTA-Jahres-Abo, alternativ - nur für LOTTA-AbonnentInnen - ein Abo des "*Antifa-Infoblatt*" aus Berlin. Bei mehreren richtigen Einsendungen entscheidet das Los.



Von Dorothea Moehle

Bewegen sie sich oder bewegen sie sich nicht?

StudentInnenproteste gegen Studiengebühren – ein Rückblick

Die StudentInnenproteste im Frühjahr/Sommer 2002: Auf der einen Seite Resignation, ein möglicherweise letztes Aufbegehren, das der Verzweiflung und dem Ärger Ausdruck gab - auf der anderen Seite verständnissuchende nette Aktionen. Aber auch die Mehrheit derjenigen, die nicht mitmachten.

Trotzdem waren es immer noch einige tausend StudentInnen, die täglich in NRW engagiert ihren Protest auf die Straße getragen haben, was zum letzten Mal in Deutschland in diesem Umfang während des Streiks 1997 der Fall war. Damals ging es unter anderem um das bundesweit geltende Hochschulrahmengesetz und die Forderung, ein absolutes Studiengebührenverbot darin aufzunehmen. Jetzt geht es nun um die Abwendung der geplanten Studiengebühren. Über einen Monat protestierten, demonstrierten und streikten Studierende der Hochschulen in Nordrhein-Westfalen. Es gab noch andere Gründe hierfür, wie eine angekündigte Streichung der Landesmittel für die Studentenwerke und das Eintreten für einen Bildungsbegriff abseits des marktwirtschaftlichen Verwertungsgedankens. Doch den Mittelpunkt bildeten die Gebühren.

"Wir zahlen nicht!"

Der Prozess der neoliberalen Umstrukturierung der Hochschulen - Privatisierung von Bildung, Verschärfung des Konkurrenzprinzips und eben Studiengebühren - zielt darauf ab, Bildung vollständig den Markgesetzen zu unterwerfen. Abkommen wie das "Allgemeine Abkommen über den Handel mit Dienstleistungen" (GATS) der "Welthandelsorganisation" (WTO) zielen auf eine umfassende Privatisierung und damit kapital-freundliche Umgestaltung von Dienstleistungen in allen gesellschaftlichen Bereichen, und einer davon ist die Bildung.[1]

In NRW hat die Landesregierung nun einen Entwurf für ein "Gesetz zur Einführung von Studienkonten und zur Erhebung von Hochschulgebühren" vorgelegt, welches noch in diesem Jahr vom Landtag verabschiedet werden soll. Ziel ist es, mittelfristig für die StudentInnen der Hochschulen des Landes Studienkonten einzuführen, welche sogenannte Bildungsguthaben für alle Studierenden zur Verfügung stellen. Wie hoch die Gebühren nach dem Aufbrauchen dieses "Guthabens" sind, ist noch nicht festgelegt. Für Zweit- und SeniorenstudentInnen wird es Studiengebühren von 650 € pro Semester geben. Bis zur Einführung des Studienkontenmodells wird auch für LangzeitstudentInnen eine Gebühr von 650 € fällig. In der Begründung zu den Studiengebühren heißt es wie folgt:

"[...] Studiengebühren für Langzeitstudierende [werden] in der Regel zu einem stringenteren und ergebnisorientierten Studium veranlassen. Solche Gebühren sind ein zukunftsbezogenes Steuerungsinstrument, das die Hochschulen entlastet und der Volkswirtschaft Vorteile bringen wird. [...] Das gilt auch für den zu beobachtenden Effekt einer Bereinigung der Zurückweisung sogenannter Trittbrettfahrer, die sich an den Hochschulen nur einschreiben, um Vergünstigungen von der Krankenversicherung, ein Semesterticket und sonstige Ermäßigungen zu erhalten [...]"[2] Die Zweitstudiengebühr folgt dem Grundsatz, dass in Zeiten knapper öffentlicher Haushalte grundsätzlich nur ein erstes Studium in Ausübung des Berufsgrundrechts gebührenfrei gewährleistet werden kann. Das Seniorenstudium (ab dem 60sten Lebensjahr) widerspricht der eigentlichen Funktionsbestimmung der Hochschule auf eine berufliche Tätigkeit vorzubereiten.

Die Landesregierung führt die Studiengebühren unter der Überschrift "Akzent und Ausgewogenheit im Spar-

kurs" direkt dem Landeshaushalt zu. Ab 2006 sollen die Gelder dann zu 100% an die Hochschulen gehen.

Eine Verwaltungsgebühr von 50 € für alle Studierende ist mittlerweile vom Tisch. Dieses ist bestimmt nicht unabhängig von den Protesten der Studierenden zu sehen, die beinahe jeden Tag, über einen Monat lang zum Landtag demonstriert sind.

"Wandelt Wut in Widerstand!"

StudentInnenvertretungen beschäftigen sich schon seit langer Zeit mit Studiengebühren und versuchen andere StudentInnen auf diese Entwicklung in der Bildungspolitik aufmerksam zu machen. Als im Mai diesen Jahres die Pläne der Landesregierung mit dem nicht allzufernen Umsetzungsdatum Sommersemester 2003 herauskamen, gingen hochschulpolitisch engagierte Gruppen nochmals verstärkt daran, ihre MitstudentInnen zu informieren und zu mobilisieren. Viele von diesen reagierten betroffen, aber auch bereit, Zeit für Protestaktionen aufzuwenden. Gar nicht so wenige Hochschulen oder einzelne Fachbereiche traten für ein paar Tage oder auch für den Rest des Semesters in den Streik.

In der Folgezeit kam es zu zahlreichen Aktionen: Transparente und Flugblätter wurden erstellt, Unterschriften gesammelt, Protest-Emails geschrieben, öffentliche Vorlesungen an allen möglichen Plätzen abgehalten, kleine und große Gruppen demonstrierten auf der Straße und besetzten Kreuzungen und Autobahnen. In Düsseldorf gab es eine Großdemonstration mit mehr als 20.000 Menschen und viele Mahnwachen. Von Kindergärten bis zu Gewerkschaften wurden MitstreiterInnen gesucht. Es wurde anarchistischen Reden Beifall geschenkt - und FDP-Propaganda gelauscht. Am 18. Juni wurde für mehrere Stunden die Bannmeile des Landtags besetzt, wobei es einer kleinen Gruppe gelang, bis in den Landtag vorzudringen.

Insgesamt waren die Aktionen vielfältig und friedlich. Die Polizei hielt sich bis zur Landtagsstürmung auffällig zurück, um danach ein unverhältnismäßiges Großaufgebot anzukarren. In der Woche nach der Landtagsstürmung gab es noch weitere Protestaktionen, die allerdings immer spärlicher besucht wurden.

Was haben die Proteste konkret gebracht? 50 € Verwaltungsgebühr für alle Studierende sind vorerst gekippt worden. Dies kann als ein kleiner Erfolg gewertet werden, leider aber auch als eine Grund zur Spaltung des Widerstands, da nun viele Studierende nicht mehr unmittelbar von Gebühren bedroht sind und aufgrund fehlender Betroffenheit nur noch schwer ansprechbar sein werden. Es bleibt abzuwarten, ob und wie sich die Proteste weiterentwickeln. Immerhin ist durch die vielen Aktionen an den Hochschulen wieder so etwas wie ein Ansatz einer Demonstrations-, Widerstandskultur erwacht.

Fazit

"Studenten gelten traditionell als unnachgiebige Gesellschaftskritiker. Sie haben, wie Humboldt es ausdrückte, die noch richtungsweisende Kraft der Jugend. Zudem bekommen sie an den Universitäten Einsicht in die gesellschaftlichen Zusammenhänge. Manche sehen es geradezu als die soziale Aufgabe der StudentInnen an, die Einhaltung allgemeiner Werte wie Gerechtigkeit oder Frieden einzufordern."[3]

Diese Sicht geht wohl an der heutigen Situation vorbei. Einen Zusammenhang zwischen Studieren und der Verantwortung, das angeeignete Wissen auch zum Protest gegen bestehende Ungerechtigkeit einzusetzen, ist nachvollziehbar, doch identifiziert sich wohl kaum ein Studierender noch damit. Bildung wird in der Gesellschaft als Ware und als Ausbildung zu einem Beruf gesehen.

Die Forderungen der Studierenden lauteten in erster Linie: Weg mit den Gebühren! Dies war ja auch der Anlaß der Proteste. Natürlich gab auch hier, wie schon bei den Protestformen zu sehen ist, eine breite Spanne von Meinungen. Von Studierenden, der/die Studiengebühren eigentlich gar nicht so schlecht fänden, wenn diese denn nicht in den Landeshaushalt, sondern direkt in die Hochschulen, also in ihre eigene Ausbildung fliessen würden, bis zur theoretisch untermauerten Kapitalismuskritik war alles vertreten. Nun sind diejenigen Studierenden, die mit einer umfassenden Gesellschaftskritik aufwarten können dann auch meistens diejenigen, die sich an der Hochschule oder in einem anderen Feld sowieso schon politisch engagieren. Und ob die Universität die aktiven Studierenden hervorbringt oder sie anlockt wäre noch zu klären.

"Eins ist jedenfalls sicher: Mit der Reform des Hochschulwesens im allgemeinen und der Einführung von Studiengebühren im besonderen werden die Möglichkeiten zu einem vertieften Studium und einem noch wissenschaftlich zu nennenden Erkenntnisgewinn um ein vielfaches reduziert, und die ohnehin kaum vorhandenen Räume zur Entfaltung kritischer Gedanken weiter beschnitten. Was nach diesem bildungspolitischen Paradigmawechsel davon übrig bleiben soll, ist eine verschulte Rumpfausbildung für möglichst viele und ein sich mehr oder weniger spezialisierender Ausflug von wenigen, durch "besondere Eignung" qualifizierten StudentInnen in wissenschaftliches Arbeiten."[4] Aber auch Freiräume für ein Engagement in der studentischen Vertretung werden durch die weiteren Gebühren beschnitten. Die Langzeitstudiengebühr zielt somit auch auf diejenigen unter den Studierenden, die während ihrer Studienzeit politische Arbeit in größerem Umfang leisten. Politisches Engagement an den Hochschulen soll durch den Zwang zur persönlichen Karriereplanung erschwert werden. So produziert die markt-konforme Hochschule ihre konformistische Studierendenschaft und kann somit auch ein Verlust linker Infrastruktur bedeuten.

Die Autorin ist Mitglied des AStA der FH Düsseldorf

[1] Aufruf "Her mit dem schönen Leben - für alle!" zur Demonstration in Düsseldorf am 8.06.02

[2] Stellungnahme des Ministerpräsidenten Clement zur anhaltenden Diskussion um Immatrikulationsgebühren und Gebühren für Langzeitstudentlnnen vom 10.06.02

[3] TAZ-Kommentar 10.6.02 von Christian Füller: Protest der Privilegierten

[4] Shida Kiani, Lambert Heller (AStA Uni Hannover) in Zeitung gegen Studiengebühren, Winter 2001/2002

Von Gerd Dembowski

Am Tatort Stadion

Neonazistische Tendenzen in der bundesweiten Fußballfanszene

Wenn Rassismus keine Meinung ist, sondern ein Verbrechen, werden auch Fußballstadien und ihr Umfeld kontinuierlich zum *Tatort*. Neben Torjubel und Tränen werden die Zuschauerränge für eine aktive Minderheit kontinuierlich zur Bühne ihres neonazistisch orientierten Life-Styles. Sie nutzt Fußball als Ventil für diskriminierende Strömungen, die im alltäglich tolerierten Rassismus verwurzelt sind.

Auch Antisemitismus und Sexismus sind gesellschaftliche Phänomene, die im Fußball wie durch ein Brennglas an Schärfe gewinnen.

Fußball ist ein soziokulturelles Ereignis: Millionen Menschen spielen selbst, noch mehr Millionen verfolgen Fußball im Stadion oder am Bildschirm. Zumindest in der westlichen Hemisphäre versammeln sich nur noch in den Kirchen Woche für Woche so große Menschenmassen am gleichen Ort und in nahezu konstanter Struktur. Je nach Situation, Stimmgewalt und gegnerischem Team kann die aktive Minderheit von Rechts entsprechend große (anonyme) Massen mitreißen.

Kein Wunder also, dass neonazistische Gruppierungen spätestens seit den 1980er Jahren immer wieder versuchen, Fan- und Hooliganszenen zu unterwandern, um Nachwuchs zu rekrutieren. Bis heute sind dies eben nicht nur irgendwelche "Nazi-Aliens", die sportsfremd im Stadion landen, um "unseren" schönen Fußball zu benutzen, wie es von Vereinen bis zur Politik gern gepredigt wird. Mindestens seit den 1980er Jahren bildet sich eine Kontinuität rechter Fußballfankultur heraus.

Trennendes und Gemeinsames

Bei der Betrachtung der Fußballfankultur ist es wichtig, nicht den gleichen Fehler zu machen, den oftmals die Medien fortschreiben. Sie setzen Hooligans gern mit Neonazis, Boneheads bzw. rechten Jugendlichen gleich. Solche Pauschalisierungen verfehlen die Realität. Generell gilt gar nichts: Nicht alle Hooligans sind Neonazis, Boneheads oder rechte Jugendliche. Und: Neonazis, Boneheads oder rechte Jugendliche gehören nicht per se zu den örtlich etablierten Hooligan-Gruppen.

Sicher existieren personelle Überschneidungen. Die Zusammensetzung der Szene differiert jedoch von Ort zu Ort. Hooligans sind in erster Linie gewaltorientiert und ihnen geht übermäßige Betonung auf Politik zumindest vordergründig gegen den Strich. Sicher gibt es auch Hooligans, die sich offen als "Rechte" bezeichnen würden; und latent rechts sind viele (bzw. die meisten), auch wenn es ihnen selbst nicht bewusst sein mag. Viele stehen unterschwellig für typische Ideologeme ein, die zum rechten, neonazistischen Weltbild gehören. Es gibt Überschneidungen im Denken: Männerbündelei, Chauvinismus, Hartsein als absolutes Ideal - da treffen sich Hooligans inhaltlich und in ihren Ausdrucksformen mit Neonazis, Boneheads bzw. rechten Jugendlichen. Auf irgendwie rechte Jugendliche übt ein solches hartes Auftreten heute weiterhin einen starken Reiz aus: nach außen hin mit relativ leichtem Aufwand überlegen zu wirken. Ähnlich wie Boneheads sind Hooligans das ungeliebte Zerrbild einer neoliberalen "Erfolgsgesellschaft".

Beide Gruppierungen verbindet eine Brutalität, die oftmals durch die Sprache der Presse und des Fernsehens oder durch das Verhalten einzelner Spieler, Trainer und Funktionäre gespiegelt wird. Der Gegner wird "ausgeschaltet", "vom Platz gefegt", "weggebombt", "nieder-" oder "kampfunfähig gemacht". Spieler sind "Leitwölfe" und "Zerstörer", "hart und kaltblütig", die sich "den Arsch aufreißen" (Lothar Matthäus), um "mit der Brechstange" und "Granaten" zu siegen. Klaus Kocks erzählt 1998 als PR-Manager bei VW im Interview mit der "Süddeutschen Zeitung", er sei im "Wirtschaftskrieg" lieber "eine Art Hooligan der feineren Stände" als "Muckefuck-Trinker". Ebenso kämpft Filmlizenznehmer Leo Kirch als Medien-Hooligan mit rücksichtsloser Ellenbogenmentalität für (s)ein Monopol der Fußball-TV-Rechte.

Alle zusammen setzen sich mit ihren Mitteln, Möglichkeiten und einfachen "Wahrheiten" gnadenlos gegen potentielle Konkurrenten durch, im Notfall bis zur "Vernichtung".

Bestätigt wird dies durch die Doppelmoral des Fußballimperiums, die auch bei Fußballfans ähnlich zweischneidig diskutiert wird: Einerseits brauchen die Fußballmacher das Geld, um den Fans teure Stars aus "dem Ausland" zu bieten, andererseits brodeln verkürzt geführte Debatten über sog. "Ausländerbeschränkungen" zum Wohle des deutschen Nachwuchses.

Aus der Mitte der Gesellschaft

Nicht nur Medien, Funktionäre, Trainer und Spieler können als Beschleuniger von rechten Ressentiments und Gewalt wirken, sondern auch die Akteure der Tagespolitik. Es entsteht eine Wechselwirkung. So wie die Beschneidung des Asylrechts durch die CDU/CSU/FDP-Regierung 1993 und ihre rigorose Fortführung mit Nachfolger Otto Schily den gesellschaftlich tolerierten Alltagsrassismus verstärken, hatte vor dem Türkei-Länderspiel 1983 der damalige Berliner Innensenator Heinrich Lummer Öl in Feuer gegossen. Angelehnt an die Bonner "Rückführungskampagne" hatte er die Losung "Berlin muss deutsch bleiben" ausgelobt und behauptet, der Unterschied zwischen Türken und Deutschen beginne schon beim Geruch.

"Ausländer" werden (zunehmend) danach beurteilt, ob sie nützlich für "dieses" Land sind. Solche standortnationalistische Politik ist das Schmierfett im Getriebe der Xenophobie und des Rassismus in Deutschland. Mitläuferische, vor allem jugendliche Fußballfans können sich so als vollstreckende Speerspitze der Gesellschaft fühlen. In vielen Fällen können sie sich rechtfertigen, lediglich das offen auszusprechen oder sogar umzusetzen, was "die da oben" oder sogar die Familie am Küchentisch verbreiten.

"Es ist 'in', rechts zu sein" – auch im Stadion

Vor allem im Bundestagswahlkampf 1998 fielen rechte Parteien und Gruppierungen um die NPD und DVU in verschiedenen Stadien auf. Im Ruhrgebiet wurden jugendliche rechtsgerichtete MSV-Fans zu "Kameradschaftsabenden" mit Reden und Nazi-Merchandising eingeladen. Schon 1996 stand im Jugendschutzbericht der dortigen Polizei: "Seit ca. drei Monaten fällt eine neue Fußballgewaltgruppierung auf: 'Die Glatzen'. Die Mehrheit der Mitglieder hat extrem kurze Haare und kleidet sich mit schwarzen Bomberjacken und Springerstiefeln. Es dürfte sich um eine rechte Gruppierung handeln." Die drei verurteilten Mörder Oliver Pauckstadt (damals 21), Stefan Eminger (damals 20) und Gordon Biberger (damals 17) des 1999 getöteten Egon E. in Duisburg-Walsum, waren zu diesem Zeitpunkt Boneheads aus dem Umfeld des MSV Duisburg, hatten sich dort kennen gelernt und wurden auch Tage nach der Tat vor einem Heimspiel des MSV gegen den SC Freiburg gemeinsam verhaftet.

In ihrem Jahresbericht 1999/2000 bestätigte die Zentrale Informationsstelle Sport der Polizei die Präsenz rechter Fußballfans im Bereich der Bundesliga mit einem Anstieg von 8 %, in der 2. Bundesliga gar um 115 %: "Wie im Vorjahr liegen in 23 Standorten Informationen vor, nach denen dort von einer teilweisen personellen Überschneidung der jeweiligen Fußballszenen mit den rechten Szenen auszugehen ist. Hierbei handelt es sich um 12 (Vorjahr 15) Erstligastandorte mit zusammen 400 (Vorjahr 371) der rechten Szene zuzurechnenden Personen der Kategorien B und C und um elf (Vorjahr acht) Zweitligastandorte mit zusammen 240 (Vorjahr 112) Personen."

"Es ist 'in', rechts zu sein", stellte der Düsseldorfer Fanprojektler Dirk Bierholz in einem Interview mit der "Neuen Ruhr-Zeitung" im August 2000 fest - martialisches Auftreten ist wieder in Mode. Hierbei drückt sich rechte Symbolik in ständig wechselnden Codes aus, um z.B. die Stadionordner zu täuschen. Aber auch eindeutige Parolen sprechen weiterhin für eine Nähe zum Antisemitismus und eine Vernetzung mit organisierten Strukturen: "Wir bauen eine U-Bahn von XY nach Auschwitz" oder "Hier marschiert der nationale Widerstand".

Denkt man zurück an den Beginn der 1990er, als nahezu ganze Kurven Spieler wie Souleyman Sané mit Dschungellauten und Bananenwürfen diskriminierten, so könnte man meinen, Rassismus in den Stadien wäre

zurückgegangen. Das Gegenteil jedoch ist der Fall. Lediglich die Ausdrucksform ist subtiler, verdeckter geworden. Eindeutige Symbolik oder Rufe wurden abgelöst durch Kleidung der Marken "CoNSDAPle" oder "Walhalla", Schals verarbeiten Einzelelemente der verbotenen Reichskriegsflagge zu neonationalistischem Patchwork, im World Wide Web grüßen die Kameraden mit verklausulierten Buchstabenkombinationen oder stellen ihren Gedankenaustausch auf sog. Blindseiten ins Netz, die für Außenstehende unauffindbar bzw. unzugänglich sind.

Auch junge Neonazis werden in einer kommerzialisierten Welt groß, in der Marken und Hip-Sein eine große Rolle spielen. Deshalb sind Hakenkreuze im Alltag eher "unsexy" und lediglich das letzte Mittel, wenn keiner zuguckt. Lieber werden z. B. schwarz-rot-weiße Hemden der Marke "Fred Perry" getragen. Was bei anderen Menschen als Modeerscheinung gelten kann, wird bei Anwendung durch einen Rechten mit nationalistischer und rassistischer Bedeutung und Aussage aufgeladen. Nur selten wird es so offen, wie im Netzforum bei "www.tatort-stadion.de": "Es müSSen noch mehr rechte in die stadien und die nigger und alis aus den doitschen manschaften jagen.heil hitler", schrieb jemand, der sich als St.Pauli-Skinhead ausgab.

Neonazistische Propaganda

Das Internet hat die Spielberichtsfanzines der späten 80er und beginnenden 90er revivalt. Dort tauchen heute immer wieder rechtsgerichtete Anspielungen, diesbezügliche Schimpftiraden und Losungen auf. Der vereinsübergreifende Fanclub "Ruhrpottadler" nahm 2002 einen Vereinsausschluss

des "Bündnis Aktiver Fussball-Fans" (BAFF) durch eigenen Austritt vorweg, nachdem eines ihrer Mitglieder nicht nur eine Fahne im Stadion präsentierte, die an das Layout der Reichskriegsflagge erinnerte, sondern auch, weil ein weiterer "Ruhrpottadler" seine Homepage im Layout des Ku-Klux-Clans präsentierte. Die Ruhrpottadler-Homepage verlinkte außerdem zu dieser Zeit die faschistische Ultra-Fangruppe "Irriducibili" von Lazio Rom.

Die Gruppe "Braunschweig 88" spielt nicht nur in ihrem Namen auf ihre Gesinnung an, sondern bietet im Downloadbereich ihrer Netzseite auch Songs der Band "Skrewdriver" an. "Der Lokführer", ein siebzehnjähriger Fan des VfB Leipzig verbindet das Vereinslogo des VfB mit einem Sticker des Ku-Klux-Klans, baut es anstelle des Hakenkreuzes ins Reichsadleremblem der NSDAP ein und äußert sich in Spielberichten entsprechend zu "den vielen Polacken" in den anderen Teams. Im Internet zeugt z.B. ein Foto der "Kategorie Magdeburg" von einer schwarz-weiß-roten Fahne mit altdeutscher Aufschrift zum Spiel gegen Oldenburg von der politischen Ausrichtung ihrer Urheber. Skinheads Ribnitz und Skinheads Rostock glorifizieren im World Wide Web die neonazistischen Ausfälle von Fans und Hooligans seit den 80er Jahren und outen sich als Rostock-Fans, die auch mal "einige Lieder, die mit ner U-Bahn zu tun haben" singen. Ein Fan von Rot-Weiß Erfurt fordert im Mai 2002 in einem Gästebuch "Zyklon B dem FCC" und die "Hertha Harlekins", eine Ultragruppierung, die sich nach Selbstauskünften zur sog. unpolitischen Fanszene zählt, nutzt auf ihrer Homepage Songs der Neonazi-Band "Landser" zur Verfassung ihres eigenen Liedguts. Im Gästebuch der "Hertha Fanatics" fand sich ein Aufruf zum Überfall eines besetzten Hauses in Potsdam nach dem DFB-Pokalspiel beim SV Babelsberg 03, der dann auch von Hertha-Boneheads und Unterstützung aus dem gesamten Umland erfolgte. Um nur einige Beispiele zu nennen...

Auch im Bundestagswahlkampf 2002 traten Rechtsaußen- bzw. Neonazi-Parteien wieder mit Propagandamaterial an die Stadionumfelder heran. So verhinderten nach wiederholtem Aufbau eines NPD-Standes vor der AOL-Arena des Hamburger SV im Frühjahr 2002 couragierte HSV-Fans die weitere Verteilung von Flugblättern und Werbegeschenken. Aus Hannover hörte man beim Spiel gegen Eintracht Frankfurt nicht nur antisemitische Beschimpfungen, sondern fand beim ersten Heimspiel in der ersten Bundesliga im August 2002 hunderte von NPD- und Rudolf-Hess-Aufklebern rund um das Stadion. Zuvor hatte der FC Schalke 04 im Zusammenhang mit einem "Skrewdriver"-Logo auf einer S04-Fanfahne bundesweite Stadionverbote eingeleitet.

Rechts ist die deutsche Mitte

Dennoch scheint für die Öffentlichkeit Rassismus in den Stadien weniger direkt "auffällig" geworden zu sein - weil die bürgerliche und verkürzte Klausel "rechtsextrem" immer daran zu messen ist, wie rechtsorientiert sich die Gesellschaft momentan formiert. Bestärkt und beschleunigt z.B. durch Zero-Tolerance-Politik, nationalistische

Parolen von Kanzlerkandidat Edmund Stoiber, faktische Abschaffung des Asylrechts, Krieg gegen Serbien, Wahl der "Schill-Partei" in die Hamburger Regierung, die Debatte um "Ausländerregelungen" im Fußball etc. fallen rechtsorientierte Meinungen und Fans im Stadion genau wie im Alltag einfach weniger auf, weil eine solche Kultur etabliert ist. Wenn dazu die Stolz-Debatte neu akzentuiert wird oder Kanzler Schröder Sexualstraftäter für immer wegschließen will, fühlt die Speerspitze sich bestärkt und ruft aus der Sicherheit der anonymen Masse heraus: "Wir bauen eine U-Bahn von XY bis nach Auschwitz" oder "Hoch auf dem gelben Wagen, sitz ich beim Führer vorn"... Dazu kommt, dass Jugendliche sich bekanntlich gern von ihren Eltern abgrenzen, indem sie "einfach heftiger" sind.

Nicht zu schweigen von Sexismus (Frauenfeindlichkeit und Homophobie) und Antisemitismus, die sich (auf den Stadionrängen) einem breiten, sanktionierten Konsens erfreuen. Dies wird unterstützt durch sexistische Werbekampagnen vieler Vereine, die mit nackten Frauen in entsprechenden Posen und mit entsprechender Betitelung ("Man steckt nicht drin" im Umfeld des FC St. Pauli 2002 beispielsweise) ihre Produkte an den "Mann" bringen wollen. Ebenso der DFB, der zur Werbung um die WM 2006-Bewerbung freizügige Jamaikanerinnen beim Jubeln während der WM 1998 in Frankreich auf Werbeposter drucken ließ. Bei den so genannten normalen Bürgern äußert sich das gewöhnlich auf dem Level "Ich bin doch kein Rassist/Sexist, aber..." - ein Zeichen dafür, wie entsensibilisiert "normale Bürger" sind, die so reden.

Rassismus in Deutschlands Fußballstadien ist als Seismograph für die Gesellschaft so aktuell wie eh und je, und mit der WM 2006 steht ein Transmissionsriemen für übersteigerten Nationalismus vor der Haustür. Reichskriegsflaggen und Hitlergrüße während der Feierlichkeiten nach Spielen der DFB-Elf bei der WM 2002 haben nur einen sehr geringen Eindruck von Richtungen der national-selbstbewussten "Berliner Republik" vermittelt. Es gibt Umfelder bei einigen Vereinen, die schon traditionell seit mehreren "Fan-Generationen" ein gefestigtes rechtes Fan-Potential vorweisen. Ganz im Gegenteil ist klar, dass rechte Tendenzen an jedem Ort immer wieder auftauchen, vermehrt in den unteren Ligen z.B. wegen geringerer Kontrolle.

Nicht jede rechte Parole kann dokumentiert und belegt werden, aber jede/r der/die regelmäßig im Stadion oder auf dem Weg dorthin ist, kann von zweifelhaften Gesängen à la "Wir sind deutsch" oder "Fenerbahce, Galatasaray - Wir hassen die Türkei" eigene Erfahrungen mitnehmen. Hinzu fällt auf, dass traditionell besonders die Auswärtsspiele des FC St. Pauli immer wieder Boneheads und rechte Jugendliche aus der gesamten Region anziehen, die dem vermeintlich "linken" Mythos des Vereins und seiner Anhängerschaft etwas (rechtsorientierte Gewalt) entgegen setzen wollen. Auch die Auswärtsspiele von TeBe Berlin geraten kontinuierlich zu einer solchen Zielscheibe.

Heute versuchen viele Fans durch die affirmative Losung "Keine Politik im Stadion" politische Einflüsse jeder Art von sich zu weisen und zu leugnen, dass Fußball Teil der Gesellschaft ist. Dadurch, dass sie "Keine Politik im Stadion" propagieren und antirassistische Töne als störende, fußballfremde Einmischung einordnen, bestätigen und stabilisieren sie die vorhandenen rassistischen Tendenzen und entsprechende Akteure.

Andere verharmlosen ihre Meinung als Patriotismus: "Die Franzosen dürfen doch auch stolz auf ihr Land sein. Da meckert keiner", was übrigens auch DFB-Präsident Mayer-Vorfelder in einer Verkettung konservativer Rhetorik benutzt. Dabei vergessen alle die gänzliche Armseligkeit jeder patriotischen oder nationalistischen Haltung: "Es ist unbegreiflich, wie jemand sich Stolz einbildet auf die geografische und genetische Banalität, dass er einmal zufällig an einem bestimmten Punkt zur Welt kam", schreibt Wiglaf Droste. "Fürs Geborenwerden kann keiner etwas, er muss es sich nicht vorwerfen und es sich nicht als persönliches Verdienst anrechnen. Man ist eben da, wie Milliarden andere auch, vielleicht macht man etwas Schönes daraus. Aber stolz sein, weil auch bei den eigenen Eltern die Teile ineinander passten?"

Der französische Fußball-Weltmeister von 1998, Lilian Thuram, meint: "Diese Leute meinen, dass wir Schwarzen wie Affen sind, und deswegen müssen wir uns diese "Uh-Uh'-Rufe anhören. Dieses Verhalten gibt es überall in der zivilisierten Welt. Um die Wahrheit zu sagen: Bis vor 100 Jahren haben renommierte weiße Intellektuelle argumentiert, dass die Schwarzen den Weißen unterlegen sind. Europäische Länder haben ihre industrielle und wirtschaftliche Macht auf dem Rücken der Schwarzen aufgebaut. Die 'Uh-Uh-Uh'-Rufe, die Fans heute von sich geben, sind die logische Folge dieser Kultur." Deshalb ist auch das häufig vorkommende Statement "Das ist doch nur Provokation" als Rechtfertigung für Stadionausschweifungen nicht zu akzeptieren. Denn jede "Provokation" offenbart tiefenpsychologische Wahrheiten und mindestens verborgene, persönliche Richtschnüre.

Gerd Dembowski hat von 1995 bis 2000 in zwei Duisburger Fanprojekten gearbeitet, ist seit 1996 ein Sprecher des "Bündnisses Aktiver Fußballfans" (BAFF) und organisiert seit 2001 dessen Wanderausstellung "Tatort Stadion. Rassismus und Diskriminierung im Fußball". Das gleichnamige Buch hat er zusammen mit Jürgen Scheidle im Kölner Papyrossa Verlag herausgegeben.

Tatort Stadion. *Rassismus und Diskriminierung im Fußball*

Nächste Station in NRW:
Mönchengladbach, 19.11. - 13.12.2002,
BIS Kulturzentrum, Bismarckstr. 97-99

Mehr Infos unter http://www.aktive-fans.de

Borussenfront (BF) am 28. Oktober 2000 in Düsseldorf

Von Jan Raabe

Seit 20 Jahren - Fußball und Politik

"Durch unseren Sport halten wir zusammen und das seit langer Zeit,
mit zehn, zwanzig oder hundert Mann, wir sind zu allem bereit,
einfach nur zum Fussball zu gehen, davon halten wir nicht viel,
am Wochenende toben wir uns aus, so ist halt unser Spiel. [...]
Wir sind die Fußballrocker – nichts kann uns stoppen
Ein Sport frei an alle Kameraden – kommt, laßt es rocken"

Textzeilen wie diese erfreuten das 800-köpfige Publikum, welches am 31. März 2002 zum Konzert der aus dem Neonazi- und Hooliganspektrum kommenden Band Kategorie C auf einer Wiese im nordhessischen Kirtorf erschienen waren. Fußball, Gewalt und ein Schuss Politik waren die richtige Mischung, immerhin stand das 20jährige Jubiläum der "Borussenfront" (BF) auf dem Programm. Die BF ist der wohl älteste "Fanclub", der für sich in Anspruch nehmen kann, Fußballfan-Kultur mit neonazistischer Politik und deren Strukturen zu verbinden. Anlässlich dieses Jubiläums im Folgenden ein Rückblick auf die Verbindung von Fußball und Politik.

Fußball und Gewalt

Schon in den 70er Jahren gehörte es in England zur Strategie des "British Movement", in die Fußballstadien zu gehen und dort ihre Propaganda zu verteilen. Hier fanden sie eine Mischung aus aufgeladenen Emotionen und nationalistischer Stimmung, in der sie ihre Botschaften verbreiten konnten und neue Anhänger fanden. Sie holten ihre Anhänger dort ab, wo diese in großer Zahl anzutreffen waren, wo sich immer ein Gegner fand und wo sich gerade jene fanden, die von der Wirtschaftskrise bedroht oder betroffen waren und bei denen die rassistische Propaganda von der Schuld der Einwanderer auf offene Ohren stieß.

An diese in England zumindest zeitweilig erfolgreiche Strategie wollte **Michael Kühnen**, damaliger Chef der "Aktionsfront Nationaler Sozialisten" (ANS) damals anknüpfen. 1982 verkündete er in seinem Rundbrief "Die innere Front", dass es notwendig sei, "unter den Fans und Skinheads neue Mitkämpfer zu gewinnen." Heute eine Selbstverständlichkeit, für die damalige neonazistische Szene ein ganz neues Gebiet. Bis dahin bestand diese fast ausschließlich aus alten Männern, die versuchten, im Geist der NSDAP Politik zu machen. Jugendliche kamen dabei nur in Form der nach dem Vorbild der HJ geformten "Wiking Jugend" vor; für die meisten Jugendlichen ein absolut unzeitgemäßes Auftreten. Die Idee, in die Fussball-Stadien zu gehen und in den Fan-Kurven zu werben, war damals eine in Deutschland neue Strategie.

Paradebeispiel "Borussenfront"

Ein Paradebeispiel für die Umsetzung dieser Strategie ist die 1982 in Dortmund gegründete "Borussenfront", ein Fanclub von Borussia Dortmund. Unter Führung des heute 48jährigen **Siegfried Borchardt ("SS-Siggi")**, der seine politische "Karriere" 1977 als "Kameradschaftsführer" der ANS begann, wurde ein Fanclub aufgebaut, der den Fans neben dem Erlebnis Fußball und Gemeinschaft ein neonazistisches Weltbild vermittelte. Dieser Fanclub trat in den Folgejahren durch Gewalttaten und das Verteilen neonazistischer Propaganda in Erscheinung. 1983 wurde die BF erstmals im Verfassungsschutzbereicht NRW erwähnt, lange bevor der Begriff "Skinhead" dort auftauchte. 1984 trat Borchardt der "Freiheitlichen Deutschen Arbeiterpartei" (FAP) bei, und die "Borussenfront" war ab diesem Zeitpunkt nahezu deckungsgleich mit der Ortsgruppe der FAP. Im Juli 1989 stieg er zum stellvertretenden Parteivorsitzenden der FAP auf. Bis zum Verbot 1995 beherrschte die "Borussenfront" die Fankurve im Westfalenstadion und prägte das Bild des Borussen-Fans. Ab Ende der neunziger Jahre war die "Borussenfront" bei den

meisten Aufmärschen der Neonazi-Szene in der BRD mit Transparenten vertreten. Allerdings hat sich der Charakter der "Borussenfront" und auch das Verhältnis des organisierten Neonazismus zum Fußball erheblich geändert. Die "Borussenfront" ist heute nicht mehr in erster Linie ein Fanclub, der im Stadion präsent ist und dort seine Mitglieder rekrutiert, sondern eine neonazistische Organisation, die von der Struktur her den "Freien Kameradschaften" zugerechnet werden kann. Überhaupt ist der organisierte Neonazismus in den Bundesligastadien nicht mehr so stark vertreten wie vor zehn Jahren. Zusammen mit den Hooligan-Gruppen wichen viele Nazis auf Regionalvereine aus, da dort die Polizeipräsenz nicht so hoch, die Spielräume größer und der Umgang und soziale Zusammenhang größer sind. Als Beispiel sei hier der "Siegener Bärensturm" von **Martin Scheele** genannt, der zeitweilig zu Regionalligaspielen mobilisierte.

Fußball als neonazistische Erlebniswelt

Einen anderen Weg versuchte die NPD, als sie im Jahr 2000 z.B. in Dortmund und Recklinghausen anfing, selbst Fußballmannschaften zu gründen und so Fußball als Bestandteil einer neonazistischen Erlebniswelt einzusetzen. Allerdings blieb es bei der hiesigen NPD offensichtlich bei einem *Versuch*. Immer größere Bedeutung und größeren Erfolg scheint dieser Ansatz aber bei den "Freien Kameradschaften" zu haben. Bei diesen spielt die Erlebniswelt, der soziale Zusammenhalt bzw. die Organisation gemeinsamer Freizeit eine besondere Rolle. Hervorgetan hat sich in diesem Bereich die Kameradschaft Ostwestfalen. Über Jahre organisierte sie ihre Fußballturniere am weltanschaulichen Zentrums der SS, der Wewelsburg. Nach Intervention der Polizei fand das Turnier dieses Jahr jedoch am 8.6.2002 nahe Bünde statt, die Mannschaften waren aus ganz NRW angereist. In den Spielpausen fand eine Kampfsport-Präsentation statt, den Ausklang bildete ein "Kameradschaftsabend" mit Lagerfeuer und Grillen. Mit einem solchen Angebot sind die Ostwestfalen nicht die einzigen, ähnliche Turniere fanden im Elsaß ("Swastika-Cup") und in Norddeutschland statt.

Fazit

Ging es in der Strategie der 80er Jahre erstmals um die Verbindung von Erlebniswelt und Politik, so geht es heute mit dem Einbinden und der Vernetzung mittels gemeinsamer Freizeitaktivitäten um weitaus mehr. Neben den schon bekannten Konzerten ist verstärkt mit dem Aufkommen auch anderer "Freizeitaktivitäten" zu rechnen. Ein Mechanismus, der beachtet werden sollte und dazu führen muß, daß der politische Charakter solcher Veranstaltungen erkannt und diese nicht länger einfach ignoriert werden.

Von Ingo Taler

Tatort Stadion am Beispiel der SSvG Velbert

Im April diesen Jahres feierte die neonazistische Hooligan-Gruppierung des Bundesligisten "Borussia Dortmund", die "Borussenfront" (BF), ihr 20-jähriges Bestehen. Galt die BF in den 80er Jahren noch als *die* Schnittmenge von rechten Fußballfans und organisierten Neonazis in NRW, so spielt sie inzwischen im Dortmunder "Westfalenstadion" keine Rolle mehr. Ihre Hauptakteure sind aber seit Jahren fest in das Netzwerk der "Freien Kameradschaften" eingebunden. Beim Beobachten der 1. Liga geht jedoch oft der Blick auf die unterklassigen Amateurligen verloren. Hier finden sich diverse Beispiele von rechten Fan- und Hooligangruppierungen mit erheblichem Einfluss. Exemplarisch für diese Entwicklung wird nun auf die Situation im Umfeld des bergischen Oberligisten SSvG Velbert eingegangen.

Die Anfänge

Ende der 80er Jahre entwickelte sich im Raum Velbert eine eigenstän-

Unvollständige Chronologie neonazistischer Aktivitäten in Velbert :

August 1990
Die Velberter Neo-Nazis Harald Naderhirn und Klaus Rosenberger nehmen am Rudolf Hess - Gedenkmarsch in Wunsiedel teil.

20.11.1990
40 Nazi-Skins aus mehreren Ruhrgebietsstädten (DU, E, BO) randalieren in der Velberter-City.

16.03.1991
Mit Duldung der Stadt ziehen die vier neonazistischen Skinheads Remo Schonsky, Oliver Jaworek, Klaus Rosenberger und Volker Schemaitat in ein leerstehendes Haus.

Herbst 1992
Das Jugendgericht Mettmann verurteilt Oliver Jaworek, Volker Schemaitat, Remo Schonsky und Klaus Rosenberger wegen zahlreicher Körperverletzungen zu 18 Monaten auf Bewährung.

01.05.1993
Nach einem Punkkonzert kommt es zu einer Straßenschlacht zwischen Nazi-Skins und Punks.

06.01.1995
Etwa 20 Neonazis überfallen eine Party. Beteiligt waren die Velberter Björn Kleineickenscheidt, Andreas Brandt, Remo Schonsky, Pietro Drescher, Stefan Schmidt und Sascha Hoffmann.

05.02.1995
Aus einer Gruppe von sieben Personen heraus wird der 65jährige Obdachlose Horst Pulter ermordet. Beteiligt waren Remo Schonsky, Rolf Leimhaus, Peter Drucks, Andreas Brandt, Dennis Pahl, Sascha Lamijon und eine weitere Person. Drucks und Leimhaus gelten als die Haupttäter.

Frühjahr 1995
Die Velberter Michael Kittler, Klaus Rosenberger, Harald Naderhirn, Volker Schemaitat, Andrea Zerwinski werden zu Geld und Haftstrafen verurteilt. Das Verfahren gegen den Mitangeklagten Remo Schonsky wird wegen dessen Beteiligung im Mordfall Horst Pulter abgetrennt.

14.12.1995
Peter Druks wird wegen Mordes und schwerer Körperverletzung zu 10 Jahren Haft verurteilt September 1998.
Teile der "Nationales Forum

dige Neonazi-Szene, die über zahlreiche rechte Cliquen an die organisierten regionalen Neonazi-Strukturen des Umlands angebunden war. Über die neonazistische "Freiheitliche Deutsche Arbeiterpartei" (FAP) entstanden Kontakte zu Gleichgesinnten nach Duisburg und Essen. Rechte Skinheads und ihr Umfeld traten durch zahlreiche gewalttätige Übergriffe in das öffentliche Stadtbild von Velbert (*siehe auch die nebenstehende Chronik*).

Als Auswirkung der guten regionalen Vernetzungen der Velberter Neonazi-Szene trafen sich am 20.11.1990 ca. 40 neonazistische Skinheads aus Duisburg, Essen, Bochum und Velbert in einem leerstehenden Haus in Velbert, zogen von dort aus randalierend in die City und später weiter in den Stadtteil Neviges. 24 von ihnen wurden vorübergehend festgenommen. Sie hatten Waffen und neonazistisches Propagandamaterial bei sich. Monate später, im März 1991, wurde das leerstehende Haus von den Velbertern Neonazis um **Volker Schemaitat**, **Remo Schonsky**, **Klaus Rosenberger** und **Oliver Jaworeck** besetzt. Nach der zwischenzeitlichen Duldung seitens der Stadt Velbert wurde diese WG noch im März polizeilich geräumt.

Die Velberter Neonaziszene umfasste ca. 40-50 Personen. Der Nachwuchs rekrutiert sich zumeist aus der rechten Skinhead- und Hooliganszene, die den höherklassigen Vereinen Rot Weiß Essen und dem MSV Duisburg nahestehen.

Randale und Politik

Im Herbst 1998 entdeckten Velberter Neonazis und deren Sympathisanten Spiele des damaligen Landesligisten SSvG Velbert als ihr neues Betätigungsfeld und gründeten den Zusammenschluss "Brigade Velbert". Unter diesem Namen trat die 10-15-köpfige Gruppe auch im Stadion in Erscheinung. Dabei stellten sie sich selber als Zusammenschluss von aktiven Fußballfans oder "Ultras" dar, der von Vereinsseite als anerkannter Fan-Club aufgenommen wurde.

Nach dem Aufstieg in die Verbandsliga im Sommer 1999 konnte die "Brigade Velbert" zu wichtigen Spielen ca. 40-50 Personen mobilisieren. Daneben formierte sich mit der "Velbert Front" eine weitere Gruppierung. Beim VfR Neuss-Auswärtsspiel am 05.09.99 kam es dann zu ersten Gewalttätigkeiten durch Mitglieder der "Brigade Velbert". Nach Schlägereien mit Neussern und einer daraus resultierenden Spielunterbrechung wurden 21der 40 angereisten Velberter festgenommen. Als Reaktion auf die von den Velbertern inszenierten Ausschreitungen erhielt der "Fan-Club" vom Vorstand der SSvG die Auflage, ihre mit ihrem Namensschriftzug versehene Fahne nicht mehr im Stadion zu zeigen. Als Grund wurde von den Vereinsverantwortlichen angegeben, "daß der Name 'Brigade' zu rechts sei..."

Der Support der Spiele der SSvG wird auch ohne entsprechende Fahne von der "Brigade Velbert" dominiert, wobei rassistische Parolen zum Standardtrepertoire gehören, ebenso wie das Zünden von Rauchbomben unter dem Skandieren von "Juden, Juden..."-Sprechchören. Im Block der "Brigade Velbert" waren auch Mitglieder der neonazistischen Gruppierung "Siepensturm" anzutreffen. Hierbei handelt es sich um eine ca. 15-köpfige Gruppierung von überwiegend neonazistischen Skinheads aus dem Velberter Stadtteil Siepen. Einzelne Mitglieder unterhielten dabei Kontakte zur Velberter "Kameradschaft" Nationales Forum Niederberg", die von den Velbertern **Michael Räupke** (ex FAP) und dem zeitweise in Velbert lebenden und derzeitig in München inhaftierten Reisekader **Norman Bordin** aufgebaut wurde.

Die Auswüchse

Im Februar 2000 konnte beim Rückspiel der Partie SSvG Velbert - VfR Neuss nur ein großes Polizeiaufgebot das Aufeinandertreffen rivalisierender Gruppierungen unterbinden. Als Konsequenz aus den sich häufenden

Vorfällen wurden seitens der SSvG bei Heimspielen lediglich die Anzahl der Ordner und das Polizeiaufgebot erhöht, jedoch keine Abgrenzung zu ihnen vollzogen. So fuhren beim Karnevalsumzug der SSvG neben Spielern, Vereinsmitgliedern auch Mitglieder der "Brigade Velbert" auf deren Wagen mit. Dass es sich bei deren Beteiligung am Karnevalsumzug der SSvG nicht etwa um ein Versehen oder um eine Nachlässigkeit des Vereins gehandelt hat, dokumentierte der Verein durch die Stadionzeitschrift "Blau-Weiß aktuell" Nummer 15 vom 21.05.2000. Darin durfte sich der Fanclub "Brigade Velbert-City" öffentlichkeitswirksam präsentieren. Verantwortlich für den Artikel zeichnete ein "Stefan R.", der sich als Webmaster der "Brigade Velbert" vorstellte. Bei "Stefan R." handelt es sich um **Stefan Rittershaus**, der AntifaschistInnen schon 1997 als Teilnehmer von Neonazi-Veranstaltungen im Ruhrgebiet auffiel.

Am 06.08.00 kam es zum nächsten spektakulären Vorfall bei der SSvG. Auf dem Weg zum Auswärtsspiel bei Fortuna Düsseldorf wurden 29 AnhängerInnen der SSvG festgenommen. Die 27 Männer und zwei Frauen im Alter von 16 bis 37 Jahren sollen fremdenfeindliche Parolen gegrölt und "Ausländer" beleidigt und den "Hitler-Gruß" gezeigt haben. Im nachhinein wurde die Anzahl der festgenommenen Personen auf 32 korrigiert und allesamt als Mitglieder der "Brigade Velbert" zugeordnet.

Um sich dem zunehmenden Interesse der kritischen Öffentlichkeit zu entziehen, stellte die "Brigade Velbert" ihre Aktivitäten ein, nicht jedoch ihre noch immer zu erreichende Homepage. An die Stelle der "Brigade Velbert" und der zu ihr übergetretenen "Velbert Front" trat ab Mai 2001 die Gruppierung "White Boiz Velbert". Sie soll sich nach Polizeiangaben aus zehn Personen der "Kategorie C" (Polizeijargon für Hooligans) und 25 Personen der "Kategorie B" ("gewaltbereit") zusammensetzen. Mit den "White Boiz Velbert" tauchte auch die Bezeichnung "Asoziale Velberter" auf, wobei sich beide Gruppierungen personell überschneiden. Die "White Boiz" gelangten im September 2001 durch zwei Vorfälle in die Schlagzeilen. So stürmten ca. 30 rechte Hooligans beim Auswärtsspiel bei Preußen Köln in den Heimblock und prügeln auf die Kölner Fans ein. 14 Tage später wurden 36 Velberter Anhänger beim Auswärtsspiel beim Bonner SC von der Polizei vorübergehend festgenommen.

Schnittstellen

Im September 2000 wurden nach einem Brandanschlag auf ein Flüchtlingswohnheim in Wuppertal die Velberter Neonazis **Sascha Lamijon**, **Markus Ott** und **Maik Mahrun** sowie der Wuppertaler **Stefan Moser** verhaftet (*vgl.: LOTTA Nr. 5, S. 4*). Lamijon und Ott gehörten dem Umfeld des "Siepensturms" an. Neben dem "Siepensturm" und dem "Nationalem Forum Niederberg" sind bzw. waren aber noch weitere Schnittstellen zwischen der organisierten Neonazi-Szene und der rechten Fan- und Hooliganszene der SSvG Velbert zu verzeichnen. 1999 wurden beispielsweise auf der Homepage der "Brigade Velbert" neben Hooligans auch die Velberter RechtsRock-Bands "Notwehr", "Mahnwache" und "Zorn" gegrüßt. Sänger von "Zorn" ist bereits erwähnter Volker Schemaitat, der bereits seit Ende der 80er Jahre in die Szene eingebunden ist und mehrfach wegen Körperverletzung und anderer Delikte vorbestraft ist. Im Jahr 2000 wurde in seiner sehr spontan verlassenen Wohnung scharfe Panzerfaustzusatzmunition gefunden. Schemaitat bildet mit Oliver Jaworeck und Klaus Rosenberger die "Alte Garde" der neonazistischen Hooliganszene in Velbert. Beim Pokalspiel der SSvG gegen den Wuppertaler SV im April 2002 wurde er sogar mit Ordneraufgaben für die Firma "Bröhl Security" betraut. Inwieweit dieser Ordnereinsatz bewusst von Vereinsseite forciert wurde, um so problematische Teile des Anhangs kontrollieren zu können, bleibt unklar. Damit wäre aber der sprichwörtliche "Bock zum Gärtner" gemacht worden, was aber bei der Vereinspolitik der SSvG Velbert im Umgang mit Neonazis nicht weiter überraschen würde. So sperrte sich der SSvG-Vorsitzende Oliver Kuhn bislang sogar gegen die Empfehlung der Polizei, Stadionverbote auszusprechen. Statt dessen habe er den problematischen "Fans" in Einzelgesprächen eine "letzte Chance" eingeräumt, so Kuhn. Die Vorfälle bei den Spielen der SSvG sollen so wohl als "dumme Jugendstreiche" von "unpolitischen" Halbstarken bagatellisiert werden; was der neonazistischen Szene in Velbert wohl eher nützen, denn schaden dürfte.

Niederberg"-Kameradschaft betätigen sich unter Führung ihres Kaders Norman Bordin als lokale Wahlkampfhelfer der DVU in Velbert.

Frühjahr 1999
Die Velberter Björn Kleineickenscheidt, Daniel und Karsten Vorwerk und Raphael Anton Botuski müssen sich wegen einem Übergriff auf einen Linken verantworten.

April 1999
Anfang April schändet die Gruppierung "Siepensturm" den jüdischen Friedhof in Velbert-Neviges

12.03.2000
30 Polizeibeamte stürmen den Treffpunkt des "Siepensturms" und nehmen 11 Personen fest. Der Polizeiliche Staatsschutz durchsucht 16 Wohnungen des "Siepensturms" und nimmt 13 Männer im Alter von 17 bis 24 Jahren in Gewahrsam.

23.09.2000
Bei einem Brandanschlag auf ein Flüchtlingsheim in Wuppertal kommen die 36 BewohnerInnen nur durch großes Glück nicht ums Leben. Von den vier Tätern stammen drei aus Velbert.

04.11.2001
Beim Auswärtsspiel der SSvG Velbert bei Preußen Köln stürmen ca. 30 Velberter in Richtung Kölner Fans und prügeln auf diese ein.

18.11.2001
Insgesamt 36 Velberter Anhänger werden beim Auswärtsspiel beim Bonner SC vorübergehend in Gewahrsam genommen.

Interview mit BAFF

In LOTTA Nr. 8 berichtete Thomas Glöy vom "Bündnis Aktiver Fussball-Fans" (BAFF) über die BAFF-Wanderausstellung "Tatort Stadion. Rassismus und Diskriminierung im Fußball". Anlässlich des Schwerpunktes dieser Ausgabe sprach LOTTA-Redakteurin Manuela Strus mit Axel Mayer, einem BAFF-Aktivisten aus Düsseldorf.

LOTTA: "BAFF dient in erster Linie als Forum, in dem sich die Fans der verschiedenen Vereine austauschen können", schrieb Thomas Glöy in der LOTTA Nr. 8. Das sagt nicht gerade viel. Früher nanntet Ihr Euch "Bündnis Antifaschistischer Fussball-Fans", heute seid Ihr "aktiv"... Das hört sich nicht gerade nach antifaschistischer Offensive an - oder täuscht das?

Axel: Die Umbenennung von "antifaschistisch" in "aktiv" erfolgte bereits vor mehreren Jahren und sollte symbolisieren, dass sich BAFF nicht nur mit dem Kampf gegen Nazis und Rassismus in den Kurven beschäftigt, sondern sich auch gegen Repression, die totale Kommerzialisierung des Fußballs und den Abbau von Stehplätzen engagiert. Die antifaschistischen Ziele wurden damit nicht aufgeben, der Schwerpunkt unserer Arbeit liegt weiter auf diesem Gebiet.
Zum zweiten: BAFF war in erster Linie immer ein Forum. Aktive Leute aus den verschiedenen Szenen treffen sich regelmäßig zum Meinungsaustausch, beraten Kampagnen und sammeln Ideen. BAFF hat den Vorteil, dass die Leute, die an den Treffen teilnehmen, in ihren Kurven als Multiplikatoren fungieren, da sie Fanzines oder Internetseiten erstellen und in Fanprojekten oder Faninitiativen mitarbeiten. So ist es möglich, in relativ kurzer Zeit viele Fans von verschiedenen Vereinen zu informieren. Die Ziele und Inhalte von BAFF erreichen so die Fans vor Ort. Durch unsere Struktur wurden erstmals bundesweite Diskussionen zum Thema "Nazis in den Stadien" geführt.
Immer wieder kommt der Vorwurf, BAFF sei in den Kurven kaum präsent. Das liegt jedoch zum Teil daran, dass die BAFF-Aktivisten in ihren Stadien nicht unter dem Namen "BAFF" arbeiten, sondern in ihrer lokalen Gruppe. Die örtlichen Initiativen, wie das St. Pauli-Fanzine "Übersteiger", die "Freunde des 60er Stadions" oder die "Schalker Faninitiative" sind bei ihren Vereinen feste Größen. BAFF ging es nie darum, den eigenen Namen hochzuhalten. Unsere Ziele und Ideen finden sich aber mittlerweile vielerorts wieder.

LOTTA: Was sind Eure Ziele und wo setzt ihr hierbei an?

Axel: Hauptziel ist ganz klar das Zurückdrängen von Rassismus und Diskriminierung in den Stadien. Hauptansatzpunkt hierbei ist, die unterschiedlichen Leute und Gruppen zu vernetzen um so effektiver und schneller agieren zu können.
Eine Sensibilisierung der Öffentlichkeit ist dabei ebenso wichtig wie die direkte Arbeit in den Stadien. Sei es durch Flugblätter, Zeitungen und Konzerte oder auch durch direktes Einschreiten bei rassistischen Äußerungen. Der Kontakt zu den Vereinen muss dabei ebenfalls gesucht werden. Wenn diese das Problem erkennen und sich auf eine Zusammenarbeit einlassen, kann viel bewegt werden.

LOTTA: Wie würdest Du die Situation in den NRW-Stadien einschätzen? Bei welchen Vereinen seht Ihr, was rechte Tendenzen und Nazis in den Stadien betrifft, den größten Handlungsbedarf? Bei welchen Vereinen gibt es organisierte rechte Fangruppen, etwa vergleichbar mit der einstigen "Borussenfront"?

Axel: Die Situation in den NRW-Stadien ist sehr unterschiedlich. Allgemein kann gesagt werden, dass die Nazis nicht mehr so eindeutig als Gruppen auftreten, wie es die "Borussenfront" heute macht und vor allem in den 80er Jahren getan hat. Trotzdem sind diese Leute natürlich noch im Stadion. Sie müssen sich jedoch aufgrund des Vorgehens von Vereinen, Polizei und verschiedenen Fangruppen etwas defensiver verhalten. Allerdings lässt die Zurückhaltung zusehends nach. Rassistische Sprüche, Nazi-Aufkleber und Übergriffe nehmen wieder zu. Dem gilt es, entschieden

etwas entgegenzusetzen. Die auffälligsten Nazi-Strukturen gibt es derzeit in Velbert, Essen und Dortmund. Probleme gibt es aber auch zunehmend in Düsseldorf. Dabei handelt es sich aber noch um einen sehr kleinen Kern von etwa 30 Leuten, von denen viele noch sehr jung sind. Hier gilt es zu handeln, bevor sich ihr Einfluss ausbreitet.

LOTTA: Wie sieht Eure Arbeit hier in NRW aus? Seid Ihr in den Stadien präsent bzw. aktiv? In welcher Form werdet Ihr aktiv und mit welchem Erfolg?

Axel: Wie schon gesagt, läuft wenig direkt unter dem Namen BAFF. Allerdings sind in verschiedenen Städten Gruppen aktiv, die zu BAFF gehören, zum Beispiel in Schalke, Düsseldorf oder Duisburg. Es gab die unterschiedlichsten Aktionen. Begonnen hat es mit Flugblättern und Transparenten, mittlerweile wurden bei einigen Vereinen Änderungen der Stadionordnungen und Vereinssatzungen durchgesetzt, so dass Leute nach rechten Sprüchen des Stadions verwiesen werden können.
Verschiedene NRW-Gruppen beteiligten sich an der Aktionswoche von FARE ("Football against Racism in Europe") und nahmen an der antirassistischen Fan-WM in Italien teil. Zudem sorgen BAFF-Aktivisten dafür, dass die Ausstellung "Fußball und Rassismus" hier in NRW gezeigt werden kann. Bisher war sie in Bochum - Mönchengladbach, Gelsenkirchen und Düsseldorf werden folgen.
Zudem sind wir natürlich weiter in den Stadien aktiv. Dort ist es viel leichter, etwas zu bewegen, als man glaubt. Oft reicht es schon, wenn man Leuten, die rechte Parolen rufen, eine klare Ansage macht. Gerade die jungen Mitläufer lassen sich von so etwas in die Schranken weisen.
Trotzdem will ich nicht verschweigen, dass es um BAFF in NRW schon besser aussah. Noch vor wenigen Jahren gab es regelmäßige Regionaltreffen. Diese sind jedoch zuletzt eingeschlafen, nicht zuletzt aufgrund fehlenden Nachwuchses. Die hauptsächliche Arbeit von BAFF spielt sich derzeit in anderen Bundesländern ab.

LOTTA: Auf welche Reaktionen stoßt Ihr bei Eurer Arbeit. Werdet Ihr von den anderen Fans und von den Vereinen angefeindet oder stößt Eure Arbeit - zumindest zum Teil - auf positive Resonanz?

Axel: Von positiv bis negativ ist alles vorhanden. Der übliche Vorwurf lautet, wir würden Politik in die Kurven bringen. Beschwert man sich über das Auftreten von Nazis in den Stadien, ist die Antwort, Linksradikale seien auch nicht besser, nicht weit. Diese Diskussionen sind unsäglich und nur schwer zu führen. Es heißt immer wieder, Politik habe im Stadion nichts zu suchen und das Label des "unpolitisch sein" wird hochgehalten. Was immer das auch heißen mag.
Trotzdem gibt es durchaus auch viel positive Resonanz. Gerade bei unorganisierten Leuten gibt es sehr gutes Feedback. Das sind Fans, die in den Kurven stehen, sich über die Nazis aufregen und froh sind, endlich einen Ansprechpartner gefunden zu haben. Über das Netzwerk BAFF entstanden und entstehen lokale Gruppen bei den einzelnen Vereinen.
Mit der offiziellen Seite ist das so eine Sache. Viele Vereine haben das Problem lange geleugnet, aus Angst vor einem schlechten Image. In den letzten Jahren gelang jedoch vielerorts die Sensibilisierung für das Thema. Antirassismusparagraphen und Schulung von Ordnern sind erste Erfolge. Ob sich das Standing von BAFF jetzt wieder verschlechtert, wird die Zukunft zeigen. Immerhin hat der DFB in einem Rundschreiben alle Vereine vor unserer Ausstellung gewarnt, weil wir es gewagt haben, DFB-Präsident Mayer-Vorfelder zu kritisieren.

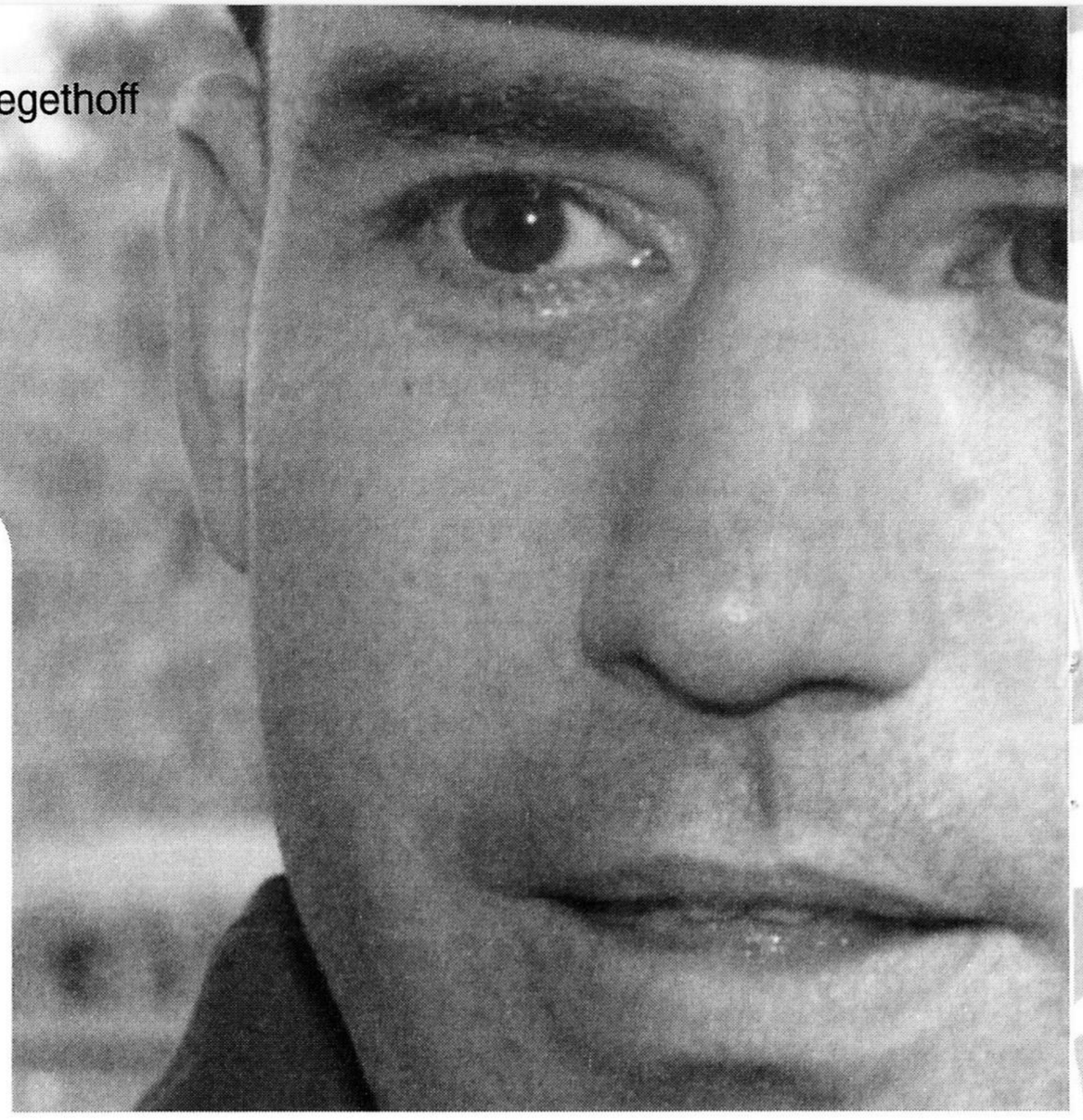
LOTTA: Hat Eure Ausstellung "Tatort Stadion" zur Sensibilisierung gegen Rassismus, Antisemitismus, Nationalismus und Sexismus in den Stadien beigetragen? Welche Reaktionen gab es?

Axel: Sie hat zumindest bewirkt, dass vielerorts wieder über das Thema diskutiert wurde. Leider beschränkte sich die Berichterstattung in der Anfangszeit zu sehr auf den Konflikt um Mayer-Vorfelder. Mittlerweile waren aber auch jede Menge inhaltlich gute Artikel in den Zeitungen. Und das Interesse ist immens. Alleine in Bochum haben mehr als 7.000 Menschen die Ausstellung besucht. Dabei waren auch viele Schulklassen, in denen das Thema behandelt wurde. Eine Sensibilisierung wurde auf jeden Fall erreicht. Und die Ausstellung tourt ja weiter durch Deutschland und wird ständig erweitert.
Es gab jede Menge positive Reaktionen, von Jugendverbänden und Gewerkschaften, aber auch von Fangruppen, Politikern und Künstlern. Massive Kritik kam in erster Linie vom DFB und – logischerweise - von den Nazis.

LOTTA: Wie würdet Ihr die Arbeit der Fanprojekte in NRW einschätzen? Arbeitet Ihr mit den Fanprojekten der Vereine zusammen?

Axel: Das hängt von der Situation vor Ort ab. Während beispielsweise die Projekte in Duisburg oder Düsseldorf großes Engagement gegen Rechts gezeigt haben, bemühten sich andere Fan-Projekte wie beispielsweise das Schalker mehr um die Arbeit mit Hooligans. In Bochum wäre die Ausstellung ohne das örtliche Fanprojekt, das auch als Veranstalter auftrat, nicht möglich gewesen. Hier wurde sehr gute Arbeit geleistet. Prinzipiell kann empfohlen werden, dass Fans mit ihren Anliegen auf die Fanprojekte zugehen sollten. In der Regel werden gute Sachen auch unterstützt.

LOTTA: Wir danken Dir für das Interview und wünschen viel Erfolg bei eurer weiteren Arbeit.



Von Heike Makatsch und Pierre Briegert

Ralph Tegethoff

Nazikader unter der Lupe

"Deutsche Männer, deutsche Frauen ..." schallt es im Kasernenhofton seit Jahren immer mal wieder bei neonazistischen Demonstrationen über von der Polizei abgesperrtes Gebiet hinweg. Da ist er wieder, der Möchtegern-Goebbels, denken informierte AntifaschistInnen. Gemeint ist der 39-jährige Sohn eines betuchten Unternehmers und CDU-Mitglieds: Ralph Tegethoff aus dem nordrhein-westfälischen Bad Honnef-Aegidienberg (Rhein-Sieg-Kreis), der seit vielen Jahren an führender Stelle in der militanten Neonazi-Szene aktiv ist. Grund genug, ihn einmal etwas genauer unter die Lupe zu nehmen. In den folgenden LOTTA-Ausgaben wird diese Rubrik "Nazikader unter der Lupe" mit der Betrachtung weiterer Führungspersonen fortgesetzt.

Von der "Wiking-Jugend" über die FAP...

Tegethoffs politische Karriere in der Neonaziszene ist geradezu idealtypisch für einen schon länger aktiven Kader der heutigen "Freien Kameradschaften". Bereits mit 14 Jahren, also 1977, trat er in die "Wiking Jugend" (WJ) ein und mauserte sich dort schnell zum "Horstführer", später zum "Gauführer" der WJ Bonn. Am 30.9. 1983 wurde er gemeinsam mit sieben "Kameraden" beim Testen von selbst gebastelten Rohrbomben, also bei Wehrsportübungen, festgenommen. Ganze 15 Stunden gemeinnützige Arbeit kassierte er damals für seinen bombigen Einsatz, obwohl bei einer Hausdurchsuchung bei ihm neben NS-Propagandamaterial weitere Waffen und Herstellungsanleitungen für Explosivstoffe gefunden wurden.

Nach der Übernahme der bis dahin unbedeutenden "Freiheitlichen Deutschen Arbeiterpartei" (FAP) 1983 durch **Michael Kühnen** und seinen zuvor bei der 1983 verbotenen ANS/NA aktiven Mannen, kam es zu diversen FAP-Ortsgruppen- bzw. Kreisverbandsgründungen, so auch im Raum Bonn/Rhein-Sieg. Die WJ Bonn mit "Gauführer" Tegethoff übernahm die Jugendarbeit, während die älteren "Kameraden" der FAP beitraten, ab 1984 geführt von "FAP-Kreissekretär" Ralph Tegethoff.

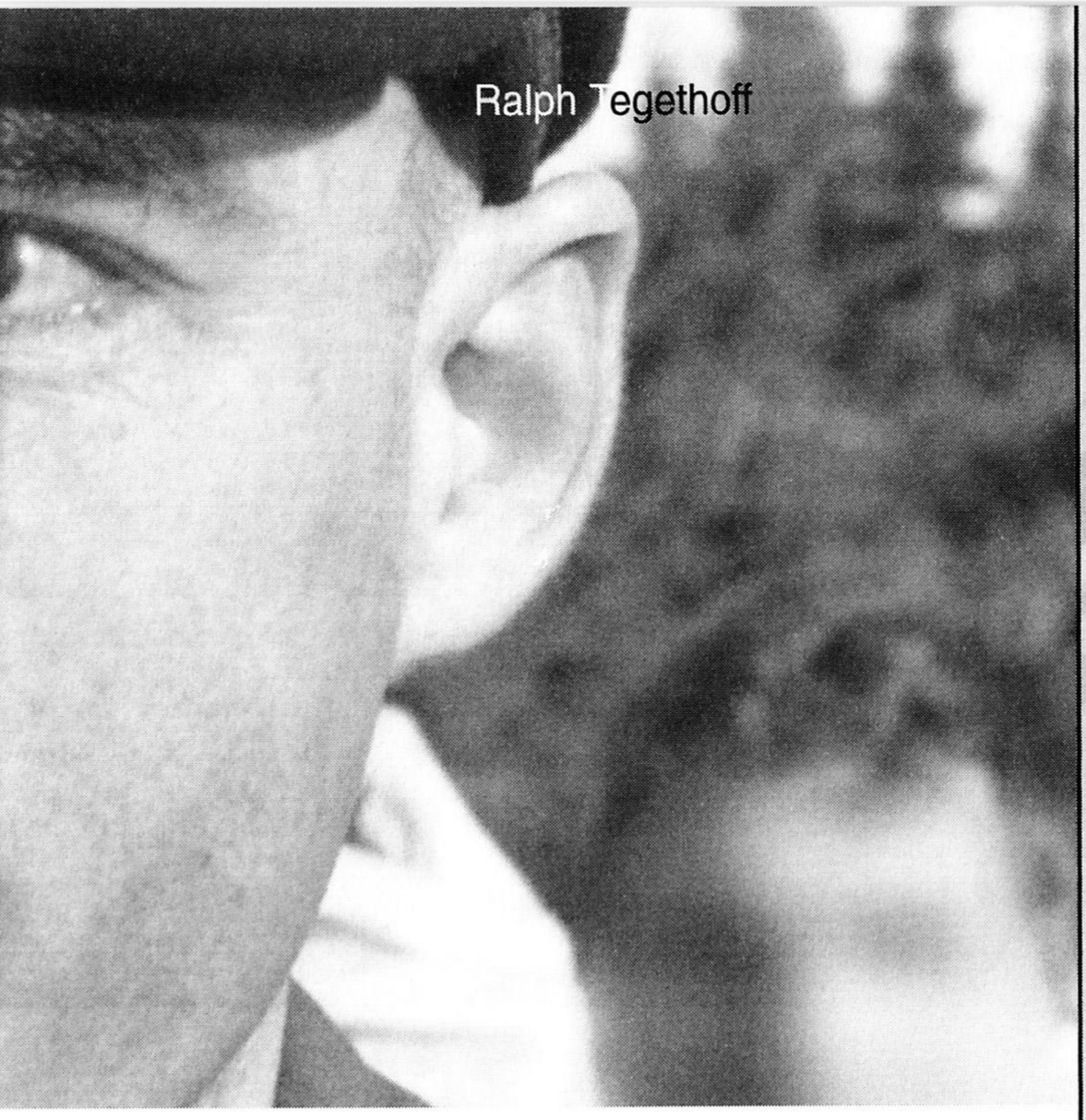
In der Folgejahren kam es im Raum Bonn immer wieder zu neonazistischen Aktionen unter der Führung Tegethoffs, die bis zu einem Überfall von 50 Neonazis auf 20 Punks reichten, bei dem es mehrere Schwerverletzte gab. Auch Aufmärsche mit bis zu 150 Personen wurden organisiert. Diese reichten von spontanen Kleinstdemonstrationen in militärischer Formationen - das "Horst-Wessel-Lied" singend, "Juda verrecke!" skandierend und den Arm zu Hitlergruß erhoben - bis zur 150-köpfigen Demonstration vor der britischen Botschaft im Jahre 1984 mit der Forderung nach Freilassung von Rudolf Hess und einer 100-köpfigen FAP-Demo 1992 in Bonn. Sämtliche Aktionen der Neonazis waren allerdings vom ständigen und zumeist sehr aktiven antifaschistischen Widerstand begleitet, der z.B. den schnellen Abbruch der FAP-Demo 1992 bewirkte.

Um seine Existenzsicherung schien sich Ralph Tegethoff offensichtlich noch nie große Sorgen machen zu müssen. Von Hause aus schien die Deutsche Mark ausreichend zu rollen, was laut Angaben der Fachzeitschrift "blick nach rechts" (*bnr 23/1993*) sogar zur Mitfinanzierung der FAP zu reichen schien. Geldstrafen, zu denen er hin und wieder verurteilt wurde, schienen ihn folgerichtig auch nicht weiter zu stören - bis heute.

Beim Landesparteitag der FAP 1993 wurde Tegethoff zum stellvertretenden Landesvorsitzenden gewählt. Im selben Jahr wurde die FAP-Landesgeschäftstelle von Dortmund nach Bonn verlegt.

... zu den "Freien Kameradschaften"

Das bevorstehende Verbot der FAP vor Augen löste sich auch im Raum Bonn die FAP 1994 auf und strukturierte sich um. Ein Teil wandte sich der NPD zu, der andere um Tegethoff gründete die heutige "Kameradschaft Bonn / Rhein-Sieg", die laut Angaben des Verfassungsschutzes NRW heute aus 15 bis 20 Personen besteht. Sie fehlt auf nahezu keiner neonazistischen Aktion in NRW, ist auch bei bundesweiten Aktionen anzutreffen und nennt sich in Anlehnung an die SA und deren Gliederungen auch "Sturm 8/12". Chef - wie sollte es anders sein: Ralph Tegethoff. Er selbst hielt sich allerdings anfangs in der Öffentlichkeit sehr im Hintergrund, eine Strategie, die er zwischenzeitlich wieder aufgegeben hat. Er war einer der Hauptorganisatoren der 1.100-köpfigen neonazistischen



Demonstration am 24.10.98 in Bonn, tritt regelmäßig als Ordner und Redner auf und betätigt sich für die "Hilfsgemeinschaft für nationale Gefangene" (HNG). Insbesondere als Redner ist Tegethoff bei den "Freien Kameradschaften" auch bundesweit als willkommene Abwechslung zu den Dauerrednern **Christian Worch**, **Friedhelm Busse** und **Peter Borchert** gerne gesehen. Der eingefleischte NS-Fetischist zählt nach Einschätzungen von AntifaschistInnen zu den wichtigsten und erfahrensten Kadern der "Freien Kameradschaften", NRW-weit, aber - mit Abstrichen - auch bundesweit.

Schnittstelle zur NS-Erlebnisgeneration

Tegethoff stellt aber auch eine der wichtigsten Schnittstellen zur aussterbenden und deshalb um eine Schwertübergabe bemühten NS-Erlebnisgeneration dar und ist für die "Hilfsgemeinschaft auf Gegenseitigkeit der Soldaten der ehemaligen Waffen-SS" (HIAG) bzw. deren Nachfolgeorganisationen aktiv. Für das ehemalige Sprachrohr der HIAG, das heute mit unverändertem Titel und unveränderter Zielsetzung, "das Mitteilungsblatt aller Soldaten der früheren Waffen-SS darzustellen", im "Munin-Verlag" erscheint, ist Tegethoff als Autor und Mitherausgeber tätig. Sein großes Vorbild ist **Otto Ernst Remer**, der für den persönlichen Schutz **Adolf Hitler**s zuständig war. Remer war bis zu seinem Tod im Jahre 1997 in der Naziszene aktiv und galt als eine der hochangesehensten noch lebenden "Persönlichkeiten" der NS-Erlebnisgeneration. Über Remer schrieb Tegethoff kürzlich ein fast 400-seitiges Buch mit dem Titel "Generalmajor Otto Ernst Remer. Kommandeur der Führer-Begleit-Brigade", das im "Deutsche Stimme Verlag" der NPD erschienen ist. Tegethoff: "Das Buch ... soll diesem Mann der Ehre, der Ritterlichkeit und Tatkraft ein Denkmal setzen und an all jene erinnern, die in gutem Glauben mit ihm zusammen Zeit ihres Lebens tapfer ihrem Vaterland gedient haben." Zeit seines Lebens möchte auch Tegethoff dem Nationalsozialismus dienen - in führender Position und weiterhin möglichst ungestört.

Auschwitz denken

Theorie, Geschichte und Gegenwart des Antisemitismus in Deutschland

Veranstaltungsreihe in der **Zeche Carl**
Willhelm-Niewandt-Allee 100, Essen

01. Oktober, 20 Uhr
Zweierlei Holocaust
Der Holocast in den politischen Kulturen Israels und Deutschlands
mit: **Moshe Zuckermann** (Direktor des Institutes für Deutsche Geschichte an der Universität Tel Aviv)

22. Oktober, 20 Uhr
Die Linke nach Auschwitz
Zur Bedeutung der Shoah für linke Positionierungen und Zukunftsentwürfe
mit: **Ulrike Becker** (Grupe 8.Mai, Hamburg; Mitautorin des Buches "Goldhagen und die deutsche Linke")

07. November, 20 Uhr
Dialektik der Aufklärung
Kritische Theorie über Antisemitismus
mit: **Lars Rensmann** (Politikwissenschaftler an der Freien Universität Berlin)

27. November, 20 Uhr
Antisemitismus nach Auschwitz
Zur Aktualität der Antisemitismusdebatte im Alltagsdiskurs und der medialen Öffentlichkeit
mit: **Wolfgang Benz** (Leiter des Zentrums für Antisemitismusforschung der T.U. Berlin)

Veranstalter: Initiative Zeche Carl e.V.
und Hannah Arendt Bildungswerk

Ralf Fortwengel (li) am 6. Mai 2000 in Essen

Von Andreas Anders

Organisierter Neonazismus im Münsterland

Nach der Betrachtung der neonazistischen Szenen in der Aachener Region (LOTTA Nr. 8) sowie im Raum Hochsauer- und Siegerland (LOTTA Nr. 9) wird die Reihe der Regionalberichte in dieser Ausgabe mit einem Beitrag über das Münsterland fortgesetzt. Auch in dieser Region sind eine Vielzahl neonazistischer Strukturen, Projekte und Kader anzutreffen. Ebenso wie die letzten beiden Berichte erhebt auch dieser Beitrag keinen Anspruch auf Vollständigkeit. Ergänzungen und konträre Einschätzungen werden erbeten an die LOTTA-Redaktion.

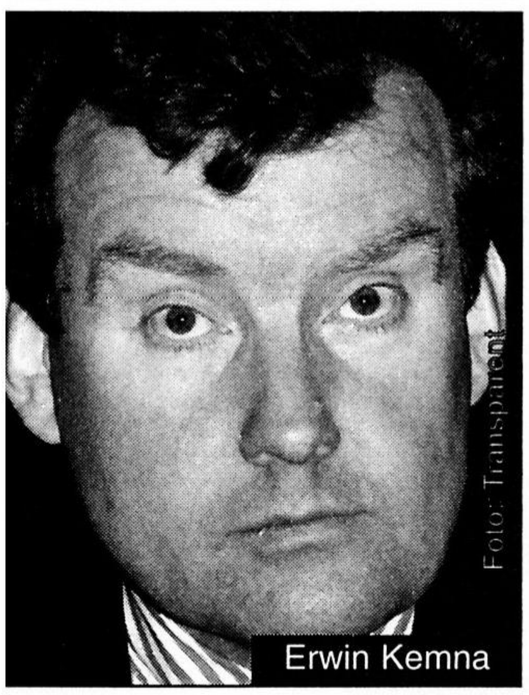
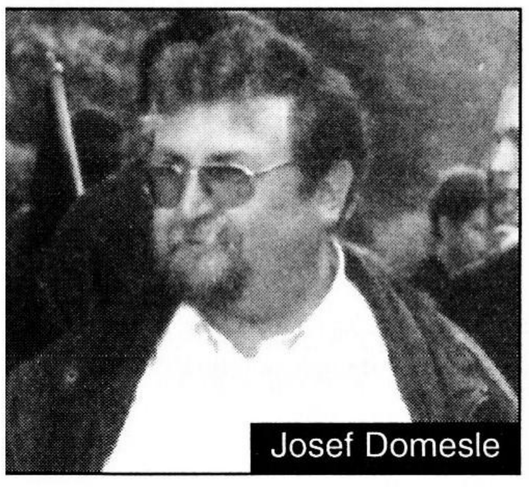


Foto: Transparent

Erwin Kemna


Josef Domesle

Die NPD Steinfurt

Am 12. September 1998 marschierten unter der Leitung des damaligen JN-Landesvorsitzenden **Achim Ezer** und des Anfang diesen Jahres als V-Mann des VS NRW enttarnten damaligen NPD-Landesvorsitzenden **Udo Holtmann** etwa 300 Neonazis auf Aufruf der NPD und ihrer Jugendorganisation JN durch die Münsteraner Innenstadt. Die Demonstration stand unter dem Motto "Unsere Großväter waren keine Verbrecher". Sie war - von einigen kleineren Kundgebungen in den Vorjahren abgesehen - die erste neonazistische Demonstration in NRW seit vielen Jahren und damit auch die erste gegen die sogenannte Wehrmachtsausstellung und die angeblich damit verbundene "Verleumdung der Wehrmacht". Vor Ort anzutreffen war mit **Josef Domesle** auch der Vorsitzende des NPD Kreisverbandes (KV) Steinfurt, der sich ansonsten nicht auf Aufmärschen blicken lässt. Ihren Sitz hat die Steinfurter NPD in Neuenkirchen bei Rheine, dem Wohnort des Vorsitzenden, wo sich die Mitglieder des KV auch einmal im Monat in einer Gaststätte treffen. Der KV Steinfurt war Anfang/Mitte der 90er Jahre der aktivste im Münsterland. Unter anderem produzierte er mit dem "Steinfurter Heimat Kurier" eine Zeitung zur Kommunalwahl 1994 mit einer Auflage von mehreren zehntausend Exemplaren, die kostenlos an Haushalte verteilt wurde. Verantwortlich für den "Heimat-Kurier" zeichnete neben Domesle **Erwin Kemna** aus Ladbergen (Kreis Steinfurt). 1974 in die NPD eingetreten, startete Kemna schnell eine steile Karriere innerhalb der Partei. Schon ein Jahr nach seinem Parteieintritt regelte er die Finanzen des Steinfurter KV. 1978 stieg er in den Landesvorstand auf und bekleidete dort von 1990 bis 2001 das Amt des Landesschatzmeisters und das des stellvertretenden Landesvorsitzenden. Seit September 2001 gehört er dem Landesvorstand "nur" noch als Beisitzer an. 1987 wurde er erstmalig als Beisitzer in den NPD-Bundesvorstand gewählt, dem er bis 1991 und dann wieder seit 1993 angehört(e). Seit 1996 ist Kemna zudem Bundesschatzmeister, der "Finanzminister" der NPD. Im September 2001 legte er auf dem NPD-Landesparteitag in Essen beide Ämter im Landesvorstand nieder, blieb aber weiterhin Beisitzer im Landesvorstand – bis heute. Im Januar 2002 erlangte er bundesweite Bekanntheit, nachdem diverse Medien ihn im Zusammenhang mit dem Verbotsverfahren als V-Mann des Verfassungsschutzes (*vgl. LOTTA Nr. 8, S. 24-27*) nannten, dann aber kurze Zeit später statt Kemna auf den Solinger Wolfgang Frenz umschwenkten. Letzten Endes ist nie abschließend geklärt worden, wie Kemnas Name hier ins Spiel kam und ob er jemals mit einer Verfassungsschutzbehörde zusammengearbeitet hat oder es derzeitig noch Kontakte gibt. Er selbst streitet eine Tätigkeit für den VS ab und verklagt Journa-

listInnen und AntifaschistInnen auf Unterlassung derartiger Äußerungen. Neben seiner Parteifunktionärstätigkeit ist er Gesellschafter und Geschäftsführer des von NPD-Funktionären geführten "Deutsche Stimme-Verlages" (DS-Verlag). Er arbeitet zwar eher unauffällig in den hinteren Reihen der NPD, ist für deren finanzielle Absicherung und damit auch Handlungsfähigkeit jedoch von fundamentaler Bedeutung. Im Münsterland arbeitet er auch heute noch punktuell mit den regionalen NPD-Kreisverbänden zusammen. Neben dem schon erwähnten Steinfurter existieren weitere Kreisverbände im Kreis Borken und in Münster.

Die NPD in Borken und in Münster

Der über den Landesvorstand erreichbare NPD-KV Borken wird von **Ralf Fortwengel** aus Ahaus geleitet, der zeitweise auch als Vorsitzender des NPD-Kreisverbandes Unna und als Beisitzer im NPD-Landesvorstand in Erscheinung getreten ist. Fortwengel, der häufig auch auf Aufmärschen anzutreffen ist, war neben dem NPD-Aktivist Mitglied **Mike Suffner** am 30.4.1998 in Ahaus Organisator derjenigen Geburtstagsparty, von der aus sich einige seiner Gäste entfernten und eine Unterkunft für AsylbewerberInnen mit einem Brandsatz angriffen. Der Brandsatz prallte glücklicherweise außen am Gebäude ab, so dass keine/r der BewohnerInnen körperlich verletzt wurde. Die vier Täter wurden zu mehrjährigen Haftstrafen verurteilt.

Der NPD-KV Münster setzt sich aus ca. 5-10 aktiven Personen zusammen und tauchte Ende des Jahres 2001 wieder aus der Versenkung auf. Seither steigerte sich die Handlungsfähigkeit und die NPD Münster organisiert auch wieder eigenständige Aktionen. Gemeinsam mit den regionalen "Freien Kameradschaften" werden monatlich NPD-Infostände in der Region durchgeführt. Die starke Anbindung der NPD Münster an die "Freien Nationalisten" hängt nicht zuletzt mit der Mitarbeit des gebürtigen Duisburger Neonazis **Matthias Ries** zusammen. Dieser war bereits Anfang der 90er für die 1994 verbotene "Wiking Jugend" und für die 1995 verbotene "Freiheitliche Deutsche Arbeiterpartei" (FAP) aktiv.

Die NPD Osnabrück

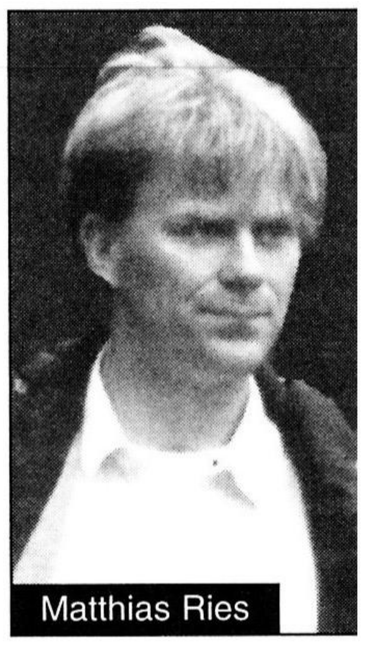
Ein weiterer NPD-KV, der eng mit der NPD in Münster zusammenarbeitet, existiert im angrenzenden niedersächsischen Osnabrück. Wegen seines Wirkungskreises auch im Münsterland von Bedeutung ist dessen Vorsitzender **Franz-Josef Möllenkamp** aus Georgsmarienhütte. Dort betreibt er unter anderem eine Kneipe und ist Pächter eines Gebäude an der Osnabrücker Straße, das der NPD als Veranstaltungsort und Treffpunkt dient. Die Verpächterin des Hauses starb vor einigen Wochen und die Besitzverhältnisse sind aktuell noch ungeklärt. In den letzten anderthalb Jahren waren am Haus vermehrt Aktivitäten festzustellen. Genutzt wird es nicht nur für Aktivitäten der NPD, auch die "Freien Kameradschaften" nutzen diese Räumlichkeiten. So zum Beispiel im August 2000, als neben dem stellvertretenden NPD-Bundesvorsitzenden **Holger Apfel** auch der Führer der "Freien Kameradschaften", **Christian Worch,** im "NPD-Haus" auf einem "Kameradschaftstag" reden wollten. Diese Veranstaltung sollte im Rahmen der jährlich stattfindenden "Rudolf-Hess-Aktionstage" durchgeführt werden. AntifaschistInnen mobilisierten frühzeitig gegen dieses Treffen, welches letztlich aufgrund des öffentlichen Drucks durch die Polizei verhindert wurde.

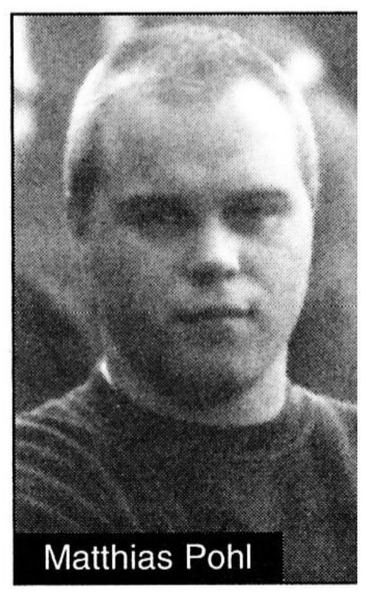
Die Gründung der "Kameradschaft Teutoburger Wald" (KTW)

Treibende Kraft der neonazistischen Szene in Münster und den Kreisen Steinfurt und Osnabrück sind die "Freien Nationalisten", die auch federführend die Aktivitäten der NPD mitkoordinieren. Unter anderem werden Anmeldungen von NPD-Ständen auch von Kadern der "Freien Kameraden" vorgenommen.

Am 19. September 1998, eine Woche nach dem neonazistischen Aufmarsch in Münster und kurz vor den Bundestagswahlen führte der Bundesverband der NPD in Rostock eine zentrale Wahlkampf-Demonstration durch, an der sich ca. 4.000 Neonazis beteiligten. Am Rande des Aufmarsches wurde ein Antifaschist aus dem Wendland von zum Aufmarsch anreisenden Personen aus dem Münsterland mit deren Auto bewusst angefahren. Schwerverletzt blieb der Antifaschist auf einer Kreuzung liegen, während der Fahrer **Marc Westerhove** das Weite suchte, sich kurze Zeit später aber der Polizei stellte. Der angefahrene Antifaschist lag einige Wochen im Koma und wird für den Rest seines Lebens mit den Folgen dieses Angriffs konfrontiert sein. Knapp zwei Jahre später kam es zum Prozess gegen Westerhove, der im Kreis Steinfurt lebt, seither aber nicht mehr durch rechte Aktivitäten aufgefallen ist. Anders sieht es hingegen bei einigen seiner Mitfahrer aus, die vor Gericht aussagten, sie seien nur "zum Gucken nach Roststock gefahren". Zwei von ihnen, die Zwillinge **Markus und Matthias Pohl**, sind heute als Führungsfiguren der regionalen "Freien Nationalisten" aktiv. Sie treten immer wieder auch durch Angriffe in Erscheinung. Im Spätherbst 2000 z.B. fand in Tecklenburg ein Sammelprozess gegen 13 Angehörige der rechten Szene statt, hauptsächlich wegen mehrfacher gefährlicher Körperverletzung. Unter den Angeklagten befanden sich auch die Pohl-Brüder, die letztlich zu Gesamtstrafen von 24 bzw. 18 Monaten auf Bewährung verurteilt wurden. Im Verlaufe des Prozesses bestätigten sich die Gerüchte, das sich im Kreis eine "Kameradschaft" gegründet habe. Der angeklagte Osnabrücker **Jared Reinke** bestätigte, dass im Frühjahr 2000 unter seiner Mitwirkung die "Kameradschaft Teutoburger Wald" (KTW) gegründet worden sei.

Gegründet und aufrechterhalten von einem Kern von ungefähr 15 Personen, versuchte die KTW den Bogen zwischen rechts anpolitisierten Jugendlichen und überzeugten Neonazis zu spannen und diese in deren Ak-

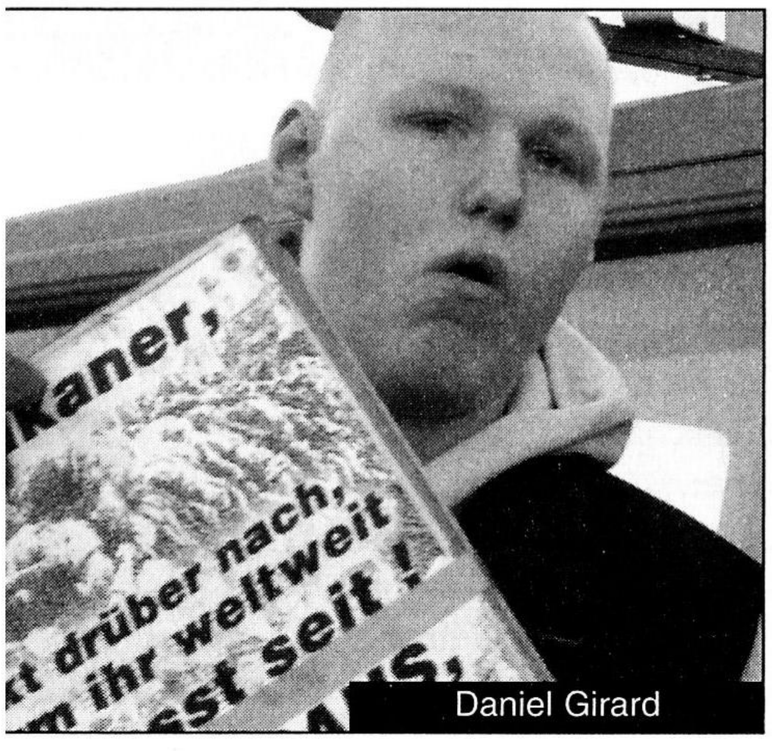

Matthias Ries


Matthias Pohl

Markus Pohl

tivitäten und Organisation einzubinden. In den Jahren 1998 bis 2000 verdoppelte sich das rechts anpolitisierte Umfeld auf über 100 überwiegend jugendliche Skinheads. Die Aktivitäten der KTW zielten darauf ab, sich in der Region als Machtfaktor zu etablieren und kulturelle Hegemonie anzustreben. So wurden zu dieser Zeit in der Region mehrfach BesucherInnen von Punkkonzerten von rechten Skinheads angegriffen. Zeitgleich fanden im Jahr 2000 zwei neonazistische Konzerte in der Region statt. Am 15. April versammelten sich hierfür 200 Neonazis in Lotte im Kreis Steinfurt und am 8. Juli 250 Neonazis in Hasbergen im Landkreis Osnabrück. Aber auch Angriffe auf Menschen, die nicht ins rechte Weltbild passen, häuften sich. So gab es im Jahr 1999 im gesamten Münsterland 12 angezeigte rechts motivierte Körperverletzungen, davon allein zehn im Kreis Steinfurt. Trauriger Höhepunkt ist sicherlich ein Angriff am 2. Weihnachtsfeiertag 1999 in Lengerich, als sechs Rechte drei türkische Migranten angriffen und verletzten. Unter den Angreifern befanden sich wiederum auch die Zwillinge Pohl.

Nachdem im Jahr 2000 auch gegen führende Köpfe der rechten Szene ermittelt wurde, sprach die Polizei von Erfolgen in der Bekämpfung des Rechtsextremismus und einer Zerschlagung der rechten Szene. Nur einige wenige seien nicht belehrbar. Die rechte Szene indes hatte lediglich den Schwerpunkt ihrer Aktivitäten über die Landesgrenze in den Landkreis Osnabrück verlegt. Die Handlungsfähigkeit und der Organisationsgrad der rechten Szene hat sich seither weiterhin enorm verstärkt. Die Szene agiert auf beiden Seiten der Landesgrenze. Als im Osnabrücker Stadtteil Voxtrup ein kirchliches Jugendzentrum eingerichtet wurde, in dem nach dem Konzept der akzeptierenden Jugendarbeit auf die rechts anpolitisierten Jugendlichen zugegangen werden soll und indem sich seither einmal in der Woche 20-30 rechte Skinheads treffen, war die KTW sofort mit von der Partie. Was hier nämlich als rechts anpolitisierte Jugendliche verstanden wird, hält einer genaueren Betrachtung nicht stand. Führungsfiguren der lokalen "Freien Kameradschschaften" wie die Zwillinge Pohl und **Daniel Girard** gehen ein und aus und haben so die Möglichkeit, die Strukturen des Jugendzentrums für die KTW zu nutzen. Anfang des Jahres 2002 verstärkten sich antifaschistische Aktivitäten gegen diesen Jugendtreff, in Folge derer zumindest die bekannten Kader Hausverbot erhielten. Die NPD kündigte hierauf an, in Zukunft auch über einen eigenen Jugendtreff nachzudenken. Und hier bietet sich das gepachtete "NPD-Haus" in Georgsmarienhütte geradezu an. Vor diesem Hintergrund verwundert es auch nicht weiter, dass in letzter Zeit Neonazis beim Renovieren des Hauses beobachtet wurden.



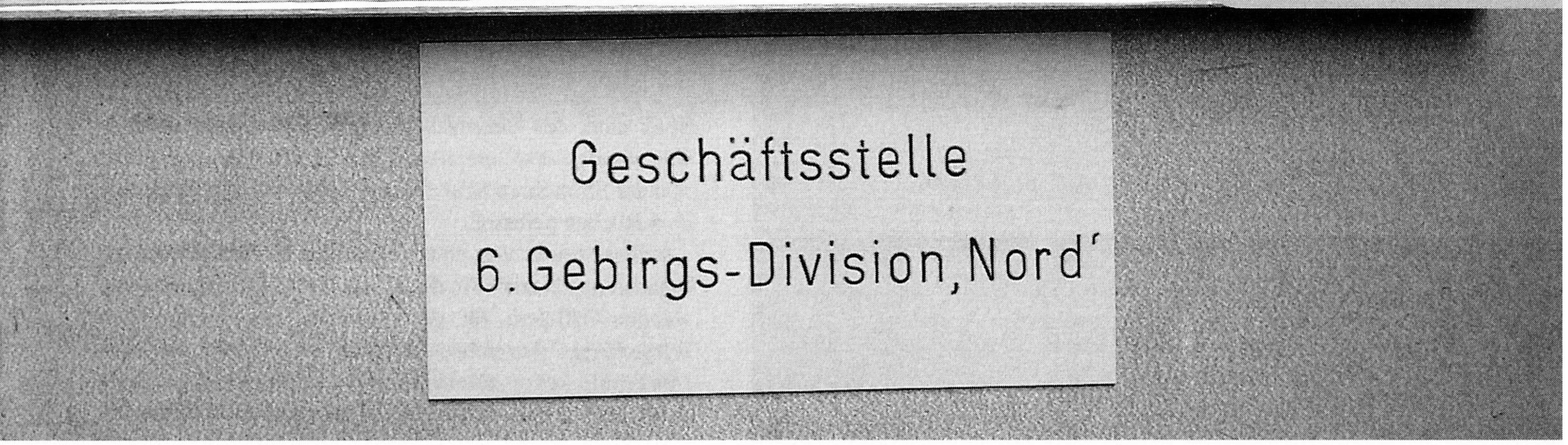
Daniel Girard

Von der KTW zum "Nationalen Widerstand Osnabrücker-Land" (NWOL)

Die KTW versuchte von ihrer Gründung bis zur späteren Umstrukturierung zum NWOL im Spätherbst 2001 das rechts anpolitisierte Umfeld der Region an die Organisation zu binden. Neben Partys, Grillfesten und regelmäßigen Treffen, wurden auch Fahrten zu neonazistischen Aufmärschen und Konzerten organisiert. Zeitgleich intensivierten die führenden Kader der KTW die Zusammenarbeit mit der NPD. So wurde 2001 damit begonnen, im Rahmen des Kommunalwahlkampfes in Niedersachsen im Landkreis Osnabrück mehrfach NPD-Infostände abzuwickeln. Hierbei zeigten sich aber auch die ersten Probleme, die die organisierten Neonazis mit dem rechts anpolitisierten Umfeld haben. Im Spätsommer 2001 traten offene Konflikte zu Tage. Im Gästebuch der Homepage der KTW wurde in Abgrenzung zu rechts anpolitisierten Jugendlichen vom "wahren nationalen Widerstand" gesprochen. Und einige Monate später - im November 2001 - gründeten nach eigenen Angaben "drei Kameraden" den "Nationalen Widerstand Osnabrücker-Land" (NWOL). Der NWOL steht in personeller Kontinuität zur KTW und besteht heute im Kern ebenfalls aus ca. 15 Neonazis. Mit dieser Umstrukturierung soll eine Gratwanderung zwischen einer "wahren nationalen" Politik auf der einen Seite sowie der Rekrutierung von neuen "Kameraden" aus dem rechten Umfeld auf der anderen Seite gelingen. Der NWOL kann so in Zusammenarbeit mit der NPD Infostände in den Kreisen Osnabrück, Steinfurt und der Stadt Münster organisieren, ohne dass betrunkene und gröhlende Nazi-Skinheads das öffentliche Bild dominieren. Auf der anderen Seite haben sie weiterhin Zugriff - nicht zuletzt durch den Jugendtreff in Voxtrup - auf ein ungefestigtes rechts anpolitisiertes Umfeld. Mit dieser Strategie versuchen sich NPD und NWOL als bieder zu geben und trotzdem den Nachwuchs nicht aus den Augen zu verlieren, obwohl dieser zur Zeit für eigene öffentliche Aktionen nicht zu gebrauchen ist.

Aussichten

Die Kader des NWOL arbeiten regional besonders eng mit den NPD-Kreisverbänden Osnabrück und Münster zusammen. Diese Zusammenarbeit erstreckt sich nicht nur auf die mittlerweile monatlichen NPD-Infostände in der Region. Auch gemeinsame Busfahrten zu neonazistischen Aufmärschen, der Besuch szeneinterner Schulungen und der Ausbau ihrer Strukturen unternehmen NPD und "freie Nationalisten" im Münsterland gemeinsam. Auch in Zukunft ist daher von einer Handlungsfähigkeit auszugehen, die monatliche Aktionen in der Region zum Regelfall werden lassen. Die neonazistische Szene sieht einem möglichen Verbot der NPD sehr gelassen entgegen. Ist die Szene doch auch heute schon weitestgehend im NWOL oder deren Umfeld organisiert. Damit wird auch im Münsterland das vielbeschworene "All-Heilmittel" NPD-Verbot an der Organisierung der neonazistschen Szene nichts Wesentliches ändern.



Von Jan Spreuk und Tomas Sager

Die Waffen-SS auf Finnlandreise

Der Autor der "Störtebeker"-Seite im Internet war sauer: Keineswegs, so war dort zu lesen, sei die HIAG eine verbrecherische Organisation (gewesen) - statt dessen ein "leuchtendes Beispiel für Treue und Kameradschaft über Kriegszeiten hinaus". Und wenn jene Organisation - mit vollem Namen die "Hilfsgemeinschaft auf Gegenseitigkeit - Bundesverband der Soldaten der ehemaligen Waffen-SS" – nun wieder einmal ins Visier von "unentwegten Antifaschisten" gerate, dann empfiehlt der "Störtebeker"-Autor die Solidarisierung der jungen Kameraden mit den alten Kämpfern. Sie sollten zeigen, dass es noch Jugendliche gebe, die Achtung vor den Waffen-SS'lern hätten und "die nicht vergessen haben, dass sie es wenigstens versucht haben Europa vor dem Zustand zu beschützen, dem es nach 1945 zum Opfer gefallen ist".

Eine Aktion von AntifaschistInnen in Hagen hatte den "Störtebeker"-Schreiber, der ansonsten auf seiner Homepage die Neonaziszene regelmäßig mit Nachrichten versorgt, derart in Rage gebracht. Im Hagener Stadtteil Wehringhausen hatten rund 40 GegnerInnen von Alt- und Neonazis am Abend des 11. Juli demonstriert. Dort, in der Tunnelstraße, lebt Fritz A. Schulte. Bis kurz nach der antifaschistischen Aktion wies ein kleines Schild an der Haustür darauf hin, dass der inzwischen 81-Jährige in seinen vier Wänden nicht nur einen geruhsamen Lebensabend verbringt, sondern sich auch anderweitig beschäftigt. "6. Gebirgsdivision Nord – Geschäftsstelle" war auf dem Schild zu lesen. Ganz exakt war die Bezeichnung nicht. Zwei zum Verständnis wichtige Buchstaben fehlten: Schulte beherbergt in seiner Wohnung die Geschäftsstelle der alten Kämpfer der 6. SS-Gebirgsdivison Nord. Bis zum Sommer konnte er das ganz abseits des öffentlichen Interesses und auch des Interesses seiner Nachbarn tun. Erst als AntifaschistInnen vor seiner Haustür demonstrierten, änderte sich dies.

Aufmerksam geworden waren sie auf den älteren Herrn wegen einer Annonce in der Juni-Ausgabe des im Munin-Verlag erscheinenden Blattes "Der Freiwillige". "Kameraden der 6. SS-Gebirgs-Div. ‚Nord' und Interessierte können an einer Finnlandreise teilnehmen", hieß es dort. Organisiert wurde die Tour eigentlich vom "Volksbund Deutscher Kriegsgräberfürsorge". Schultes Geschäftsstelle hängte sich an deren Ausschreibung an. Offenbar je nach Konstitution und Interesse wurden fünf Tage als Flugreise oder sieben Tage als Flug-Busreise angeboten.

Seine Zielgruppe hatte Schulte mit der Annonce gerade im "Freiwilligen" haargenau erreicht, war doch das Blatt das offizielle Organ der HIAG bis zu deren Auflösung 1992. Den Bundesverband der HIAG gibt es seither nicht mehr, wohl aber einzelne Landesverbände, Truppen- und Kreiskameradschaften und nicht zuletzt den seit fast 50 Jahre erscheinenden "Freiwilligen". Noch im vorigen Jahr hieß es dort, unverändert bleibe es "seine Aufgabe, das Mitteilungsblatt aller Soldaten der früheren Waffen-SS darzustellen". Inzwischen - die alten Kämpfer sterben weg - dürfen auch Neonazis dort zur Feder greifen, wie zum Beispiel Ralph Tegethoff (*siehe auch Seite 16-17*). Und auch Patrick Agte, 1965 geboren, Herausgeber und Geschäftsführer des "Freiwilligen", zählt längst nicht mehr zur "Erlebnisgeneration". Verklärung von Geschichte und Verleugnung von Verbrechen gehören natürlich nach wie vor zum Repertoire. Aber junge Autoren könnten sich zukünftig darum bemühen, das Heft zum Bindeglied zwischen Alt- und Neonazis zu machen.

Von des Führers Verlierer-Division in Finnland ...

Diesmal waren freilich vor allem die Alten angesprochen. Sie sollten am 18. Juli in Berlin, Düsseldorf, Frankfurt, Hamburg und München ins Flugzeug steigen, um an die Stätten ihres eigenen oder des Wirkens ihrer Kameraden gebracht zu werden. Das karelische Salla war ihr wichtigstes Ziel. Dort, so verriet es die Annonce, sollte am 21. Juli unter Teilnahme der deutschen Gäste ein Gedenkstein enthüllt werden. Dabei war Salla kein Schlachtfeld, auf dem die SS sich durchgesetzt oder aber besonders heldenmutig am Ende den Kürzeren gezogen hätte – was die Erinnerung der alten Kämpfer wohl beflügeln würde. Salla markiert vielmehr in der Geschichte der SS-Einheiten, die zu Zeiten des "Blitzkrieges" von Erfolg zu Erfolg eilten,

eine tiefe Schmach. Und eine ganz neue Erfahrung: SS-Männer, die statt dem "Unternehmen Barbarossa" zum Erfolg zu verhelfen, ein "unheimliches Debakel erlebten" und "die Waffen wegwarfen und davonrannten", wie der Friedberger Historiker Michael Keller sagt, der die Geschichte jener Division untersucht. Salla, meint Keller, "war der Tiefpunkt dieser Einheit".

Von der Pieke auf gelernt hatten sie das Kriegshandwerk ja auch nicht, die Mitglieder der 6. SS-Gebirgsdivision Nord. "Polizeiaufgaben" hatten sie zuvor in Norwegen zu erfüllen, worunter die Bekämpfung von allem zu verstehen ist, was sich der deutschen Besatzung in den Weg stellte. Aber bei Salla hatten es die SS'ler erstmals nicht mit einer Zivilbevölkerung zu tun, die man nach Belieben einschüchtern und terrorisieren konnte, sondern mit kampferprobten russischen Soldaten. Personell durch frische Kräfte ergänzt, erlebte die SS-Division nach dem Desaster in den nächsten dreieinhalb Jahren einen permanenten Stellungskrieg. Ihre Aufgabe, die Bahnverbindung vom ganzjährig eisfreien Hochseehafen Murmansk nach Leningrad unter ihre Kontrolle zu bekommen, erfüllte sie nie.

... zum "heldenhaften Kampf" hinter der Front und nach der Niederlage

So wenig "heldenhaft" wie ihr Aufenthalt in Finnland war auch die letzte Etappe der 6. SS-Gebirgsdivision. Sie spielt in der hessischen Wetterau. Dorthin hatte es ihre Reste – geschätzt werden 1.500 bis 2800 Mann – im Frühjahr 1945 verschlagen. Links und rechts von ihnen waren US-amerikanische Armeen – manchmal 30, 40 Kilometer am Tag zurücklegend – vorbeigezogen. Die SS'ler befanden sich – zunächst unentdeckt - plötzlich hinter der Front der vorrückenden Amerikaner. Und es begann etwas, was, in dieser Form, in den letzten Kriegstagen in Deutschland einmalig ist: Drei Tage nach der Befreiung vom Nazismus begann eine SS-Einheit wieder den Krieg. Sie überfielen nachts amerikanische Nachschubeinheiten – verkleidet mit US-Uniformen und quasi in Umsetzung der "Wehrwolf"-Taktik –, um Munition und Benzin zu erbeuten, und eroberten zwei Orte zurück, in denen man schon glaubte, den Krieg überstanden zu haben. Und sie verursachten damit eine Spur der Verwüstung. Terror erwartete die Menschen, die weiße Flaggen an ihren Häusern gehisst hatten. Später, als der SS-Spuk dank des Einsatzes starker US-Verbände vorüber war, wurden dort tote amerikanische Soldaten gefunden, von der SS in ihren Schlafsäcken ermordet, die Hände auf dem Rücken gefesselt.

Keller spricht von einer "fanatisierten Kriegsführung, fanatisierten Nazis". An der Spitze der SS-Gebirgsdivision standen Offiziere, die der Historiker als "Männer des Bürgerkriegs" bezeichnet, darunter auch solche, die zwei Jahrzehnte zuvor bereits an Hitlers Putschversuch teilgenommen hatten. Goebbels Aufruf, jeder Amerikaner auf deutschem Boden sei nunmehr "Freiwild" – von dieser Einheit wurde die Forderung des Propagandaminister umgesetzt. Und das ohne Rücksicht, so noch einmal eine Forderung Goebbels, "auf veraltete Vorstellungen einer so genannten bürgerlichen Kampfführung".

Geschichtsklitterung von 1945 bis 2002

Der Friedhof im Hessischen, auf dem die SS-Kämpfer begraben waren, wurde nach dem Krieg zum Wallfahrtsort für SS-Veteranenverbände, ihr Kampf zum "Osteropfergang einer tapfer kämpfenden Truppe", wie es noch vor 15 Jahren in den Heimatblättern des Main-Kinzig-Kreises hieß. 31 Jahre nach dem Wehrwolf-Kampf der SS'ler attestierte ihnen Alfred Steurich in dem ebenfalls im Munin-Verlag erschienenen Band "Gebirgsjäger im Bild - 6. SS Gebirgsdivision Nord 1940 – 1945": "Unter großen Opfern" hätten sie "bis zuletzt ihre soldatische Pflicht erfüllt". Und: Wo die 6. SS-Gebirgsdivison gekämpft habe, "erwarb sie sich ob ihrer soldatischen Haltung und Hilfsbereitschaft gegenüber der in Not geratenen Zivilbevölkerung der umkämpften Gebiete Achtung und Anerkennung". Diese Linie des Leugnens und des Vertuschens hatte schon Franz Schreiber vorgegeben. Er war 1945 der letzte Kommandeur der Truppe und später Vorsitzender ihres Traditionsverbandes. 1963 sagte er bei einer offiziellen Veranstaltung im Wetteraukreis, bei der er als Oberst a.D. angekündigt wurde, während man seinen SS-Dienstgrad verschwieg, die Leute seiner Einheit hätten doch nur ihre soldatische Pflicht getan.

Genau in dieser Traditionslinie fand denn auch Fritz A. Schulte nach seinem Outing und nachdem die lokale Presse über die Kundgebung vor seinem Haus berichtet hatte seine Fürsprecher. Zum Beispiel einen Dr. Reinhold Busch, der die SS'ler in einem Leserbrief zu "normalen", der Wehrmacht unterstellten Soldaten machte und im Gegenzug die Demonstranten – in den Jargon alter Zeiten verfallend – kurzerhand zu einer "Bande" und zu "obskuren Gestalten".

Sie stehen letztlich - wie in den vergangenen Jahrzehnten auch – in einer Front: die Alten, die lügen, leugnen und vertuschen, und die Jungen, die "Störtebekers" Aufruf folgen und Briefe und Karten an Leute wie Fritz A. Schulte schicken, als Zeichen der Anerkennung für das "leuchtende Beispiel für Treue und Kameradschaft".

Von Ingo Taler

Ein Ohrwurm mit Folgen

Sachzwänge entwickeln oft ihre eigene Logik. Aus dem Umstand, für die eigenen Leute CD`s bestellen zu 'dürfen', entwickelte sich eine ausbaubare Geschäftsidee. So dürfte die nüchterne Überlegung des gelernten Kaufmanns **Marcel Ingignoli** gelautet haben, als er im April 1997 seinen "Ohrwurm-Versandhandel" in Wuppertal anmeldete. Seine Geschäfte im neonazistischen Milieu expandierten prächtig, und es gelang ihm, schnell Fuß auf dem Rechts-Rock-Markt zu fassen. Das Startkapital dafür dürfte aus seiner Tätigkeit als Versicherungsagent stammen, der er zu diesem Zeitpunkt hauptberuflich nachging. Mit dem nötigen kaufmännischen Know-how zog er recht schnell einen professionellen Versandhandel für RechtsRock-Tonträger und Accessoires auf. Allerdings blieben seine geschäftlichen Umtriebe auch von seinem damaligen Vermieter in Wuppertal nicht unbemerkt, so dass dieser ihn 1998 samt seines Versandhandels vor die Tür setzte. Das schränkte "Ohrwurm" allerdings nur bedingt ein. Ingignoli hielt das Tagesgeschäft aufrecht und zog mitsamt seines Versandhandels ins nahe Haßlinghausen. Der Umzug ins ruhige Hinterland verhalf sogar zur weiteren Expansion. Neben dem Vertrieb von rechter Handelsware meldete er nun auch Patente für eigens kreierte "Streetwear"-Marken an. So entstanden die Textilmarken "Steelcap-Limited Skinwear", "Working Class Streetwear" und "Terror Kids". Über die szeneübliche Vermarktung an ein Klientel von Jugendlichen und jungen Erwachsenen hinaus, orientiert sich die Streetwearmarke "Terror Kids" speziell auf die Zielgruppe Kinder.

Die Expansion geht weiter

Neben dem reinen Vertrieb seines Versandsortiments plante Ingignoli auch die Produktion von Tonträgern. Hierfür gründete er als weiteres Projekt sein Label "Ohrwurm Records". Im September 1999 erschien als Debütproduktion das internationale RechtsRock-Projekt "Retaliator". Gleich zu Beginn seiner Produktionstätigkeit unterstrich Ingignoli hiermit seine Ambitionen, bestand "Retaliator" doch aus Musikern von renommierten Acts wie "Celtic Warrior" und "No Remorse". Bislang hat es auf "Ohrwurm Records" mehr als zwei Dutzend Veröffentlichungen gegeben.

Im Herbst 1999 expandierte Ingignoli erneut, indem er in der Fußgängerzone von Ennepetal-Milspe ein Ladenlokal unter dem Namen "Ranger Streetwear" eröffnete. Die Schaufensterdekoration will zwar den Eindruck vermitteln, dass es sich um ein reines Trendmarkengeschäft für Schuhe und Textilien handelt, dahinter verbirgt sich aber einer der wenigen RechtsRock-Shops in NRW. Neben der szeneüblichen Trendmarkenkleidung offeriert der Shop noch einen besonderen Kundenservice. So wurde in dem an "Ohrwurm"-Kunden versandte Eröffnungsrundschreiben vom Oktober 1999 angeboten, sich die telefonisch aus dem reichhaltigen "Ohrwurm"-Sortiment bestellte Ware im "Ranger Streetwear"-Shop abholen zu können. Nicht zuletzt durch diesen speziellen Service entwickelte sich das Ladenlokal bald zum regionalen Treffpunkt.

Seit Anfang 2001 gilt nun als Kontaktadresse für den "Ohrwurm"-Versand eine neue Postfachanschrift in Sprockhövel. Unter der gleichen Adresse ist von Ingignoli außerdem noch das Gewerbe "Letzter-Kick" angemeldet worden, ebenso wie ein Postfach der Firma "M & S Warenhandel".

Doch damit nicht genug. Seit Juli 2002 betreibt Ingignoli einen weiteren neonazistischen Szene-Shop. Als Standort wählte er für sein Ladenlokal "Attacke" seinen derzeitigen Wohnsitz Gevelsberg. Und anders als bei "Ranger Streetwear" verzichtete er diesmal auf dezente Zurückhaltung und bediente sein rechtes Klientel offensiv. So firmiert sein neuer Shop auch unter der Bezeichnung "Attacke 88" im Internet. Ebenso eindeutig ist auch der Verlagskatalog des "Attacke Warenhandel", der zudem als Logo das Zeichen der neonazistischen "Afrikaanse Weerstandbeweging" (AWB), die "Triskele" trägt.

Stolpersteine auf dem Erfolgskurs

Anfang Juli diesen Jahres durchsuchte dann der Polizeiliche Staatsschutz Hagen sowohl den Versandhandel in Sprockhövel als auch das Ladenlokal in Ennepetal und die privaten Wohnräume des 30-Jährigen in Gevelsberg und stellte neben PC`s auch 200 CD`s mit vermutetem volksverhetzendem Inhalt sicher. Ausgangspunkt für diese Razzia war ein Ermittlungsverfahren wegen des Verdachts der Volksverhetzung, ein Vorwurf, der Ingignioli alles andere als unbekannt ist, wurde er doch schon einmal wegen dieses Delikts verurteilt.

Neben staatlichen Repressionen ist Ingignoli auch Vorwürfen aus der Neonazi-Szene ausgesetzt, die ihn des Verrats an der RechtsRockband "Landser" beschuldigen. So wird auf mehreren Internetseiten zum Boykott des "Ohrwurm-Versandes" aufgerufen. Anlässlich von Hausdurchsuchungen im Jahre 2000 seien der Polizei, so der Vorwurf, Informationen zum Erscheinen der damals neuen "Landser-CD", z.B. zu deren Vertriebswegen gegeben worden. Inwieweit diese Anschuldigungen stimmen oder ob dahinter der Versuch steckt, mißliebige Konkurrenz im RechtsRock-Geschäft zu isolieren, bleibt jedoch vorerst Spekulation.

Köln

"Signal" fällt ins Wasser

Manni Rouhs ist nicht glücklich dieser Tage. Und das hat seinen Grund: Was hatte er doch für ein schönes "Signal-Pressefest"- diesmal mitten in Köln - organisieren wollen (*siehe Lotta Nr. 9*) und dann ging doch wieder alles schief. Schon im Vorfeld des Pressefestes, welches für das letzte Juni-Wochenende geplant war, war das Schicksal dem Kölner Manfred Rouhs nicht wohlgesonnen. Erst sagte der voller Stolz angekündigte Hauptact des Wochenendes - die Dark Wave/Industrial-Band "Von Thronstahl" - ab, und dann wurde ihm trotz eines Rechtsstreites auch noch der anvisierte Platz in der Innenstadt verweigert, so dass er mit einem Sportplatz im entlegenen Kölner Vorort Widdersdorf vorlieb nehmen musste. Die Bevölkerung war davon alles andere als angetan. Ohne Absprache hatte die Stadt ihnen die Nazis vor die Nase gesetzt. Und so tat ein Haufen mutiger Widdersdorfer BürgerInnen ihren Protest mit einem eilig erstellten Transparent "Widdersdorfer gegen Extremismus" kund. Derweil nahmen einige andere auch an der antifaschistischen Kundgebung teil.

Das zum Pressefest anreisende Publikum, welches zu einem nicht unerheblichen Teil aus rechten Skinheads aus Süddeutschland bestand, hatte mit etlichen Widrigkeiten zu kämpfen. Zeitungsberichten war zu entnehmen, dass offensichtlich einige ihrer Autos schneller als erwartet die Notwendigkeit einer kostenintensiven Generalüberholung ereilte. Ein Zelt hatte Rouhs auch nicht mehr organisieren können - von der angekündigten Bestuhlung ganz zu schweigen - und so lümmelten etliche der BesucherInnen am Rande des Sportplatzes herum und versuchten, während sie mit Reden von **Rouhs**, **Alfred Mechtersheimer** und **Harald Neubauer** gelangweilt wurden, die Zeit totzuschlagen. Doch auch die Organisation des dafür benötigten Dosenbieres – Ausschank war auf dem Platz nicht gestattet - gestaltete sich nicht gerade einfach, da für den Weg zum nahegelegenen Supermarkt die Gefahr in Kauf genommen werden musste, einigen der ca. 400 GegendemonstrantInnen - im Internetforum der "Signal"-Homepage als "exekutivfreudige linksextreme Bürgern" bezeichnet - zu begegnen. So sollte wenigstens der anschließende musikalische Part zur Erquickung der bis zu diesem Zeitpunkt gerade einmal 70 anwesenden Rechten beitragen. Doch während die französische Rechtsrock Combo "In Memoriam" noch an der Grenze festgehalten wurde, verkündete **Ronny Haser**, seines Zeichens Sänger der Gruppe "Nordwind", dass man nicht auftreten würde, da es bald regnen werde und ob der fehlenden Überdachung ihre Instrumente und Anlage nass werden könnten. Die Düsseldorfer/Mettmanner Band "Eskil" um **Dennis Seegers** schloss sich an. Damit war das "Signal-Pressefest" nach gerade einmal zwei Stunden zu Ende. Später begründeten "Nordwind" ihre Entscheidung u.a. mit der desolaten Organisation des "Pressefestes" und mit dem unverantwortlichen Umgang des Manfred Rouhs mit BesucherInnen, Bands und Security. Rouhs kündigte seinerseits noch am selben Tag erbost den Vertrag für eine CD-Produktion mit "Nordwind".

Die Reaktionen in der Szene auf diesen Misserfolg waren gemischt. Während einige mit dem Boykott von "Nordwind" drohten, zeigten andere Verständnis für die Fürther Viking Rocker. Auch die Frage, ob politische Vorträge und Musik wirklich zusammenpassen würden, konnte nicht einvernehmlich geklärt werden. In einem war man sich jedoch einig: Die Organisation des Veranstalters sei katastrophal gewesen. Fazit eines Besuchers: "Ich werde nie wieder an einer Veranstaltung von Herrn Rouhs teilnehmen, das ist mir zu teuer zu langweilig und vor allem zu gefährlich."

Von Johannes Lohmann

Harald Neubauer kann's nicht fassen

Ennepe-Ruhr-Kreis

Neonazidemonstration in Schwelm

Nach einer Pause von neun Monaten demonstrierten Neonazis wieder im Ennepe-Ruhr-Kreis. "Todesstrafe für Kinderschänder – nur das ist 0 Prozent Rückfallquote" war das Motto eines Aufmarschs am Abend des 26. August in Schwelm. Taktisch geschickt, um Gegenaktionen und eventuelle Verbote zu vermeiden, war der Auflauf erst am Freitag zuvor angemeldet worden. Rund 60 "Kameraden" kamen montagabends nach Schwelm: Neonazis aus Düsseldorf, Dortmund, Hagen und Wuppertal, dem nördlichen Ruhrgebiet, dem Sauerland, vor allem aber aus der engeren Region lauschten den drei Rednern **Ronald Guziewski**, **Maik Falkenrath** und **Björn Koch.** Drei Mal waren die Neonazis im vorigen Jahr im Ennepe-Ruhr-Kreis aufmarschiert - zweimal ebenfalls zum Thema "Todesstrafe für Kinderschänder". Anmelder diesmal war der 30-jährige **Marc vom Ort**. Er ist bzw. war verantwortlich für die seit längerem nicht mehr aktualisierte Homepage der Kleinstgruppe "Initiative der weißen Art" (I.d.w.A). Die I.d.w.A hatte im Dezember letzten Jahres auch zu einer Demonstration in Dortmund-Brechten aufgerufen. Am 5. Januar 2002 wollte sie zudem die "Kameraden" an der Wewelsburg bei Paderborn aufmarschieren lassen. "Ruhm und Ehre der Waffen-SS" sollte das Motto sein. Während diese Veranstaltung schon wegen des provokativen Mottos und des nicht minder provokativen Ortes verboten blieb, sah die Polizei in Schwelm diesmal eigenen Angaben zufolge keine Möglichkeit, den Aufmarsch zu verhindern. Statt dessen wurden aber rund zwei Dutzend GegendemonstrantInnen eingekesselt.

Von Jan Spreuk

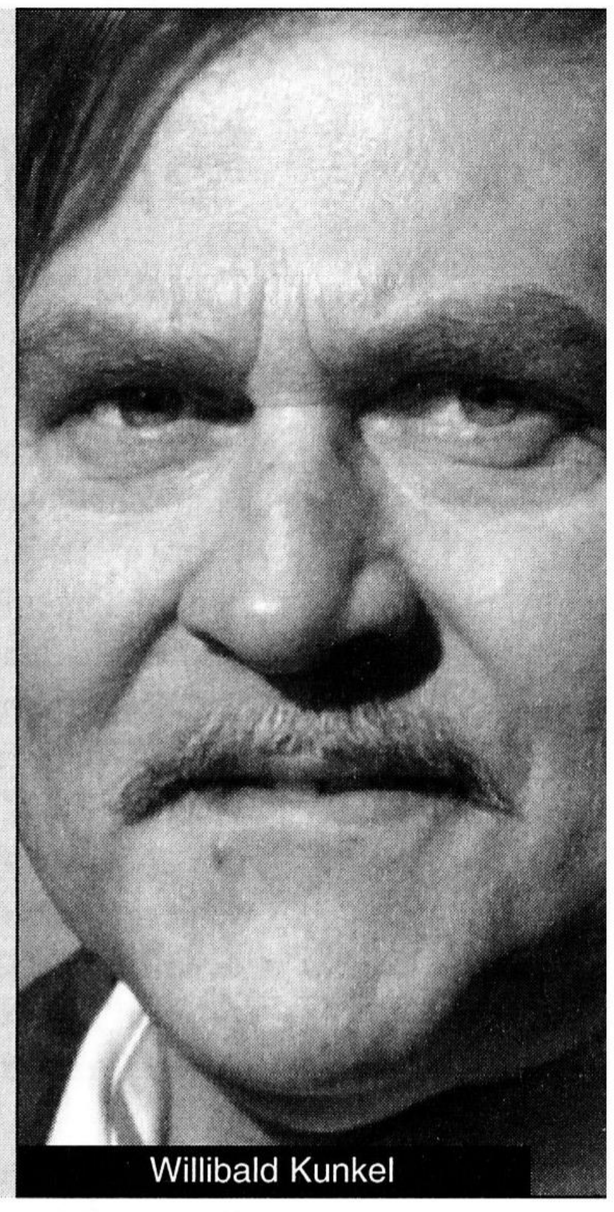
NRW allgemein

DVU goes NPD

Die NRW-DVU – auch bisher nicht durch einen übermäßigen Drang zu politischen Aktivitäten aufgefallen – zerbröselt weiter. Mitglieder, die nicht nur Abonnenten der "Deutschen Nationalzeitung" aus dem Verlag von Parteichef **Gerhard Frey** bleiben wollten, wurden ausgeschlossen oder suchten von sich aus das Weite. Eine neue Heimat bietet ihnen die NPD. Sichtbar geworden war die Entwicklung erstmals im Februar, als DVU'ler gegen den Willen Freys an einem NPD-Aufmarsch in Bielefeld teilnahmen. Austritte und Ausschlussverfahren folgten. "Der DVU-Landesverband nähert sich einem Zustand, der sich als klinisch tot bezeichnen lässt", triumphierte die NPD angesichts der Parteibuchwechsler. Zu ihnen gehört das Stolberger Ratsmitglied **Willibert Kunkel**. Dass er kurz nach dem Bielefelder Aufmarsch auch noch daheim unter dem Motto "Die Rechten gegen das Schächten" demonstrieren ließ (*siehe LOTTA Nr. 8, S. 49*) und dabei auch die "Kameradschaft Aachener Land" vertreten war, hatte das Fass vollends zum Überlaufen gebracht. Die DVU beteuerte noch einmal, dass man mit "Personen, die dem Neonazi- und Skinheadmilieu zuzurechnen sind", nichts zu tun haben wolle.

Kunkel, inzwischen Chef des NPD-Kreisverbands Aachen, tummelt sich derweil auf vielen Bühnen für seine neue Partei. Im Ennepe-Ruhr-Kreis kandidierte er für den Posten des Landrats, und bei der Bundestagswahl bewarb er sich in Aachen-Land. Natürlich ohne Erfolg. Da halfen auch die rund 60 "Kameraden" nichts, die er – diesmal unter dem Motto "Deutsche Arbeitsplätze für Deutsche" - bei einer Demo am 24. August in Stolberg auf die Straße brachte.

Von Jan Spreuk



Willibald Kunkel

Wuppertal und Iserlohn

Wahlkampfkundgebung der NPD in Wuppertal und Iserlohn

Rund 130 Personen folgten am 7. September dem Aufruf der NPD zu deren NRW-Wahlkampfveranstaltung nach Wuppertal. Unter dem Motto "Gegen Korruption und Globalisierung – soziale und nationale Gerechtigkeit für Deutsche!" hatte der NRW-Landesvorstand der NPD diese Wahlkampfveranstaltung angemeldet, nachdem der Wuppertaler und Remscheider Kreisverband keine Genehmigung erhalten hatte. So sollte die geplante Route der NPD-Demonstration ausgerechnet am jüdischen Neujahrsfest Rosch Ha-Schana an der Neuen Synagoge vorbeiziehen. Doch diese unverhohlene Provokation war selbst den Behörden zuviel und die NPD erhielt hierfür keine Genehmigung. Statt dessen wurde dem NRW-Landesvorstand lediglich unter Auflagen eine Wahlkampfkundgebung zugebilligt. Als Redner traten der Bundesvorsitzende **Udo Voigt** sowie der einstige DVU- und heutige NPD-Ratsherr aus Stolberg, **Willibert Kunkel**, auf (*zu Kunkel siehe auch Kurzbericht "DVU goes NPD"*). Begleitet wurde er von **Nico Ernst** von der "Kameradschaft Rhein/Ahr" und einer größeren Gruppe neonazistischer Skinheads. Jüngere Skinheads stellten auch das Gros der Kundgebungsteilnehmer. An NPD/JN-Funktionsträger waren vor Ort neben Voigt, **Pradel** und Kunkel noch der stellvertretende NPD-Landesvorsitzende **Bernd Kremer** (Essen), der bis zum Frühjahr diesen Jahres als kommissarischer JN-Landesvorsitzender fungierende heutige NPD-Vorsitzender Herne / Gelsenkirchen **Claus Cremer** (Wattenscheid), der im Frühjahr gewählte neue JN-Landesvorsitzende **Nico Wedding** (Duisburg), das NPD-Landesvorstandsmitglied **Axel Hellmann** (Schwelm) sowie der NPD-Vorsitzende im Märkischen Kreis, **Axel Schoppmann** (Lüdenscheid), anzutreffen. Im Gegensatz zu diesen glänzten reihenweise NPD-Landesvorstandsmitglieder und Vorstandmitglieder regionaler NPD-Kreis- und Ortsverbände durch Abwesenheit. Auch sämtliche relevanten "Freien Kameradschaften" (FK) aus NRW liessen sich vor Ort nicht blicken.

Die FK fehlten auch bei der NPD-Wahlkampfkundgebung eine Woche später am 14. September in Iserlohn. Allerdings: Was in Freiburg und Potsdam an jenem Samstag nicht gelang - in Iserlohn war es möglich. Ungestört von GegendemonstrantInnen und zur besten Tageszeit marschierte die NPD eine Woche vor der Bundestagswahl durch den Stadtteil Hombruch. Mitten in einem Wohngebiet konnte sie eine Kundgebung mit ihrem NRW-Spitzenkandidaten Voigt abhalten. Auf den eigentlich angekündigten zweiten Redner, den früheren FAP-Vorsitzenden **Friedhelm Busse**, mussten die rund 90 NPD-Anhänger aus der Region verzichten. Der hatte sich Zeitungsberichten zufolge für einen Auftritt bei der für den selben Tag geplanten NPD-Demonstration in Freiburg entschieden, war dort aber mit einem Redeverbot belegt worden. Statt dessen sprach in Iserlohn **Hartmut Wostupatsch**, der seit Mitte 2001 bei kaum einem Aufmarsch der "freien Kräfte" in NRW fehlt. Mit dabei war auch diesmal Claus Cremer, den Wostupatsch als "Koordinator zwischen den freien und den parteigebundenen Kräften" titulierte. Auch für die musikalische "Unterhaltung" war bei der mehr als dreistündigen Demonstration gesorgt. Mit den Tücken der Lautsprechertechnik kämpften die als "Liedermacher" angekündigten Frank Körner und Detlef Schumann.

Von Wolfgang Blum

Von Jörg Kronauer

Grenzüberschreitende Projekte

Warum NRW die "Vertriebenen"-Verbände unterstützt

"Verraten und verkauft" habe das Bundesland NRW die "Landsmannschaft der Oberschlesier", beschwerte sich im Februar das "Ostpreußenblatt". Während andere "Vertriebenen"-Organisationen für die Durchführung ihrer Bundestreffen finanzielle Unterstützung von einzelnen Bundesländern erhielten, hätten die "Oberschlesier" von der NRW-Landesregierung "noch nie" Geld für den "Tag der Oberschlesier" bekommen. Und das, obwohl NRW 1964 die Patenschaft für die "Landsmannschaft der Oberschlesier" übernommen habe. Der "zur Tradition gewordene Tag" sei daher in Zukunft "im Patenland nicht durchführbar", verkündete das wohl wichtigste Organ der deutschen "Vertriebenen".

Man könnte geneigt sein, Hoffnung zu schöpfen. Kündigt Rot-Grün wenigstens auf Landesebene dem deutschen Revanchismus die Freundschaft auf? Vertreibt NRW die "Vertriebenen"? Natürlich nicht, im Gegenteil! NRW braucht die "Vertriebenen" für seine Einflussnahme in Polen. Die Politik des Landes gegenüber den "Vertriebenen" hängt eng zusammen mit der Politik gegenüber den südpolnischen Wojewodschaften Slaskie und Opole, die das Gebiet des früheren Oberschlesien umfassen. Vor allem in der Wojewodschaft Slaskie, die gewisse historische Bindungen an das Ruhrgebiet aufweist, hat NRW starke Interessen. Und die sind zunächst einmal ökonomisch geprägt.

Wirtschaftsexpansion

Als "äußerst interessant" bezeichnet ein Positionspapier der NRW-Wirtschaft die Wojewodschaft Slaskie. Das Industriegebiet um Katowice sei die "am stärksten industrialisierte und urbanisierte Region Polens" und verfüge über eine "relativ gut entwickelte Straßen- und Bahninfrastruktur" sowie über eine "gute verkehrstechnische Anbindung". Auch die "hohe Arbeitskultur der Einwohner" sei von Vorteil, heißt es in dem Papier. Angestrebt werden insbesondere "langfristige Investitionen, für die ein gewaltiger Absatzmarkt in Schlesien vorhanden ist". Daneben hoffen NRW-Unternehmen vor allem auf öffentliche Aufträge, etwa zum Bau von Straßen, Kraftwerken und vielem mehr.

Um NRW-Unternehmen bei der Expansion in die Wojewodschaft Slaskie zu unterstützen, nimmt man dort schon seit 1991 gezielt Einfluss. Zunächst bei der Transformation der Regionalverwaltung, bei der das Bundesland bereitwillig "half". Mit Erfolg: "Die gegenwärtige neue Verwaltungsstruktur bringt für die NRW-Unternehmen neue Möglichkeiten mit sich. Die Zusammenarbeit mit Investoren bildet ein wesentliches Element der Regionalpolitik", heißt es anerkennend in der nordrhein-westfälischen Wirtschaft.

Vor zwei Jahren hat NRW seine Beziehungen zur Wojewodschaft Slaskie intensiviert. Ausgerechnet am 1. September 2000 - also am Jahrestag des deutschen Überfalls auf Polen - unterzeichnete Ministerpräsident Wolfgang Clement in Katowice, der Hauptstadt der Wojewodschaft Slaskie, eine "Gemeinsame Erklärung über die engere Zusammenarbeit und den Ausbau freundschaftlicher Beziehungen". Sie sieht neben der Ausweitung des "kulturellen Austauschs" unter anderem

"die Förderung der wirtschaftlichen Zusammenarbeit und den Erfahrungsaustausch in Fragen der Regionalentwicklung" vor und hat, so ist aus Wirtschaftskreisen zu erfahren, tatsächlich "neue Perspektiven" bei der "Internationalisierung und Positionierung" der NRW-Wirtschaft geschaffen. Mit Initiativen wie dem "Schlesisch-nordrhein-westfälischen Wirtschaftsforum" (März 2001 in Katowice) bemüht sich die Landesregierung immer wieder um bessere Expansionsmöglichkeiten für die NRW-Wirtschaft, die schon 1998 Waren im Wert von rund 6 Milliarden DM nach Polen exportieren konnte. Bei der Sicherung des deutschen Einflusses kommt ihr dabei ein besonderer Umstand zugute: die historischen Beziehungen zwischen NRW und der Wojewodschaft Slaskie.

Historische Beziehungen

Besondere Beziehungen weisen die beiden Regionen bereits seit dem 19. Jahrhundert auf. Gegen Ende des 19. Jahrhunderts fand eine recht umfangreiche Arbeitsmigration aus dem damaligen Oberschlesien in das Ruhrgebiet statt, die zu zahlreichen persönlichen Verbindungen führte. Beide Regionen sind wirtschaftsgeschichtlich in besonderem Maße durch Kohlebergbau und Schwerindustrie geprägt, das Gebiet um Katowice galt bis ins 20. Jahrhundert als "schlesischer Ruhrpott"; die NRW-Landesregierung nutzt dies jetzt, um sich eine angebliche "besondere Kompetenz" bei der Gestaltung des anstehenden Strukturwandels in der Wojewodschaft Slaskie zuzusprechen. Im früheren "Oberschlesien" wurde 1945 zudem die Umsiedlung der deutschsprachigen Bevölkerung am wenigsten konsequent betrieben; die Folge ist, dass es in der Region noch heute eine relativ starke deutschsprachige Minderheit gibt. Diese wird vom Land NRW konsequent genutzt, um den eigenen Einfluss zu stärken. Die bereits erwähnte "Gemeinsame Erklärung" vom 1.9.2000 sieht ausdrücklich auch die "Bewahrung der sprachlichen und kulturellen Identität" von "Menschen deutscher Abstammung" in der Wojewodschaft Slaskie vor. Denn diese - so das Kalkül - werden sich wohl am deutschen "Mutterland" orientieren, deutsche Investitionen und deutsche Waren bevorzugen, deutschen Interessen dienen.

Der Job der "Vertriebenen"

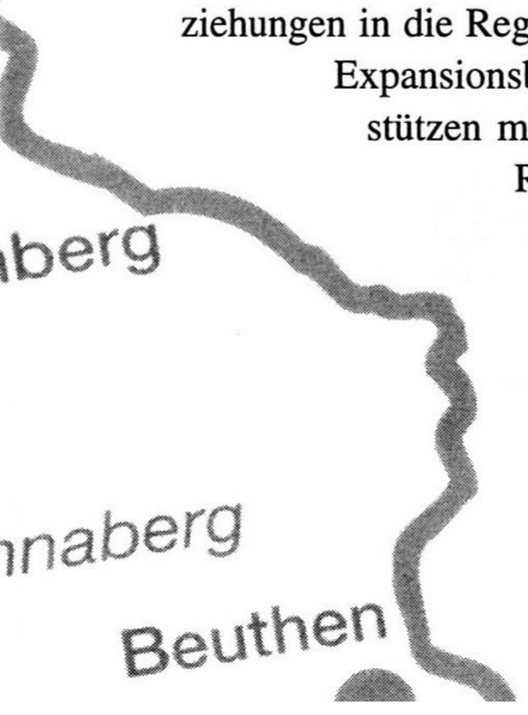
Wer aber die deutschsprachige Minderheit in der Wojewodschaft Slaskie stärken will, kommt um die "Vertriebenen"-Verbände nicht herum. Diese arbeiten schon seit Ende der 1980er Jahre eng mit den Organisationen der deutschsprachigen Minderheit in Polen zusammen und verfügen gewöhnlich über ausgeprägte persönliche Beziehungen in die Region. Keine Landesregierung, die die Expansionsbestrebungen ihrer Wirtschaft unterstützen muss, könnte es sich leisten, auf ihre Ressourcen zu verzichten. Der NRW-Landesverband des "Bundes der Vertriebenen" (BdV) zum Beispiel hat 1991 offiziell die Patenschaft über den "Deutschen Freundschaftskreis" (DFK) in der Wojewodschaft Slaskie übernommen. Seitdem ist der BdV NRW regelmäßig "grenzüberschreitend" in der Region um Katowice aktiv, beteiligt sich an der Ausgestaltung von Städtepartnerschaften und nimmt Einfluss auf die Politik des DFK. Der wiederum spielt in der Wojewodschaft Slaskie eine bedeutende Rolle: Vor allem im ehemaligen Oberschlesien verfügt die deutschsprachige Minderheit über eine starke Position in der Lokalpolitik und sogar über Abgeordnete im polnischen Parlament, dem Sejm.

"Grenzüberschreitend" betätigt sich auch das "Haus Schlesien". Der ehemalige Fronhof in Heisterbacherrott, einem Ortsteil von Königswinter, dient als Zentrale der "Landsmannschaft Schlesien", die hier ihre Bundesgeschäftsstelle hat. Der Hof verfügt über ein Museum, das sich mit seinen heimattümelnden Exponaten zur Pilgerstätte für "Vertriebene" entwickelt hat, und über eine Buchhandlung, in der Produkte auch aus Naziverlagen erhältlich sind. Vor allem aber dient das "Haus Schlesien" als Tagungsstätte, in der ein reger Austausch etwa mit Studierenden aus dem ehemaligen Schlesien gepflegt wird.

"Grenzüberschreitende" Ausstellungsprojekte vervollständigen das Bild. Die nordrhein-westfälischen "Vertriebenen" legen genügend "grenzüberschreitende" Aktivitäten an den Tag, dass es sich für die Landesregierung lohnt, ihre Einflussarbeit in der Wojewodschaft Slaskie auch finanziell zu unterstützen. Projektbezogene Mittel gibt es allerdings kaum noch - zu groß ist der Druck auf die öffentlichen Haushalte. Nur "grenzüberschreitende Projekte" werden derzeit finanziert, also Projekte, die direkt in der Wojewodschaft Slaskie Wirksamkeit entfalten – immerhin 120.000 DM waren sie dem Land im vergangenen Jahr wert. Für Veranstaltungen wie das Bundestreffen der "Oberschlesier", die vorwiegend heimattümelnder Selbstbeweihräucherung dienen, hat NRW kein Geld übrig.

Viel mehr jedoch investiert die Landesregierung in die "institutionelle Förderung" gemäß Bundesvertriebenenförderungsgesetz (BVFG), also in feste Einrichtungen der "Vertriebenen". Dazu zählen etwa die "Gesellschaft für ostmitteleuropäische Landeskunde und Kultur" in Dortmund, die die deutsche Einflussnahme in Osteuropa wissenschaftlich begleitet, und das Düsseldorfer "Gerhart-Hauptmann-Haus", das Ausstellungen und Tagungen auch in Osteuropa durchführt. Den speziellen Bezug auf die von NRW besonders beachtete Wojewodschaft Slaskie stellt das "Haus Oberschlesien" in Ratingen-Hösel her, in dem die "Landsmannschaft der Oberschlesier" ihre Bundesgeschäftsstelle hat.

Gekleckert wird bei der "institutionellen Förderung" nicht. Um welche Beträge es dabei geht, hielt NRW-Justizminister Dieckmann den "Oberschlesiern" vor Augen, als er bei ihrem 27. Bundestreffen im September 2000 in Essen die Festansprache hielt. "Das Land Nordrhein-Westfalen", so der Minister, "stellt im Rahmen der institutionellen Förderung der Kulturarbeit nach § 96 BVFG über 3,5 Millionen DM jährlich zur Sicherung der Existenz von kulturellen Einrichtungen zur Verfügung". Denn die tragen mehr zur Einflussnahme in der Wojewodschaft Slaskie bei als ein lächerlicher "Tag der Oberschlesier".



Vom "Antirassistischen Bildungsforum Rheinland" (ABR)

"Neue" Rechte?

Genau wie das Schlagwort "Neue Mitte" suggeriert der Begriff "Neue Rechte" Modernität, Erneuerung, Wandel – mit der Besetzung von Begriffen wird Politik gemacht. Aber was ist wirklich neu an dieser Rechten?

Das schillernde Schlagwort "Neue Rechte", das seit der so genannten Wiedervereinigung in willfähriger Deutung durch Medien und Verfassungsschutzberichte geistert, ist – genau wie der unter dem Begriff "Konservative Revolution" zusammengefasste geistige Bezugspunkt "neurechter" Protagonisten – mehr Metapher als eine ideologisch wie organisatorisch eindeutig kategorisierbare Strömung. Gegen eine kritiklose Übernahme der Begrifflichkeit spricht zudem, dass es sich hierbei um eine propagandistische Eigenbezeichnung neofaschistischer Strategen handelt, um der Renationalisierung und Kulturalisierung politischer Felder einen "modernen" Anstrich zu verleihen. Als propagandistische Replik auf den kulturellen Bruch 1968 durch die Neue Linke erfolgte daher – eigentlich nicht sonderlich einfallsreich – die Eigenbezeichnung extrem rechter Strömungen als "Neue Rechte".

Ein doitscher Re-Import

Als Spiritus Rektor dieses propagandistischen Modernisierungsversuchs in der postfaschistischen BRD kann der frühere SS-Mann, Privatsekretär Ernst Jüngers und ehemalige Geschäftsführer der "Siemens-Stiftung", **Armin Mohler**, angesehen werden. Mohler, der sich selbst offenherzig als Faschist bezeichnet, machte sich schon 1950 daran, ein Grundlagenwerk in apologetischer Sicht über die sogenannte Konservative Revolution zu verfassen. Ein geistiger Schüler Mohlers, **Alain de Benoist**, griff dessen Bezugspunkte zur propagandistischen Modernisierung des Faschismus auf und kreierte 1969 mit Mohlers Hilfe in Frankreich einen think tank, eine Denkfabrik für die extreme Rechte, die "Groupement de recherche et etudes sur la civilisation europeenne" (G.R.E.C.E) mit dem Etikett als "Nouvelle Droite". Diese Eigenbezeichnung "Neue Rechte" gelangte dann quasi als Re-Import wieder zurück in die deutschen Gefilde des Neofaschismus.

Als organisatorische Eigenbezeichnung tauchte der Begriff in der BRD erstmalig in der vom ehemaligen bayrischen NPD-Landesvorsitzenden **Siegfried Pöhlmann** gegründeten "Aktion Neue Rechte" (ANR) auf, die sich als NPD-Abspaltung einem "neuen Nationalismus" verschrieben hatte. Das Manifest der ANR – einer kurzlebigen Organisation – entwarf einer der führenden Ideologen des nationalrevolutionär orientierten Flügels der extremen Rechten in der BRD, **Henning Eichberg**.

Die "Neue Rechte" stellt keine parteipolitische Bewegung dar, sondern transportiert Denkansätze und Theoriebausteine. Diese finden Resonanz in Projekten und think tanks wie dem "Institut für Staatspolitik" (INSTABO), der "Deutsch-Europäischen Studiengesellschaft" (DESG), dem "Thule-Seminar" und partiell auch in dem konservativen "Studienzentrum Weikersheim" sowie in Medien wie "Nation & Europa", "Junge Freiheit" (JF), "Criticón", "Staatsbriefe", "wir selbst", "Sleipnir", "Etappe", "DESG-Inform", "Elemente" oder "Signal".

Helmut Bärwald: „Herbert Wehner als Mosaikstein der SPD-Politik", Seite 11

JUNGE FREIHEIT

Nr. 8/94 Potsdam 18. Februar 1994 Wochenzeitung für Politik und Kultur 9. Jahrgang 2A 4084 C DM 3,80/ÖS 30,-

Der rechte Unionsflügel steht kommenden Großen Koalitionen im Wege

Treibjagd auf Peter Gauweiler

„Das Schwein wird geschlachtet." Mit diesen Worten deutete der Sprecher der Münchner Jusos Anfang Januar hinter vorgehaltener Hand an, was Tage später beginnen sollte. Eine Allianz aus linken Sozialdemokraten, Grünen, Gewerkschaftern, Liberalen und Journalisten rüstete zum alles entscheidenden Vernichtungsfeldzug gegen Peter Gauweiler. Der Mann, der bei der letzten Oberbürgermeisterwahl aus dem Stand 43 Prozent der Stimmen holte, drohte die linke Luftherrschaft über der bayerischen Landeshauptstadt zu brechen.

Was mit der jahrelangen Verleumdungskampagne Gauweiler sei homosexuell (zwischenzeitlich hat er zwei Kinder), nicht zu schaffen war, wurde jetzt subtiler angegangen. Henning Hierseniegel, Ehemann einer FDP-Landtagsabgeordneten und bis 1992 in der Geschäftsführung der Münchner Anwaltskammer, verschaffte dem Stern vertrauliche Papiere aus Gauweilers ehemaliger Anwaltskanzlei. Aus den Unterlagen ging hervor, daß Gauweiler monatlich 10.000 Mark für die Ver-

Parteien vertagen Reform des Staatsbürgerrechtes

BONN. Die im Rahmen des „Asylkompromisses" vom Dezember 1992 von CDU und SPD vereinbarten Änderungen des Staatsbürgerrechtes sollen erst in der nächsten Legislaturperiode verabschiedet werden. Man befürchtet, daß die Entscheidung über den durch die SPD eingebrachten Vorschlag einer doppelten Staatsangehörigkeit während der anstehenden Wahlen für Negativ-Schlagzeilen sorgen könnte.

CDU: Europa mit „bundesstaatlicher Ordnung" als Ziel

FRANKFURT. Das Grundsatzprogramm der CDU, das noch im Februar auf dem Bundesparteitag in Hamburg verabschiedet werden soll, wird nun doch – anders als das der CSU – eine Klausel enthalten, die eine „bundesstaatliche Ordnung" zum Ziel der Europapolitik erklärt. Laut dem Europaabgeordneten Brok wende sich der Begriff gegen latente Bestrebungen, die Europapolitik „zu einer Vergesellschaftung klassischer nationalstaatlicher Vermögenspolitik" zu machen. Einen europäischen Superstaat, gegen den es inzwischen immer heftigere Widerstände gebe, solle es allerdings nicht geben.

Europaparlament ermöglicht Homosexuellen-Ehen

Die Wochenzeitung JF sorgt sich um Gauweiler. Daneben: Edmund Stoiber

Was heißt hier "Neu"?

Zentrales Merkmal des unter dem Label "Neue Rechte" firmierenden Neofaschismus ist der Versuch einer Kulturalisierung und Naturalisierung des Politischen unter völkisch-autoritären Prämissen und die Strategie der Besetzung von Begriffen. Das geistige Band, durch das jene ziemlich heterogenen Kräfte, die als "Neue Rechte" firmieren, zusammengehalten werden, bilden völkischer Nationalismus und kulturalisierender Rassismus. Wie die "Rasse", so ist auch die "Nation" real eine soziale Konstruktion, wobei Letztere sich auf einen souveränen Staat und sein Gewaltmonopol bezieht. Nationalismus und Rassismus bilden als Ideologien sozialer Ungleichheit, die miteinander korrespondierende Ausschließungs- bzw. Diskriminierungspraktiken legitimieren, zwei Seiten einer Medaille. Diese Kernideologeme bilden – zusammen mit der Ablehnung des universalistischen Gleichheitsprinzips und dem autoritären Eliteprinzip – das Fundament jeglichen faschistischen Denkens, egal ob nun unter dem Label "alte" oder "neue" Rechte. Allerdings stellt der Versuch neurechter "Modernisierung" des Faschismus insofern real etwas "Neues" dar, als dass er bewusst im vorpolitischen Raum ("Metapolitik") zur Erlangung kultureller Hegemonie agiert. Benoist, Kopf der "Nouvelle Droite", und seine Mitstreiter wilderten hierbei in den Schriften des italienischen marxistischen Theoretikers Antonio Gramsci und zogen daraus die Vorstellung von einem "Kulturkampf von rechts" zur Errichtung der geistigen Vorherrschaft – in Verkennung der materialistischen Staatsanalyse Gramscis von Benoist großspurig als "Gramscismus von rechts" verkündet. Ziel jenes proklamierten Kulturkampfes ist die Formulierung einer intellektuell und wissenschaftlich verklausulierten Etablierung von völkischen und nationalistischen Ordnungsvorstellungen im vorpolitischen öffentlichen Raum.

Drei hervorstechende Merkmale sind es, die zur "Modernisierung" faschistischer Propaganda beigetragen haben: die Kulturalisierung des Rassismus und des Nationalismus, die Naturalisierung des Politischen und die Verschleierung der eigenen faschistischen Wurzeln durch propagandistische Bezugnahme auf wahlweise einen "heroischen" oder "revolutionären" Konservatismus oder einen völkischen "Solidarismus" (**Gregor Strasser**) und "nationalen Sozialismus" (**Ernst Niekisch**).

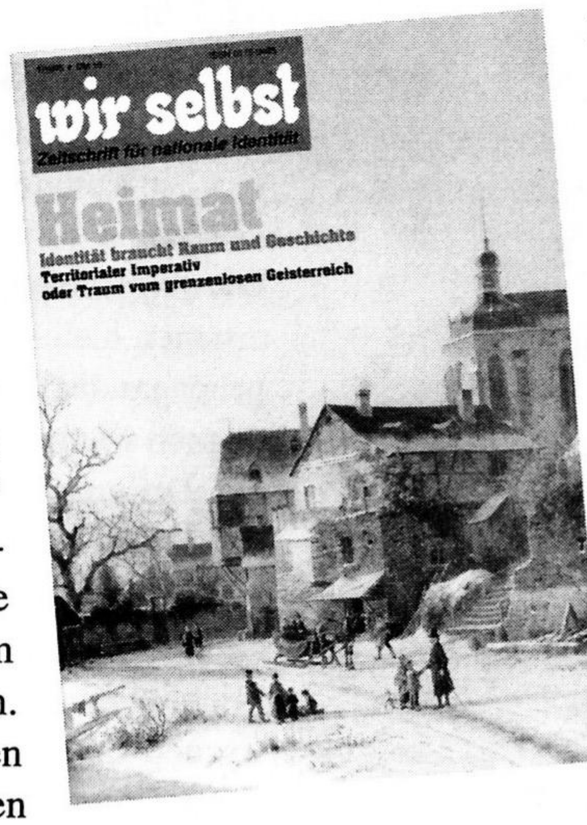
Kulturalisierung von Rassismus bedeutet die Verlagerung des "Rasse"-Begriffs auf die Sphäre der Kultur. Die "Verschiedenheit der Völker" müsse anerkannt und erhalten bleiben, heißt es daher "neurechts" formuliert. In propagandistischer Anlehnung an antirassistische Kampagnen wie von "SOS Rassismus" wird hierbei das "Recht auf Differenz" eingeklagt. Das "neurechte" Schlagwort dazu heißt "Ethnopluralismus". Die geforderte "nationale Identität" wird deshalb aus der "Natur des Menschen" als "völkischem Wesen" gegen einen angeblich künstlichen "Egalitarismus" hergeleitet. Die Naturalisierung des Politischen bedeutet die Herleitung einer völkisch-elitären Staats- und Gesellschaftslehre aus einer biologistischen und sozialdarwinistischen Anthropologie – neurechts als "Bio-Humanismus" verklärt, um das universalistische Gleichheitsprinzip als "künstliches", der menschlichen Natur entgegengesetztes Wertesystem zu diffamieren. Der angestrebte "organische Staat" der "Neurechten" ist eine begriffliche Verkleidung zur Naturalisierung völkisch-autoritären Machtstrebens. Bei den Nazis galten "Marxismus und Liberalismus als Hauptfeind", und dies heisst nun "neurechts" "Befreiungsnationalismus" gegen die "künstliche one world", welche die "Völker" zerstöre. Der völkische Nationalismus der "Neurechten" ist gesamteuropäisch ausgerichtet; die völkische "Neuordnung Europas" ist der Traum einer rassistischen Separierung unter faschistisch-imperialistischen Staatsvorstellungen.

Nahezu alle theoretischen und begrifflichen Floskeln mit Ausnahme der Wortschöpfung des Ethnopluralismus speisen sich aus dem Fundus jener präfaschistischen Reaktionäre aus der Weimarer Zeit, die unter dem verniedlichenden Oberbegriff "Konservative Revolution" zusammengefasst sind.

"Konservative Revolution"

Der Begriff suggeriert, daß jene Ansammlung nationalistischer Intellektueller – völkische Reaktionäre, Militaristen und autoritäre Nationalisten wie **Carl Schmitt**, **Oswald Sprengler**, **Arthur Moeller van den Bruck**, **Hans Freyer**, **Edgar Julius Jung**, **Ernst Jünger** u.a. – eine Art konservativer Trotzburg gewesen seien, die mit dem Nationalsozialismus nichts zu tun hätten. Real wurde hier ein geistiges Fundament faschistischen Denkens geprägt. In Arthur Moeller van den Brucks Traktat "Das Dritte Reich" steht der Begriff der "Konservativen Revolution" als Synonym für einen völkischen Nationalismus, und von Edgar Julius Jung wird er 1932 definiert als "deutsche Revolution" zur Wiederherstellung der "ewigen Grundtatsachen des menschlichen Seins in Kultur, Gesellschaft und Wirtschaft", als Aufbruch einer "neuen europäischen Epoche", die mit den "Wertungsweisen und sozialen Formen der 1789 durchbrochenen liberalen Welt"

grundlich aufräume. Ein weiterer Vertreter jener völkischen "Rebellen von rechts", der Herausgeber der konservativ-faschistischen Monatszeitschrift "Die Tat", **Hans Zehrer**, verkündete ebenfalls 1932 die Aufhebung der Gegensätze "von Rechts und Links" zur "Synthese" aus "Ständestaat und Rätestaat, um "eine neue Volksgemeinschaft zu schaffen unter dem Mythos einer neuen Nation".

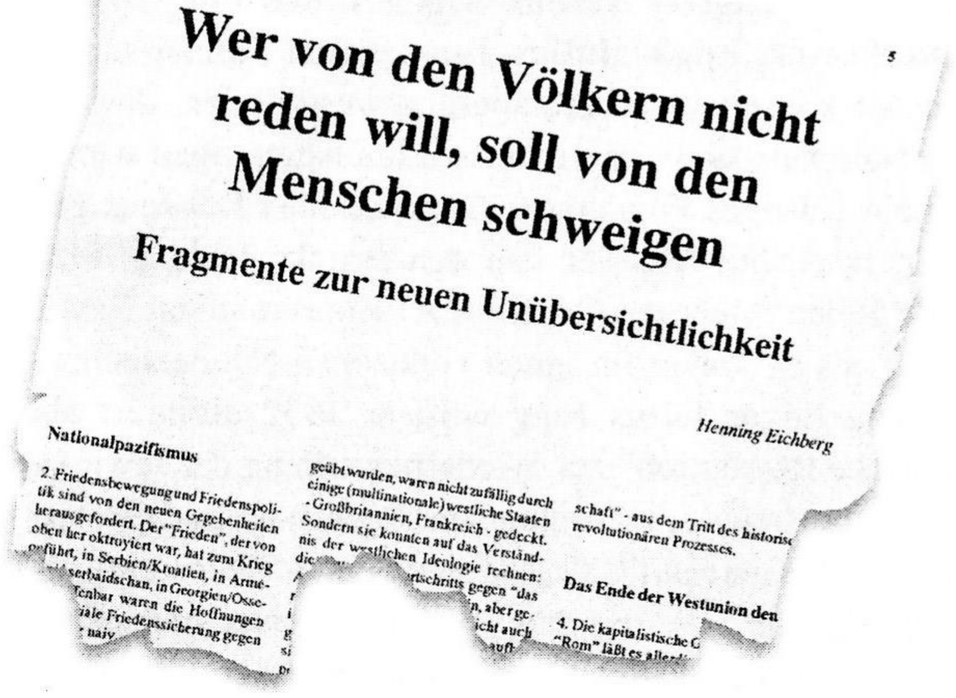


Jene Traktate völkisch-reaktionärer Intellektueller unter dem verniedlichenden Oberbegriff "Konservative Revolution" stellen primär präfaschistische Ordnungsvorstellungen und Propaganda dar; eine "eigene" Denkschule in Abgrenzung zum Faschismus ist dabei nicht auszumachen. Daher gilt für die Weimarer Präfaschisten das Gleiche wie für ihre postfaschistischen Wiederkäuer: Ob sie nun revolutionär-konservativ, nationalrevolutionär oder "neurechts" daherkommen – in erster Linie sind sie schlicht Faschisten.

"Befreiungsnationalismus"

"Neurechts"-nationalrevolutionär orientierte Vordenker wie Henning Eichberg traten schon Ende der 1970er-Jahre mit der Kampfansage "Ethnopluralismus gegen Universalismus" in Erscheinung. Anstelle des menschlichen Universalismus wird das "Nebeneinander" ethnisch homogener Gesellschaften gesetzt. "Wer von den Völkern nicht sprechen will, soll von den Menschen schweigen", so Eichberg. Die Absage an das menschliche Gleichheitsprinzip wirkt identitätsstiftend für sämtliche Strömungen der extremen Rechten; die Ethnisierung sozialer und gesellschaftlicher Konflikte bildet das Mittel zur Durchsetzung rassistischer Gesellschaftskonzepte. Im nationalrevolutionären Weltbild ist es die ethnisch hergeleitete Nation, welche sich der angeblichen "Fremdherrschaft" zu erwehren habe. In "wir selbst - Zeitschrift für nationale Identität", heißt es programmatisch: "Auch nach dem Zusammenbruch des Ostblocks und der Neuvereinigung Deutschlands hat sich das lagerüberspannende Grundgefühl bei vielen gehalten, teilweise auch verfestigt, dass das Volk über die wesentlichen Entscheidungen, die unser alltägliches Leben bestimmen, kein Wort mitzureden hat. Es beginnt mit der sich lawinenhaft ausbreitenden Amerikanisierung unserer Sprache, die als ritualisierter Unterwerfungsgestus gegenüber der US-amerikanischen Siegerkultur bereits absurde Züge annimmt, es setzt sich fort mit der Veränderung unseres Stadtbildes durch die gegen den weitaus größten Teil der Bevölkerung durchgesetzte Multikulturalisierung der Gesellschaft und endet noch lange nicht mit der Abschaffung der DM als sichtbarstem Symbol finanz- und wirtschaftspolitischer Unabhängigkeit des deutschen Staates." Hier wird in neurechtem Jargon das Bild eines vom so genannten Kulturimperialismus bedrohten und "kolonisiertem Volk" entworfen, das sich einem aufgezwungenen Multikulturalismus widersetzen müsse. Der Nationalrevolutionär Eichberg, theoretischer Kopf der Zeitschrift, erläutert jene angebliche Kolonisierung wie folgt: "Wo das Wort ‚multikulturell' positiv besetzt wird, da wird es zugleich benutzt, um das Kulturelle, das Ethnische und Volkliche abzuwerten und es zum politisch irrelevanten Annex des Lebens zu erklären." Schuld am Verlust des "Volklichen" habe das große Kapital, in dessen Interesse man "das hochbesiedelte und ökologisch überlastete Deutschland" zum "Einwanderungsland" erklärt habe. Die Zeitschrift "wir selbst" versucht in ihrem Plädoyer für eine ethnisch hergeleitete nationale Volksgemeinschaft einen Brückenschlag zwischen Rechts und Links zu vollziehen. So wurde ein Heft mit dem Themenschwerpunkt "Die Linke und die Nation" herausgebracht, und in nahezu jeder Ausgabe im ökoalternativen und folkloristischen Lager gefischt.

Jenseits interner Fehden um den richtigen "dritten Weg" laufen im "Befreiungsnationalismus" die verschiedenen Strömungen des "neurechts" gekleideten Neofaschismus zusammen. Dies ist aktuell erkennbar in der Bewertung des 11. Septembers 2001. Nahezu paradigmatisch hierzu erscheint eine aktuelle Buchproduktion von Alain de Benoist. Unter seiner Herausgeberschaft erschien unter dem Titel "Die Welt nach dem 11. September" ein Sammelband, der eine argumentative Verknüpfung von völkischem Antiimperialismus mit Antiamerikanismus, Antiislamismus und nationalsozialistischer Apologetik herstellt. Dort findet sich das gesamte Spektrum von pseudolinken bis offen neonazistischen "Befreiungsnationalisten" wieder. Während Benoist den US-Imperialismus als Krieg der "McWorld" gegen die "Identitäten" und "Kulturen" geißelt, prangert **Winfried Körzer**, "wir selbst"-Autor und Mitorganisator der "Freien Sommer-Akademie" die Anlehnung von NPD und "Freien Kameradschaften" an einen linken Antiimperialismus und Antiamerikanismus an und fordert in Schmitt`scher Manier die klare Benennung von Freund und Feind. Körzer fordert einen "deutschen Weg" gegen Linke, Moslems und die Ausländer allgemein. Der Redakteur der NPD-Zeitung


Wer von den Völkern nicht reden will, soll von den Menschen schweigen

Fragmente zur neuen Unübersichtlichkeit

Henning Eichberg

Nationalpazifismus

Beitrag von Henning Eichberg

"Deutsche Stimme", **Jürgen Schwab**, hingegen sieht im Kampf "der Völker" gegen die "one world" euphorisch eine Art von Fortsetzung der nationalsozialistischen "Revolution". Die Terroranschläge werden begrüßt als "Mittel des globalen Partisanenkampfes gegen die USA, Israel und ihre Vasallen".

Derartige Publikationen illustrieren, dass die "Neue Rechte" in der BRD partiell an den Schoß zurückkehrt, dem sie früher entkroch: bei der NPD, die sich seit der "Wiedervereinigung" zunehmend im nationalrevolutionären Fahrwasser befindet und sich den Befreiungsnationalismus auf ihre Fahnen geschrieben hat.

Von der "Neuen Rechten" zur "Neuen Mitte"

Aktuell wird der Begriff "Neue Rechte" nur noch als Charakterisierungsbegriff unter recht unterschiedlichen Prämissen verwendet; ihre ursprünglichen Protagonisten haben ihn als Eigenbezeichnung längst ad acta gelegt und firmieren nun als "Jungkonservative", "Neue Konservative" oder als "Junge Rechte" oder "Nationale Kräfte". Im nationalrevolutionären Lager ist nach wie vor die Kennzeichnung als "Nationaler Sozialist" zu finden.

"Neu" ist also an all dem mittlerweile wirklich nichts mehr. Wenn eine extreme Rechte diese Kennzeichnung verdient, dann wäre es vielmehr die Entwicklung eines mediokratischen Rechtspopulismus unter neoliberalen Vorzeichen in Kombination mit rassistischen und autoritaristischen Merkmalen, wie er aktuell in Italien an der Macht ist. Diese höchst gefährliche und wirklich neue Entwicklung protofaschistischer Politik kann allerdings nicht mit den als "neurechts" kreierten Theorieansätzen gleichgesetzt werden.

Als organisatorisches Konstrukt scheint die "Neue Rechte" daher aktuell mehr Seifenblase als machtvolle Realität zu sein – trotz ihrer existenten think tanks und Medien. Ihr Anspruch auf Errichtung "kultureller Hegemonie" hingegen hat tiefgreifende Wurzeln in der etablierten Politik geschlagen.

Die "Neurechten" – ob nun konservativ-revolutionär oder nationalrevolutionär – vertreten einen modernisierten Nationalismus, der verschiedene Ausprägungen hat. Während einerseits unter dem Banner des Befreiungsnationalismus das offen neonazistische Lager mit Theorieversatzstücken bedient wird, vollzieht sich andererseits eine zunehmende ideologische Prägung allgemeinpolitischer Diskurse unter "neurechtem" Jargon. Was die CDU/CSU/FDP-Koalition nach dem Regierungswechsel 1982 in Angriff nahm, jedoch nie zu Ende führte, forderte die "Neue Rechte" mit Nachdruck ein. In einem 1994 veröffentlichten Sammelband mit dem paradigmatischen Titel "Die selbstbewußte Nation" heisst es: "Eine geistig-moralische ‚Wende' ist nötig, wie sie bereits einmal versprochen wurde, sich dann aber als leere Wahlkampfhülse erwies (...) Es geht um wehrhafte Demokratie. Aber dieser Begriff wurde ausgehöhlt und seiner Bedeutung beraubt, weil die Wehrlosigkeit und Wehrunwilligkeit gleichsam zum Maßstab der Sittlichkeit gekürt wurden."

Gefährlich macht die als "Jungkonservative" oder "Nationalkonservative" firmierenden Neofaschisten, dass ihre Zielvorstellungen mit realen Kräfteverschiebungen in der etablierten Politik korrespondieren. Wer diesen Zusammenhang übersieht, unterschätzt das Entwicklungspotenzial eines sich nicht bloß aus (diskurs)taktischen Gründen zur Mitte öffnenden Rechtsextremismus. Als zentrale symbolische Begriffe der "Neurechten" können die Chiffren "nationale Identität" und "selbstbewußte Nation" gelten. Der Historiker Lutz Niethammer weist darauf hin, dass es "neurechte", nationalrevolutionäre und nationalkonservative Intellektuelle wie Armin Mohler, **Caspar Freiherr von Schrenck-Notzing**, Henning Eichberg oder **Bernhard Willms** waren, "die um 1980 in der Bundesrepublik den Begriff der nationalen Identität in den Mittelpunkt zu rücken versuchten und damit seiner Etablierung in der rechten Mitte zuvorkamen oder sie mit vorbereiteten".

Angesichts Schröders Forderungen nach einem "deutschen Weg" oder Möllemanns Wahlkampf-Antisemitismus erscheinen die Forderungen der "Neuen Rechten" geradezu als wegweisend: Als "Objekt der Erpressung und der Manipulation", als "neue Juden" bezeichnete der "neurechte" Großvater Mohler die von der Vergangenheit gebeutelten Deutschen. Das war aus einer 1980 wieder aufgelegten Schrift aus dem Jahre 1968 und kommt irgendwie ziemlich aktuell daher...

Literaturtipps

Unter den Massen an Literatur zum Thema "Neue Rechte" sei hier Folgendes empfohlen:

Reinhard Opitz: **Faschismus und Neofaschismus**
Köln 1988

Jost Müller: **Mythen der Rechten. Nation, Ethnie Kultur**
Berlin/Amsterdam 1995

Jean Cremet: **Die extreme Rechte auf der Suche nach neuen ideologischen Ansätzen**
Hrsg. vom Jenaer Forum für Bildung und Wissenschaft, Heft 41, Jena 1999

Mark Terkessidis: **Kulturkampf. Volk, Nation, der Westen und die Neue Rechte**
Köln 1995

Margret Feit: **Die "Neue Rechte" in der Bundesrepublik. Vorausetzungen, Zusammenhänge, Wirkungen.**
Frankfurt/Main 1987

Mögliche ReferentInnen zum Thema "Neue Rechte" sowie zu anderen Ausformungen der extremen Rechten können beim "Antirassistischen Bildungsforum Rheinland" unter *bildungsforum@gmx.de* angefragt werden. Ebenso weitere Literaturtips.

Interview mit Graeme Atkinson

Vielen werden die Fernsehbilder noch in Erinnerung sein: Massive Auschreitungen zwischen asiatischen Jugendlichen und der Polizei in Folge eines neonazistischen Überfalls auf ein vor allem von MigrantInnen bewohntes Viertel in Oldham, Nordengland.
Wir sprachen mit Graeme Atkinson, Europa-Korrespondent der englischen antifaschistischen Zeitschrift "Searchlight" (www.searchlightmagazine.com).

LOTTA: Kannst Du uns bitte einen Überblick über die neonazistische Szene in England bzw. in GB geben?

Graeme: In England bzw. in GB gibt es drei Naziorganisationen, welche von Bedeutung sind. Die größte von ihnen ist die "British National Party" (BNP), sie hat etwa 2.300 Mitglieder. Die BNP ist nicht wirklich eine britische Partei, sie verfügt nur über eine sehr geringe Basis in Schottland und Wales, ist also primär in England angesiedelt. Sie hat bei den letzten Kommunalwahlen drei Sitze im Stadtrat von Burnley errungen. Zweitgrößte ist die "National Front" (NF), die heutzutage mit ca. 150 Mitgliedern relativ klein ist. Und schließlich die Organisation "Combat 18", die eine Art Netzwerk darstellt, in dem nach unseren Schätzungen 80-100 Leute involviert sind. C 18 ist eine terroristische Organisation, ihre Beziehungen zur BNP sind nicht immer besonders gut. Die einzigen Organisationen, die sichtbar sind, sind BNP und NF. Von "Combat 18" sieht man in der Öffentlichkeit nicht viel. Wenn sie öffentlich auftreten, so nur bei BNP- oder NF-Veranstaltungen. Bei einer Bevölkerung von 57 Mio. ist die Naziszene in GB also nicht wirklich groß. Zurzeit sieht man, abgesehen von den Wahlkämpfen, auch nicht wirklich viele FaschistInnen auf den Straßen. Dies bedeutet jedoch nicht, dass sie nicht bestimmte Situationen beeinflussen können, so versuchten sie in der letzten Zeit besonders aus der Medien-Hetze gegen AsylbewerberInnen zu profitieren.

LOTTA: Abgesehen von den Aktionen während der Wahlkampfphasen gibt es demnach keine neonazistischen Kampagnen oder Aufmärsche, vergleichbar z.B. mit der der deutschen Szene gegen die Ausstellung über die Verbrechen der Wehrmacht?

Graeme: Nein! Die BNP hat ganz einfach nicht genügend Leute, um Demonstrationen auf der Strasse zu organisieren, erst recht nicht regelmäßig, es mangelt auch an einer wirklichen Infrastruktur. Sie haben auch gerade einmal drei Leute, die als Redner auftreten können und ihre Publikationen sind von einer äußerst dürftigen Qualität. Vergleicht man z.B. jene der BNP mit denen der NPD, so sind die der NPD viel besser produziert.

LOTTA: Was läßt sich über die neonazistische Musikszene in GB sagen? Hier in Deutschland ist ein riesiger Markt für RechtsRock entstanden, sehr viele Jugendliche werden über die Musik an die rechte Szene herangeführt, z.B. über Konzerte. Ist dies in England ein ähnliches Problem?

Graeme: Nein, in den letzten Jahren ist das weniger ein Problem. Die Zahl derer, die zu einem C 18- oder "Blood &Honour"-Konzert" gehen, ist sehr viel geringer als noch vor fünf Jahren und erst recht vor zehn Jahren. Überhaupt gibt es seitens der Jugendlichen kein großes Interesse an diesem Aspekt der subkulturellen Naziszene. Wo Nazis statt dessen aber Einfluss haben, ist unter Fußball-Hooligans. Ich denke, dass die Zunahme in der Hooliganszene mit dem Niedergang der Nazimusik-Szene zusammenhängt. Was von der neonazistischen Musikszene, der auch durch antifaschistische Aktionen zugesetzt wurde, noch übrig ist, ist die Produktion von CDs.

LOTTA: Wie sehen Politik, Öffentlichkeit und die Medien die extreme Rechte? Sieht man in ihr eine Gefahr?

Graeme: Ich denke, die meisten Leute stehen der extremen Rechten gleichgültig gegenüber, haben von der BNP zwar gehört, aber wissen nicht wirklich etwas über sie. Die BNP gewann bei den letzten beiden Wahlen an Einfluss. Einmal bei der nationalen Wahl, als sie in einigen Teilen Nordenglands in der Lage war, respektable Ergebnisse zu erzielen und dann erneut bei den lokalen Wahlen in den gleichen Städten, insbesondere in Burnley und Oldham. In Burnley erreichte sie 28% und in Oldham 27% der Stimmen und das ist wirklich etwas, über das man sich Sorgen machen muß. Allerdings sind die Wahlbezirke bei den lokalen Wahlen in England sehr klein, ebenso die Wahlbeteiligung. Wir denken, dass es falsch ist, aus solchen Prozentzahlen voreilige Schlüsse zu ziehen. Das Bild ist verzerrt. Dort, wo ihre KandidatInnen erfolgreich gewählt worden sind, haben sie aber eine Legitimität bekommen, die sie zuvor nicht hatten. Ich weiß aber nicht, ob sie die Kompetenz besitzen, um wiedergewählt zu werden. Denn die diesbezügliche Geschichte der Faschisten ist in GB ähnlich erbärmlich wie in der jüngeren Geschichte Deutschlands, wo bekanntlich die "Republikaner" in Baden-Württemberg bisher die einzigen nach dem Zweiten Weltkrieg waren, die wiedergewählt wurden. Weil sie ganz einfach auch in GB keine politische Kompetenz besitzen, aber auch, weil die anderen Parteien sie kaltgestellt haben. Ich denke, wenige der Mainstream-Parteien ändern ihre Einstellung, aber wenn sie eine Gefahr sehen, Stimmen an die BNP zu verlieren, so interessiert es sie doch. Im

großen und ganzen denke ich aber, das sie es weiterhin vorziehen werden, so zu tun, als ob die BNP nicht existiert. Sie denken vermutlich, dass die BNP verschwindet, wenn sie sie lang genug ignorieren, aber das wird nicht der Fall sein.

LOTTA: Wie ist es um die antifaschistische Bewegung in GB bzw. in England bestellt?

Graeme: Es gibt keine antifaschistische Bewegung in GB. Was es gibt, ist eine Organisation namens "Anti-Nazi-League", welche in früheren Zeiten sehr groß war und sehr große Aktionen auf die Beine gestellt hat, in den späten 70er Jahren sogar Demonstrationen mit mehr als 80.000 Menschen. Dann ist sie zerfallen und hat keine wirkliche landesweite Stuktur mehr. Wenn die Faschisten in einer bestimmten Gegend aktiv werden, so befasst sich eine Gruppe der "Anti-Nazi-League" mit der Situation vor Ort. Aber es gibt keine kontinuierliche Präsenz. Um für "Searchlight" zu sprechen, ist die "Anti-Nazi-League" aber eine Organisation, mit der wir arbeiten können und das auch tun, denn generell ist das Material, welches sie herausbringen, sehr gut.
Abgesehen davon gibt es keine antifaschistische Organisation, mit Ausnahme einiger weniger, sehr kleiner, lokal verankerter Gruppen wie z.B. "Oldham United against Racism".
In der Vergangenheit gab es zudem eine Organisation, die sich "Anti-Fascist-Action" nannte, die aber verschwunden ist. Sie ist - glaube ich - seit acht oder neun Jahren nicht mehr gesehen worden und spielt keine Rolle. Sie veröffentlichen zwar eine Zeitschrift, aber die letzte Ausgabe habe ich 1998 gesehen, und diese war zudem voller sektiererischer Angriffe auf andere AntifaschistInnen.
Der einzige kontinuierlich extistierende und organisierende Ausdruck von Antifaschismus in Großbritannien ist die Zeitschrift "Searchlight", welche als Magazin nicht wirklich eine Organisation ist. "Searchlight" existiert, um aktive AntifaschistInnen in Gruppen mit lokalem Bezug und auch die "Anti-Nazi-League" mit sowohl lokalen als auch überregionalen Informationen über die Aktivitäten der BNP, der NF und Combat 18 zu versorgen. Ein Großteil dieser Infos steht in der monatlich erscheinenden Zeitschrift selbst, die auf Kontaktnetzwerken aufbaut.
Letztendlich ist die Bewegung so schwach, dass es für "Searchlight" notwendig war, bei der letzten Wahl eine organisierende Rolle zu übernehmen. Zum ersten Mal produzierten wir unsere eigenen Flugblätter, eigenes antifaschistisches Material und verteilten dieses an lokale antifaschistische Gruppen in den Orten, wo die BNP KandidatInnen hatte.

LOTTA: Wie werdet Ihr in der Öffentlichkeit wahrgenommen? Hier in Deutschland geben sich etablierte Politik und die bürgerlichen Medien neuerdings antifaschistisch, antifaschistische Gruppen aber werden weiterhin kriminalisiert. Gibt es Bergleichbares in GB?

Graeme: Zurzeit nicht, bei der letzten Kampagne spielten die Massenmedien eine durchaus positive Rolle. Es gab eine Menge von Berichten, in denen die BNP angegriffen wurde. Teile der Boulevardpresse, wie z.B. der "Daily Mirror" und der "Daily Express" machten eine Menge Druck auf die BNP. In den drei Wochen vor den Mai-Wahlen, veröffentlichten beide gar Fotos von BNP-Mitgliedern, inklusive deren Strafverzeichnis, brandmarkten die BNP als eine Naziorganisation und ermutigten die Leute zur Wahl zu gehen, um sie zu stoppen. Eine sehr merkwürdige Situation, da ich plötzlich auf der Titelseite des "Daily Express" zitiert wurde, einer Zeitung, mit der ich nicht einmal reden würde. Zudem gibt es keine Situation, in welcher die Leute sagen würden, AntifaschistInnen und Nazis sind das Gleiche. Im Vorfeld der Wahlen war die Berichterstattung über die "Anti-Nazi-League" sogar sehr positiv, das hat mit der unterschiedlichen Geschichte der beiden Länder zu tun. Menschen, die jene bewundern, die Bomben auf britische Städte geworfen haben, werden nicht gerade enthusiastisch aufgenommen. Dieses Problem haben wir also nicht, wir haben jedoch ein Problem, die Leute für Aktionen zu motivieren, es herrscht eine enorme Apathie. Das hängt sicherlich auch damit zusammen, dass die beiden

Ausschnitt aus der Searchlight-Publikation "Stop Britains Nazi's"

großen Parteien, die Labour-Partei und die Konservativen, sich so stark aufeinander zubewegt haben, dass es schwer ist, die Unterschiede zu erkennen. Die Menschen fragen sich, warum sie überhaupt wählen gehen sollen. Gleichzeitig gibt diese Stituation Organisationen wie der BNP die Chance zu versuchen, in den politischen Raum einzudringen, indem sie beanspruchen, eine wirkliche Alternative darzustellen. Und wenn die Linke fast völlig am Boden liegt, ist dies für sie ein einfaches Spiel.

LOTTA: Kannst Du uns einen kurzen Einblick geben, wie prekär die soziale und politische Lage in Städten wie Oldham oder Burnley ist?

Graeme: Ich denke, die Armut, die in Nordengland existiert, kann in keiner Weise mit der Situation in Deutschland verglichen werden. Die allermeisten Menschen in Westdeutschland haben noch nie ein Elendsviertel gesehen. Um es zu verdeutlichen: Nordengland ist massivst entindustrialisiert worden, alle wichtigen Industriezweige wie Stahl, Metallindustrie, Kohle, Textilien sind als Folge politischer und ökonomischer Entwicklungen mehr oder weniger verschwunden. Als Ergebnis blieben ganze Regionen in GB in einem verheerendem Zustand zurück, der Norden und der Nordwesten Englands sind nur zwei davon. Armut ist in ganz Großbritannien recht weit verbreitet, Arbeitsplätze sind nicht wieder geschaffen worden, Arbeitslosigkeit ein großes Problem. Die Situation in Burnley und Oldham ist eine Folge des Zusammenbruchs der Textilindustrie. Oldham ist sehr viel größer als Burnley, von den 219.000 EinwohnerInnen gehören etwa 11% ethnischen Minderheiten an, sie kommen vor allem vom indischen Subkontinent. Burnley hat nur 90.000 EinwohnerInnen und die Gruppe der ethnischen Minderheiten ist mit ca. 7% sehr viel kleiner. Sie wurden als zusätzliche Arbeitskräfte für die Textilindustrie nach England geholt und ghettoisiert. Es gibt faktisch eine Trennung zwischen in England geborenen Menschen weißer Hautfarbe und der vor allem asiatischen Minderheit. Die Weißen leben in der einen Gegend, die AsiatInnen in einer anderen und dies sorgt natürlich für Spannungen, insbesondere in einer Situation enorm großer Armut. Es gibt Ungerechtigkeiten, in der einen Hinsicht gegenüber den AsiatInnen – Diskriminierungen z.B. -, in der anderen aber auch – und das muss man ganz klar sagen – gegenüber weißen ArbeiterInnen.
Große Teile der Wohnungen sowohl in Oldham als auch in Burnley werden als unbewohnbar eingestuft, alleine in Burnley stehen 4.000 Häuser leer, weil sie schlichtweg unbewohnbar sind. Die Folge ist Wohnungsnot, was natürlich die Situation weiter zuspitzt. An den Häusern ist seit Jahren nichts getan worden, weil die finanziellen Mittel von Jahr zu Jahr zusammengestrichen worden sind. Schaut man sich die Gelder an, welche in Oldham für die Renovierung von Häusern vergeben werden, so sieht man, dass die Summe der Gelder, welche asiatische Leute bekommen, sehr viel größer ist als die der weißen Bevölkerung. Dies läßt sich nicht bestreiten und gibt Leuten wie der BNP die Möglichkeit, Propaganda zu betreiben und zu behaupten, Weiße würden generell in allen Dingen benachteiligt, was selbstverständlich nicht wahr ist.

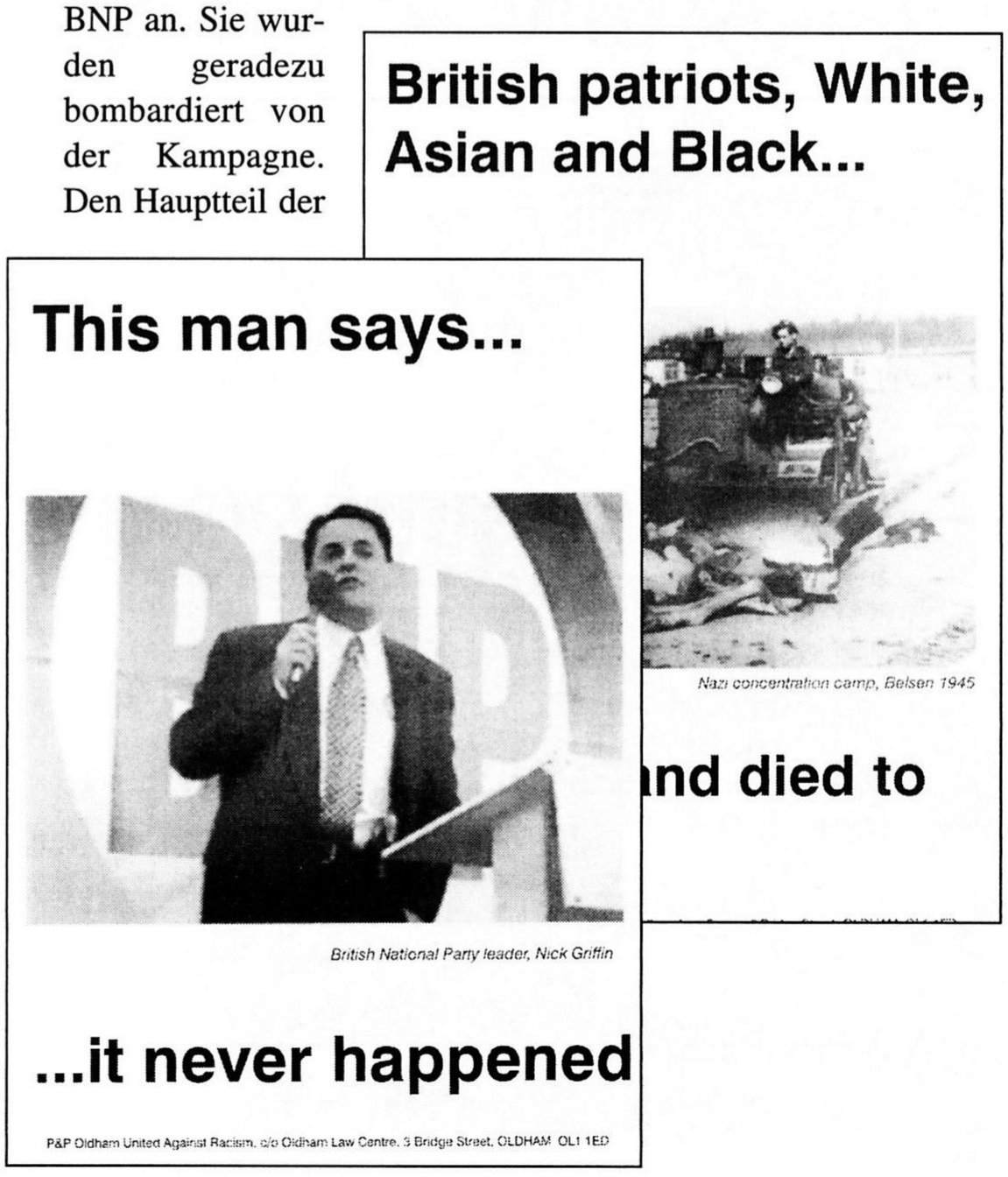
LOTTA: Wie kam es nun zu der konkreten Auseinandersetzung?

Graeme: Der aktuelle Konflikt in Oldham begann Anfang 2001, als die Polizei von Oldham Statistiken herausgab, die den Anschein erweckten, als gebe es mehr Übergriffe asiatischer Menschen auf Weiße als umgekehrt. Diese Statistiken waren verzerrt. Wenn weiße Menschen angegriffen werden, schalten sie die Polizei ein, da sie dieser vertrauen. AsiatInnen haben sehr gute Gründe, der Polizei nicht zu trauen. Erstatten sie dennoch Anzeige, müssen sie sich sehr oft Fragen zur Rechtmäßigkeit ihres Aufenthalts in England stellen lassen. Die Veröffentlichung dieser Statistiken beherrschte natürlich sofort die lokale Presse und bot Nazis, die nur nach Themen suchten, um sich zu profilieren, einen idealen Aufhänger für eine Kampagne. Gestartet wurde diese nicht von der BNP, sondern von der NF, welche Leute aus Südengland mit Bussen nach Oldham brachte, um zu protestieren. Sie bekam eine enorme Öffentlichkeit, sowohl lokal als auch regional und kündigte diverse weitere Aktionen an. Sie meldete z.B. Demonstrationen an, ohne jedoch wirklich aufzumarschieren, aber mit jedem Mal wurde die Situation angeheizt und die asiatischen Communities, welche natürlich die Opfer dieser rassistischen Kampagne waren, in Aufregung und Anspannung versetzt. Zwischen Januar und März passierte nicht wirklich viel, außer den Ankündigungen der NF zu demonstrieren und der BNP, in Oldham KandidatInnen für die britischen Wahlen aufzustellen, welche Anfang Juni stattfinden sollten. Die BNP bekam zunehmend Unterstützung von Menschen in der weißen Community. Der Fernseh- und Rundfunksender BBC half uns auch nicht gerade, als er erklärte, es gebe in der Stadt "No-Go-Areas" für Weiße, was im übrigen sogar von der Polizei als Schwachsinn abgetan wurde. Des Weiteren gab es einen Zwischenfall, bei dem ein weißer 76-Jähriger ehemaliger britischer Soldat von jungen Asiaten übel zusammenschlagen wurde. Immer wieder wurde sein Bild überall im Fernsehen und in der Presse gezeigt. In Folge der Art und Weise der Berichterstattung wurden die rassistischen Behauptungen der Nazis gestärkt. Und das, obwohl die Familie des Opfers eine Stellungnahme veröffentlichte, in der sie klarstellten, dass der Angriff nicht rassistischer Natur war.
Die ganze Zeit über wurde also kontinuierlich die Stimmung angeheizt, bis sie im Mai überkochte. Anlass war ein Fußballspiel zwischen dem lokalen Club "Oldham Athletic" und "Stoke City" in Oldham. "Stoke City" besitzt eine der größten und gewalttätig-

sten Hooliganszenen, die eng mit C 18 verbunden ist. Am Tag des Spiels fielen die "Stoke City"-Hools in Oldham ein, schlossen sich zusammen mit BNP- und NF-Mitgliedern sowie mit C18-Aktivisten, die aus London angereist waren. Nach dem Spiel griff dieser Mob einen der Stadtteile an, in dem vor allem asiatische Menschen wohnen. Sie demolierten Autos, zerschlugen Scheiben, drangen in die Häuser ein und zerstörten Einrichtung und Besitz. Es war ein Blitzüberfall. Als asiatische Jugendliche zurückschlagen wollten, waren die Nazis schon wieder weg – aber die Polizei war mittlerweile eingetroffen. Bei den asiatischen Kids hatte sich derartig viel Adrenalin und Wut angesammelt, dass sie die Polizei angriffen, um ihrer Wut Luft zu machen. Die Polizei reagierte sehr hart, das Ergebnis waren die schwersten Auschreitungen in Großbritannien seit den 80er Jahren. Die Riots waren in allen Nachrichtensendungen, ReporterInnen aus aller Welt wurden nach Oldham entsandt und in diesem Zusammenhang berichteten sie natürlich auch über die BNP. Dieser wurde also eine riesige Medienberichterstattung zuteil, was kurz vor den Wahlen auch ihr Ziel war. Sie schnitt bei den nationalen Wahlen in Oldham relativ gut ab, so erhielt sie in den drei Wahlbezirken zusammen 16.000 Stimmen, und wurde zu einem Faktor in der politischen und sozialen Landschaft Oldhams. Wie Viele ihrer WählerInnen als RassistInnen zu bezeichnen sind, ist schwer zu beurteilen. Tatsache ist, dass es einen harten Kern von RassistInnen und Rassismus in der weißen Bevölkerung gibt. Andererseits war und ist die Wahl der BNP ein Protest gegen Labour und gegen die Liberalen, welche die Stadt regiert haben und von denen die Leute keine wahrnehmbaren Verbesserungen gesehen haben. Alles was sie sehen, ist ihre Situation, die immer schlechter wird. Die Wahl der BNP ist also zu einem gewissen Teil eine Protestwahl, wenngleich sich die Leute mit ihrem Protest eindeutig für eine Nazi-Partei entschieden haben. Wir sind mit einer Situation konfrontiert, in der es die BNP geschafft hat, insbesondere weiße ArbeiterInnen zu gewinnen. Das macht es uns schwer, denn die BNP-Unterstützung konzentriert sich auf bestimmte Siedlungen, die fast ausschließlich von Weißen bewohnt werden. Es waren genau diese Gegenden, auf die AntifaschistInnen sich konzentrierten, als sie während der Kommunalwahlen Flugblätter gegen die BNP verteilten, denn das ist der einzige Weg, mit diesem Problem fertig zu werden. Du musst in die Gegenden gehen, wo sie am stärksten sind – alles andere ist eine Kapitulation.

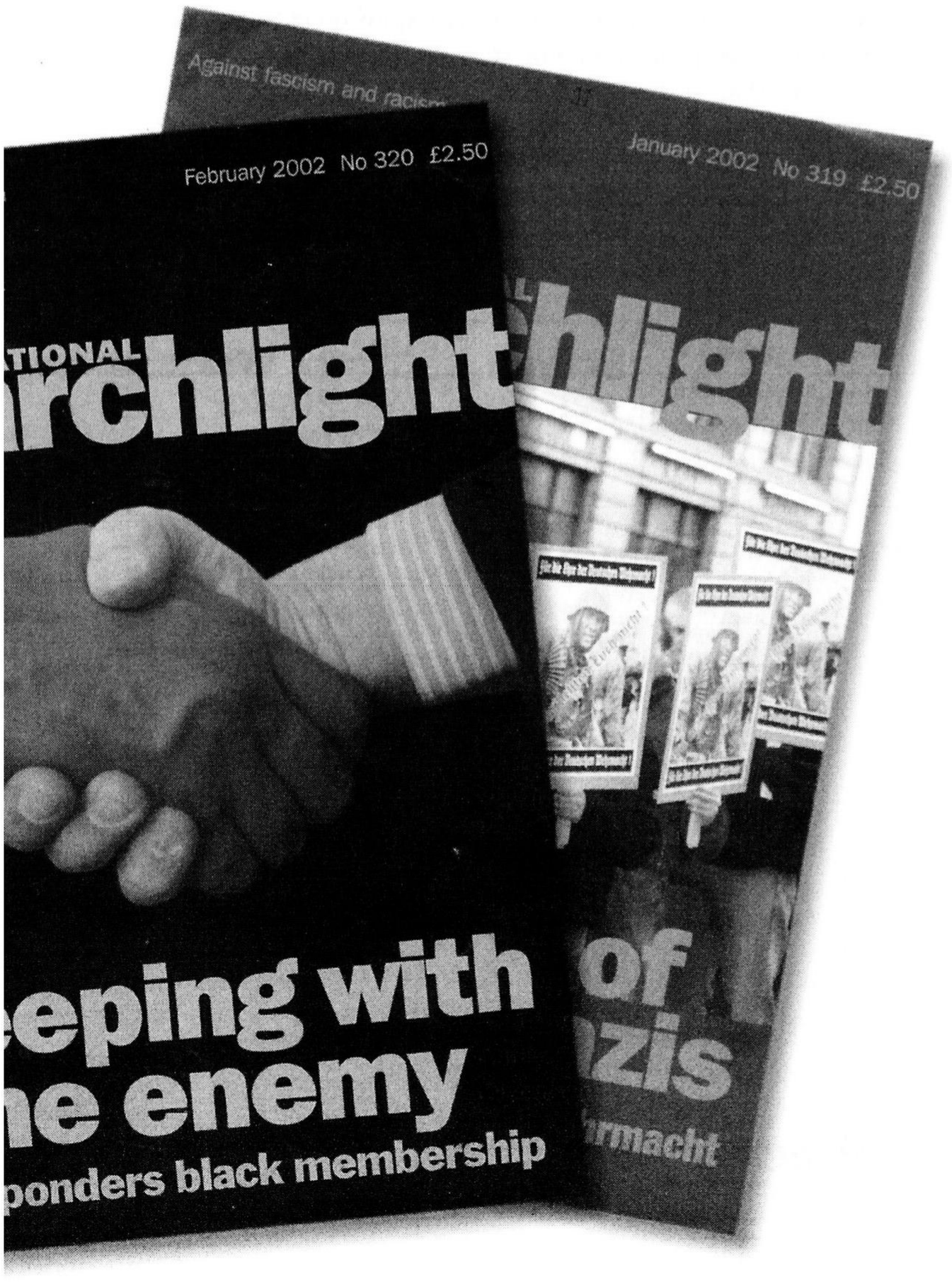
LOTTA: Wie sahen die Aktivitäten gegen die BNP aus? War Eure Kampagne erfolgreich?

Graeme: Es war klar, dass Oldham einer der Wahlkampfschwerpunkte der BNP bei den Kommunalwahlen sein würde. Sie dachten, dass sie mindestens fünf Sitze im Stadtrat gewinnen würden und stellten sechs KandidatInnen auf, die recht bekannt waren. Ebenso klar war, dass die AntifaschistInnen in Oldham nicht stark genug waren, um alleine mit der Situation klarzukommen. Deshalb bemühten sich lokale AntifaschistInnen um Unterstützung von "Searchlight". Gemeinsam waren wir in der Lage, eine ganze Menge an Flugblättern zu produzieren, die größtenteils im Stil der Boulevardpresse gehalten waren, mit sehr geringem, aber sehr aussagekräftigem Textanteil. Diese Flugblätter griffen die BNP an den Wurzeln ihrer eigenen politischen Position an. Zum Beispiel behauptet die BNP patriotisch zu sein, deshalb veröffentlichten wir ein Flugblatt mit einem Foto des Konzentrationslagers Bergen-Belsen und einem britischen Soldaten, der mit einem Bulldozer die Leichen der Menschen zusammenräumt. Darüber stand: "Britische Patrioten, Weiße, AsiatInnen und Schwarze kämpften und starben, um dies zu stoppen. Auf der anderen Seite des Flugblatts war ein Foto des BNP-Anführers Nick Griffin, mit der Überschrift: "Dieser Mann sagt, es ist nie geschehen." Ebenso erstellten wir ein Flugblatt mit einem Foto von Oldham aus dem Jahr 1941, zerstört von Bombenangriffen Nazi-Deutschlands, darüber stand: "Nazi-Bomber 1941", unter dem Bild schrieben wir, wie viele Menschen damals ums Leben kamen und verletzt wurden. Auf der Rückseite platzierten wir ein Foto des Verantwortlichen für die Explosion einer mit Nägeln gespickten Bombe in der Londoner City im Jahre 2000, versehen mit dem Text: "Nazi-Bomber 2000 - der Londoner Nägelbomber David Copeland war Mitglied der BNP". Der Wahlkampfleiter der BNP in Oldham war wegen Gruppenvergewaltigung verurteilt und saß deswegen im Gefängnis, wir veröffentlichten dies, und es richtete enormen Schaden für die BNP an. Sie wurden geradezu bombardiert von der Kampagne. Den Hauptteil der



Arbeit erledigten die wenigen aktiven AntifaschistInnen vor Ort. Man muss sie wirklich loben für die Arbeit, die sie geleistet haben. Wir verbreiteten zehntausende Flugblätter in den Gegenden, in denen die BNP stark war.

Es gab natürlich Protest von einigen AntifaschistInnen, die den Stil der von uns veröffentlichten Materialien nicht mochten und letztendlich mussten diese Leute zur Seite gedrängt werden, weil einfach keine Zeit war für Argumente. Ich meine, die wollten Flugblätter, die den Menschen erklären, was Faschismus ist: historisch usw. - sie wollten die Geschichte der Welt auf der Rückseite einer Postkarte, und wir waren ganz einfach der Meinung, dass wir nicht die Zeit haben, das zu diskutieren, da wir in einer schwierigen Lage steckten, mit der wir fertig werden mussten. Ich denke, wir waren erfolgreich, aber gleichzeitig meine ich, das wir selbstkritisch sein müssen. Wir haben die Stimmen für die BNP nicht soweit nach unten gezogen, wir veränderten sie. Die BNP verlor Stimmen unter den weißen ArbeiterInnen, die zu Labour zurückgingen, aber sie gewann Stimmen aus der unteren Mittelschicht. Der andere Punkt, an dem wir die BNP trafen, war die Wahlbeteiligung - wir brachten mehr Menschen dazu, wählen zu gehen. Wir haben sie geschlagen, indem mehr Leute ihr demokratisches Recht wahrgenommen haben zu wählen. Unsere Losung war die, dass es uns nicht interessiert, wen sie wählen, Hauptsache, sie wählen nicht die Faschisten. Die Kampagne war also erfolgreich. Wir haben aber keine Illusionen, dies ist nicht das Ende der Geschichte, gerade einmal der Anfang. Was man jetzt tun muss, ist, die Basis von AntifaschistInnen in Oldham zu verbreitern, denn wir können zwar jedesmal zehntausende Flugblätter produzieren, aber wir können nicht garantieren, dass gerade Endspurt im Wahlkampf ist und antifaschistische Aktionen deshalb großes Echo in den Medien finden, wir können nicht garantieren, dass jeder BNP-Kader ein verurteilter Gruppenvergewaltiger ist – diesmal passte für uns alles zusammen, aber das muss beim nächsten Mal nicht wieder der Fall sein und dem müssen wir uns stellen. Die Lehre für die antifaschistische Bewegung ist eindeutig: sie muss sich selbstorganisieren, auf niedrigem Level. Aber vor allem muss sie eine ernsthafte politische Auseinandersetzung in den Gegenden führen, in denen die Unterstützung für die BNP am stärksten ist. Denn es ist wie bei einem Boxkampf: Es sind zwei Leute in einem Ring und man kann nur einen Boxkampf haben, wenn man im selben Ring steht wie der Gegner. Ist man nicht im gleichen Ring wie der Gegner, bekämpft man ihn nicht, so leid es mir tut.



LOTTA: Graeme, wir danken Dir für dieses Gespräch.

Veranstaltungstipp

Diskussionsveranstaltung mit Graeme Atkinson (Europa-Korrespondent der englischen antifaschistischen Zeitschrift "Searchlight")

"Nordengland: Durch Thatcher verwüstet, von Blair's New Labour alleingelassen, bald von Nazis beherrscht?"

Freitag, 11. Oktober 2002
Linkes Zentrum, Düsseldorf, Corneliusstr.108
(Hinterhof, www.linkes-zentrum.de)
Beginn: 20.00 Uhr, Eintritt frei

Eine Veranstaltung der Antifaschistischen Aktion Düsseldorf sowie des Antifa-Arbeitskreises und der Arbeitsstelle Neonazismus an der FH Düsseldorf

Von der Aktion Knastmucke – einer antirassistischen Initiative

Schulter an Schulter gegen Roma

Am 27. April brachen ca. 500 Roma aus Essen zu einem Protestcamp gegen ihre drohende Abschiebung auf. Der Weg führte über diverse Städte in die Landeshauptstadt Düsseldorf. Aber auch hier erleben sie den Antiziganismus, also die rassistisch motivierte Ablehnung von Sinti und Roma, in Reinkultur.

Nachdem die Roma ihr erstes Düsseldorfer Protestcamp wegen eines Zirkus verlassen mußten, wurde die Demonstration in einen anderen Stadtteil verlegt. Sofort organisierten AnwohnerInnen ihren Protest, indem sie z.B. Unterschriften gegen die Anwesenheit der Roma sammelten. Auch organisierte Neonazis zeigten Präsenz und versuchten den deutschen "Volkszorn", der sich schon mal "Ausländer raus!"-gröhlend am Platzrand zusammenrottete, zuzuspitzen. Doch nicht nur vor Teilen der Nachbarschaft und Neonazis, sondern auch vor Düsseldorfs Oberbürgermeister Joachim Erwin (CDU) mussten sich die Roma schützen. Dieser war nämlich der Meinung, dass ihnen kein Demonstrationsrecht zustünde, da das diesbezügliche im Grundgesetz verbriefte Grundrecht nur für Deutsche gelte. Diese Auslegung des Demonstrationsrechtes ging selbst dem Düsseldorfer Polizeipräsidenten zu weit, der den OB öffentlich kritisierte. Erwin soll sogar dafür gesorgt haben, dass die Roma den Rathausplatz nicht als Kundgebungsort im Rahmen einer genehmigten Demonstration nutzen konnten, da wie aus dem nichts heraus städtische LKW vor Ort einrollten und den Weg versperrten. Als polizeilicherseits ein Umzug der Roma zurück auf ihren ursprünglichen Platz genehmigt wurde, soll Erwin dafür gesorgt haben, dass hieraus ebenfalls nicht wurde, da der Platz urplötzlich zum Ablagern von Baumaterial für eine weiter entfernte Baustelle benötigt wurde. Schliesslich zogen die Roma mit Genehmigung der Polizei auf die Rheinwiesen. Auf Anzeige des PDS-Ratsherrn Frank Laubenburg leitete am 3.9. die Düsseldorfer Staatsanwaltschaft ein Ermittlungsverfahren wegen Verstoßes gegen das Versammlungsgesetz, (versuchter) schwerer Nötigung und Untreue durch nicht gerechtfertigte Nutzung städtischer Fahrzeuge gegen Erwin ein. Unterstützung erhielt dieser erwartungsgemäß auch von den REPs, deren Ratsherr Jürgen Krüger dem "Express" mitteilte: "Von uns hat der OB die volle Rückendeckung".

Der Streit um Erwin sorgte zumindest dafür, dass die Presse fast täglich über die Roma berichtet. Hier geht es aber zumeist nur um Fragen des Versammlungsrechtes und um die Hürden einer baldigen Abschiebung. NRW-Innenminister Fritz Behrens (SPD) teilte bereits dem Flüchtlingsrat NRW mit, dass die Roma abgeschoben würden. Einige Familien wurden bereits auseinandergerissen. Eine Mutter wurde mit zwei ihrer Kinder nach Belgrad abgeschoben, der Vater mit dem dritten Kind nach Skopje. Ein Roma wurde mit Beruhigungsspritzen in das Flugzeug verfrachtet. Die "Mittwochs-Maschine" der jugoslawischen Fluggesellschaft JAT muss schliesslich voll werden, damit sich die Sammelabschiebungen rentieren.

Viele der Roma leben seit zehn bis 15 Jahren in Deutschland. Sie fallen aus der "Altfallregelung" heraus, da diese für Jugoslawien und Rumänien nicht gilt. Eine Rückkehr nach Serbien und Montenegro bedeutet jedoch erhebliche Gefahr, Opfer von Menschenrechtsverletzungen zu werden. So teilte selbst das Auswärtige Amt dem Verwaltungsgericht Freiburg am 22.1.2002 mit, Roma stößen "in der gesamten jugoslawischen Gesellschaft traditionell auf Ablehnung und werden häufig diskriminiert."

Die antiziganistische Kontinuität setzt ihre Tradition fort. Bundesdeutsche Behörden ignorieren sogar beharrlich die besondere Situation der Roma, die in fast jeder Familie Opfer des NS-Regimes zu beklagen haben. Der damalige Innensenator von Hamburg warf den Roma 1989 in einer Diskussion vor, ihre Forderung "mit der Erinnerung an das Naziverbrechen der Zigeunerverfolgung zu verknüpfen" und damit angeblich "erpresserisch" vorzugehen. Genau dies führte auch Behrens dem Flüchtlingsrat gegenüber in einem Brief an.

In Düsseldorf werden die Roma weiterhin von Platz zu Platz geschoben. Erst kürzlich kam erneut ein Zirkus in die Quere, der einen weiteren Umzug in einen weitab der Stadtmitte gelegenen Stadtteil zur Folge hatte Der Druck wird größer. Immer mehr Roma erhalten keine längere Duldung mehr. Michael Müller, SPD-MdB aus Düsseldorf, versuchte sich zwar noch kurz vor den Bundestagswahlen zu profilieren, indem er seinen "Genossen" Behrens anmahnte, die Abschiebungen auszusetzen, bis das neue Zuwanderungsgesetz in Kraft tritt, aber was dieses Gesetz bedeutet, hat die rotgrüne Bundesregierung bereits klargemacht: "Das neue Zuwanderungsgesetz ist gut für Deutschland. – Vorrang für deutsche Arbeitnehmer: [...] Abgelehnte Asylbewerber können nicht in ein Zuwanderungsverfahren wechseln."

Düsseldorfer OB Erwin

Von Rainer Brahms

Burschenschaftler, "Alte Herren" und "Neue Rechte"

Drei Werke zur rechten Normalität in Hochschule und Wissenschaft

Zwar sind Stiefelnazis an den Hochschulen eher selten anzutreffen, was aber nicht bedeutet, dass es dort kein rechtes Treiben gibt. Dies reicht von rechten Studentengruppierungen über einschlägig aktive ProfessorInnen bis hin zu den Lehrinhalten. Drei jüngst erschienene Bücher bzw. Reader setzen sich mit verschiedenen Aspekten dieser Problematik auseinander. Einen guten Einstieg in die Thematik studentische Verbindungen bietet ein neuer 36-seitiger Reader des AStA der Heinrich-Heine-Universität Düsseldorf. Fünf Beiträge erläutern die Geschichte, Prinzipien, Zielsetzungen, Strukturen und das Innenleben studentischer Korporationen mit Schwerpunkt auf den Dachverband "Deutsche Burschenschaft" (DB) und die in Düsseldorf ansässige Burschenschaft "Rhenania Salingia".

Ein jüngst vom Studentischen Sprecherrat der Universität München herausgegebener Sammelband beleuchtet den Zusammenhang von Wissenschaft und Nationalismus und untersucht anhand verschiedener wissenschaftlicher Disziplinen die Verbreitung rechter Positionen im deutschen Wissenschaftsdiskurs. Die Texte stellen eine Sammlung der Vorträge eines Kongresses dar, der im vergangenen Jahr vom AStA der Universität München organisiert wurde und dessen Ziel es war, die vielfältigen Ursachen und Ausprägungen rechter Thesen an den Hochschulen zu diskutieren. Samuel Salzborn und Alfred Schobert behandeln in ihren Beiträgen die geschichtsrevisionistische und bildungspolitische Politik der "Vertriebenen"verbände sowie die Debatten der vergangenen Jahre, welche die Berliner Republik prägten. An Hand der Diskurse in Folge von Walsers Paulskirchen-Rede und um das Buch "Die Holocaust-Industrie" von Norman G. Finkelstein stellt Schobert dar, wie Antisemitismus und Geschichtsrevisionismus von Öffentlichkeit und Wissenschaft gern aufgenommen werden, ohne das ihnen, z.B. in der Hochschullandschaft, etwas entgegengesetzt wird.

Die Texte von Claudia Barth, Anna Bergmann und Stephan Lippels widmen sich den rechten Thesen in einzelnen wissenschaftlichen Disziplinen. So beschäftigt sich Barth mit dem auch in der Wissenschaft weit verbreiteten Irrationalismus, weist auf die antihumanen, demokratiefeindlichen, rassistischen und sozialdarwinistischen Züge in den Grundlagen der Esoterik hin. Sie weist unter dem Titel "Von der leitkulturellen Tätigkeit der Esoterik" nach, dass die Grundwerte esoterischen Denkens trotz bzw. gerade wegen ihres inhumanen Charakters bestens mit konservativen und faschistischen Gesellschaftskonzeptionen harmonisieren. Bergmann schneidet das Thema Bioethik an, welches in den letzen Jahren durch medizinische Fortschritte eine neue Bedeutung erlangt hat. An Hand der rassenhygienischen und eugenischen Bewegung, die sich am Ende des 19. Jahrhunderts an den europäischen Universitäten entstand, arbeitet sie heraus, wie Selektion und Tötung für "unwert" oder "leidend" befundener Menschen wissenschaftlich wurde und wird. So zeichnet sie die Traditionslinie von Zucht durch "Ausmerze" und alter "Rassenhygiene" bis hin zu aktuellen Diskursen der Humangenetik, Bevölkerungswissenschaft und Gynäkologie nach. Stephan Lippels weist in einem interessanten Beitrag nach, dass die Soziobiologie eine neue Variante des Sozialdarwinismus darstellt, sie letztendlich eine naturwissenschaftliche Rechtfertigungslehre von Wettbewerb, Selektion nach dem Recht des Stärkeren und der Elitenbildung betreibt.

Alex Demirovic und Dietrich Heither beschäftigen sich mehr mit rechten Orientierungen und Bestrebungen unter den Studierenden. Demirovic analysiert exemplarisch die politischen Orientierungen von StudentInnen, Heither hingegen die Untrennbarkeit von Burschenschaften und extremer Rechter. Ergänzend widmen sich Michael Bayer, Constantin Dietl-Dinev und Florian Beck dem Problem rechter Tendenzen an den Schulen, dem Verhältnis von PädagogInnen und rechten SchülerInnen, erläutern die pädagogische Herausforderungen rechten Gedankenguts an Berufsschulen und die Stellung dieses Problemfelds in der PädagogInnenausbildung.

Wolfram P. Kastner und Ulrich Grochtmann beschließen den Band mit Beiträgen zur öffentlichen Geschichtsverdrängung und geeigneten Gegenstrategien.

So wird ein guter Überblick über rechte Tendenzen an den Hochschulen geboten, wenngleich der Buchtitel etwas mehr zum Thema Burschenschaften und "Neue Rechte" erwarten lässt.

Sind rechte ProfessorInnen und Burschenschaften der Allgemeinheit zumeist unbekannt, so assoziieren viele die StudentInnen in Folge der StudentInnenbewegung der 60er und 70er Jahre mit kritischem Denken und eher emanzipativen denn konservativen politischen Einstellungen. Das dies in der Realität ganz anders aussieht, die heutigen Studierenden in politischer Hinsicht - nicht jedoch, was die soziale Herkunft angeht - einen Querschnitt der Gesellschaft darstellen und damit auch Affinitäten zu rechtem Gedankengut weit verbreitet sind, zeigt eine neue Untersuchung zu den Einstellungen von StudentInnen zu NS-Vergangenheit und Holocaust auf. So weisen Klaus Ahlheim und Bardo Heger in einer aktuellen Studie am Beispiel der Essener Universität nach, dass mehr als ein Drittel der Studierenden einen Schlussstrich unter die

Auseinandersetzung mit dem Nationalsozialismus wünscht. Bei vielen von ihnen ist nach den Erkenntnissen der beiden Erziehungswissenschaftler dieser Wunsch zudem eng verknüpft mit der Sehnsucht nach neuem nationalem Selbstbewusstsein und Antisemitismus. Anhand der Antworten der Studierenden zeigt sich, dass sie meist eine stark materialistisch-hedonistische Lebenseinstellung besitzen, ihnen Solidarität eher fremd und "die Last der Vergangenheit ganz einfach unbequem ist". Positiv zu bemerken ist vor allem, dass Ahlheim und Heger die Ergebnisse in den Kontext von Walser-Debatte, Erinnerungskultur, Nationalbewusstsein und politischem wie militärischem Selbstverständnis der Berliner Republik stellen.

AStA der Heinrich-Heine Universität Düsseldorf (Hg.)
Verbindungs-(Un)Wesen, Anachronismus an den Hochschulen - Reader über Burschenschaften und andere Zumutungen
Düsseldorf 2002, AStA der HHU Düsseldorf, Brosch., 34 S.
Gegen Beilage von 1 Euro für Porto und Verpackung erhältlich beim AStA der Heinrich-Heine-Universität Düsseldorf, Universitätsstr. 1, 40225 Düsseldorf

Studentischer Sprecherrat der Universität München (Hg.)
Alte Herren - Neue Rechte
Rechte Normalität in Hochschule und Wissenschaft
Münster 2002, Unrast Verlag, 254 S., 14 Euro, ISBN 3-89771-415-9

Klaus Ahlheim, Bardo Heger
Die unbequeme Vergangenheit
NS-Vergangenheit, Holocaust und die Schwierigkeiten des Erinnerns
Schwalbach 2002, Wochenschau Verlag, 158 S., ISBN 3-87920-469-1

Samuel Salzborn
Heimatrecht und Volkstumskampf
Außenpolitische Konzepte der Vertriebenenverbände und ihre praktische Umsetzung

Hannover, 2000
ISBN 3-930345-28-5
22 Euro

Die Spitzen der „Vertriebenen"-Verbände setzen zur Zeit auf die europäische Einigung. In der nach Osten erweiterten EU wollen sie weit gehende Rechte für „nationale Minderheiten" und „Volksgruppen" durchsetzen. Damit hoffen sie, den „Vertriebenen" das ersehnte „Recht auf die Heimat" verschaffen zu können. Salzborn beschreibt detailliert, wie sich seit Ende der 1960er Jahre diese Strategie unter den FunktionärInnen der „Vertriebenen" -Verbände durchsetzte - gegen den vor allem an der Basis immer wieder geäusserten Wunsch, die ehemaligen deutschen Ostgebiete unmittelbar „heim ins Reich" zu führen. Die „Vertriebenen"-Verbände wurden währenddessen materiell und ideell von den deutschen Staatsapparaten unterstützt; ihre Vorstellungen fanden ab 1990 sogar Eingang in die „Freundschaftsverträge", die die BRD mit denjenigen osteuropäischen Staaten abschloss, in denen noch sogenannte deutsche Minderheiten leben. Diese Minderheiten wiederum - das legt Salzborn am Beispiel Polen ausführlich dar - erhalten seit dem Zusammenbruch der realsozialistischen Ökonomien in Osteuropa umfangreiche politische Unterstützung durch die „Vertriebenen" -Verbände; in der Woiwodschaft Opolskie sind ihre Organisationen inzwischen zu einem politischen Machtfaktor von nicht geringer Bedeutung geworden. Und: Ihr Spielraum wird von der Entwicklung des Völkerrechts auf europäischer Ebene gesichert; in KSZE, Europaparlament und Europarat treiben interessierte Kräfte das Projekt eines europäischen „Volksgruppenrechts" voran, von dem vor allem auch sogenannte deutsche Minderheiten und die „Vertriebenen" profitieren werden.

Kommission "Neofaschismus" der VVN/BdA NRW / Hartmut-Meyer-Archiv /Georg-Herde-Archiv (Hg.)
Grenzen auf für Deutschland?
Aktuelle Analysen zu Pan-Europa, Revanchismus, Ost-Expansion

Der deutsche Revanchismus ist mehr als ein Relikt der Vergangenheit, er ist im Gegenteil aus dem Schattendasein des Patronats der "Vertriebenen"verbände heraus und in der Mitte der politischen Macht angekommen. "Grenzen auf für Deutschland?" bringt aktuelle Analysen zu den Schwerpunktgebieten revanchistischer Politik, Hintergrundtexte zur deutschen "Volksgruppenpolitik", den "Vertriebenen"-Verbänden und der "Paneuropa-Union", Informationen zur NS-Regionalpolitik sowie zum Reichsmythos, der etwa im Aachener Karlspreis weiterlebt. Beispiele aus der antifaschistischen Praxis runden die Broschüre ab.

80 Seiten, erhältlich für 4 Euro bei

VVN/BdA NRW
Gathe 55
42107 Wuppertal

Von der Genuasoligruppe "Genova Libera"

Stand der Genua-Repression

Staatsanwaltschaft will im Herbst Ermittlungen gegen die Angeklagten von Genua abschliessen

Staatsanwältin Anna Canepa, die mit den Ermittlungen gegen den angeblichen "Black Bloc" beauftragt ist, hat in der italienischen Presse verlauten lassen, dass sie im Herbst ihre Ermittlungen abschließen wird. Dann wird sie wohl Anklage erheben und es wird zu Prozessen kommen.

Zur Erinnerung: Nach der letzten Demonstration gegen den G8-Gipfel in Genua am 21.Juli 2001 setzte eine Repressionswelle ein, bei der es u.a zur Razzia in einem Schlafquartier des Genua-Social-Forums - der Diaz-Schule - kam. Alle, nach einer brutalen Knüppelaktion, noch gehfähigen Anwesenden wurden in die Polizeikaserne Bolzaneto gebracht. Auch dort kam es zu Menschenrechtsverletzungen. In den nächsten Tagen wurden nochmals ca. 40 Personen verhaftet. Als Kriterium dienten durchgehend schwarze Kleidungsstücke.

So wurde z.B. am 23. Juli eine Gruppe von zehn Deutschen, die ca. 40 km außerhalb der Stadt in ihren Wohnmobilen übernachtet hatten, von der Polizei kontrolliert. Die Beamten sortierten aus dem Reisegepäck u.a. schwarze Kleidungsstücke, Autowerkzeug, Kameras und Flugblätter aus. Anschließend mußten alle mit zur Wache kommen, wo sie über Stunden unter Anwendung von körperlicher und Androhung von sexueller Gewalt verhört wurden. Anschließend wurden sie zurück nach Genua in zwei Gefängnisse gebracht. In dem Männergefängnis Marassi gingen die Übergriffe durch die Schließer noch drei Tage und Nächte weiter. Erst nach der zweiten Haftprüfung, die auch negativ verlief, erfuhren die Gefangenen von der Anklage: Mitgliedschaft in einer kriminellen Vereinigung "Black Bloc" und Teilnahme an Verwüstungen - Straftatbestände, die in Italien mit 8-14 Jahren Haft geahndet werden. Die Begründung für die Vorwürfe war allerdings zweifelhaft: Die beschlagnahmten Flugblätter des Genua-Social-Forum würden belegen, dass sich der "Black Bloc" unter die anderen DemonstrantInnen mischt, um aus deren Schutz heraus militant zu agieren. Autowerkzeuge einer bestimmten Größe sollen als Schlagwaffen gedient haben. Demonstrationsfotos sollen angeblich zum Zwecke der Auswertung afgenommen worden sein, um Aktionen des Black Bloc zukünftig effektiver durchführen zu können. Feindrehfilter für Drehtabak seien angeblich ein essentieller Bestandteil zur Herstellung von Molotowcocktails. Auch die anderen "Indizien" waren Dinge des täglichen Lebens, die erst durch die Konstrukte der Staatsanwaltschaft zu Beweismitteln wurden. Erst eine ausführliche Einlassung bei der Staatsanwaltschaft, in der sich alle zu Anreise, Aufenthalt in der Stadt, Sinn der Werkzeuge, den Fotos etc. äußern mussten, führte zu einer Aussetzung der Untersuchungshaft nach sechs Wochen.

Auch in allen anderen Fällen war die "Beweisführung" der Staatsanwaltschaft ähnlich. Bei genauer Betrachtung kann also von willkürlichen Verhaftungen gesprochen werden. Die letzten fünf Deutschen durften schließlich nach zehn Wochen wieder nach Hause.

Seitdem hat Frau Canepa, die sonst gegen die Mafia ermittelt, verdeckt weitergearbeitet. Sie hat dazu das gesammte Videomaterial sichten lassen und auch Filme aus Göteburg und von anderen Gipfelprotesten angefordert. Es gibt insgesamt noch ca. 300 Ermittlungsverfahren gegen deutsche, österreichische und italienische DemonstrantInnen.

Um die Staatsanwaltschaft zu einer Einstellung der Verfahren zu zwingen, ist erneut Öffentlichkeit wichtig. Auch wird noch Geld für Prozesskosten gebraucht. Weitere Infos über: *genova.libera@gmx.net*.

Weitere Infos zu Göteborg und Genua wird's ab demnächst unter *www.nadir.org/gipfelsoli* geben

Von Jonas Petersson

Göteburg: der Stand der Dinge

Über ein Jahr nach dem EU-Gipfeltreffen in Göteborg und dem G8-Gipfel in Genua ist der sogenannte "Summer of Resistance" für viele Menschen aus ganz Europa, die letzten Sommer für eine gerechte Welt auf die Strasse gingen, noch nicht vorbei. Die Repressionswelle, die durch die schwedische Staatsanwaltschaft und Polizei eingeleitet wurde, ist bis heute nicht verebbt. Bisher wurden in Schweden gegen mehr als 70 Personen - überwiegend SchwedInnen, aber auch viele AktivistInnen aus anderen europäischen Ländern - Gerichtsverfahren in Zusammenhang mit den Protesten eröffnet. In fast 60 Strafverfahren bis heute, die größtenteils abgeschlossenen sind, erfolgten nur acht Freisprüche. Die meisten der Verfahren endeten mit Haftstrafen für die Verurteilten, wobei die durchschnittliche Haftdauer über einem Jahr liegt. Das härteste Urteil ist eine Haftstrafe von fünf Jahren für einen Jugendlichen wegen "gewaltsamen Aufruhr", der schwedischen Variante von schweren Landfriedensbruch - ein Anklagepunkt, der die meisten Göteborg-Prozesse ausmacht.

Für schwedische Verhältnisse sind diese Urteile ein Bruch mit der bisherigen Rechtspraxis. In der Vergangenheit lag das Strafmaß für ähnliche Fälle weit unter diesen Urteilen und de facto wurde in den Göteborg-Prozessen die Straflänge verzehnfacht. Weiter ist bemerkenswert, auf welchen Beweisen die Urteile begründet liegen. So wurde von Seiten der Staatsanwaltschaft ungeniert mit manipulierten polizeilichen Filmmaterial gearbeitet. Videoaufnahmen wurden willkürlich zusammengeschnitten, wobei Szenen, die Polizeiübergriffe zeigten, mit Ausschnitten von ganz anderen Ereignissen ersetzt und Tonspuren mit Sprechchören überspielt wurden, damit die Aufnahmen der staatsanwaltschaftlichen Darstellung der Ereignisse besser entsprachen. Obwohl diese Manipulationen öffentlich bekannt wurden, sah sich der schwedische Justizapparat nicht dazu veranlaßt, diesen Vorfällen nachzugehen und Verantwortliche für die Manipulierung zu ermitteln, geschweige denn, die daraus resultierenden Urteile zu prüfen. In anderen Fällen wurden Personen zu hohen Haftstrafen verurteilt, ohne dass die Straftat an sich und die Beteiligung der Angeklagten an dieser Straftat überhaupt nachgewiesen werden konnten. Auch wurden Ungereimtheiten und nachweisliche Falschaussagen durch Zeugen der Anklage von dem Gerichten hingenommen und als Grundlage für Verurteilungen benutzt. Desweiteren wurde in einigen Fällen der Verteidigung die Akteneinsicht verweigert.

Einige dieser Skandalurteile sind in letzter Instanz im April 2002 vom schwedischen Obersten Gerichtshof wieder kassiert worden. Dennoch blieb die erhoffte Wende aus. Das Oberste Gericht retuschierte nur einige Urteile dadurch, dass die Haftlänge verkürzt wurde, aber die Urteilsbegründungen wurde nicht in Frage gestellt. Auch kam dieser Umschwung für viele Verurteilte zu spät, da die Revision ihrer Urteile bereits abgelehnt wurde. Nichtsdestotrotz setzt die Justiz es fort, Menschen trotz von fraglicher Beweislage zu verurteilen.

Die schwedische Staatsanwaltschaft hat angekündigt, über 100 weitere Personen aus Schweden und anderen EU-Ländern identifiziert zu haben und gegen sie Anklage erheben zu wollen. Dabei sollen die Anklagen in den Herkunftsländern eingereicht werden und auch dort sollen die Gerichtsverfahren eröffnet werden. In Deutschland sind bereits die ersten Ermittlungsverfahren eingeleitet worden. So gab es Vorladungen und Hausdurchsuchungen gegen Personen, die ins Visier der schwedischen Ermittlungsbehörden geraten sind. Es bleibt abzuwarten, ob andere Lände der schwedischen Justiz folgen werden und das sogenannte "schwedische Modell" in das Repressionsarsenal der EU gegen die globalisierungskritische Bewegung aufgenommen wird.

Solidaritätsgruppen rufen zur Unterstützung der Göteborg-Gefangenen auf und bitten darum, diesen über eine Sammeladresse - Solidaritätsgruppen c/o Syndikalistiskt forum, Box 7267, S-402 35 Göteborg, Schweden - Briefe in Englisch, Deutsch oder Schwedisch zu schicken.

Spenden werden erbeten auf das Konto
Nisse-Latts minnesfond (Kontoinhaber)
Konto-Nr: 27602-2
Postgirotbank 405 06 Stockholm
Swift-Nummer: pgsisess

Weitere Infos zu Göteborg wird's ab demnächst unter *www.nadir.org/gipfelsoli* geben

Von Wuppertaler AntifaschistInnen

Antifaschist in Wuppertal zu Bewährungsstrafe verurteilt

Zu Arbeitsstunden bzw. einer Bewährungsstrafe verurteilte die Jugendschöffenkammer des Amtsgerichtes Wuppertal im August fünf junge AntifaschistInnen. Der 21-jährige Hauptangeklagte wurde als "Rädelsführer der Wuppertaler Autonomen-Szene" wegen "schädlicher Neigungen" und einer besonderen Schwere der Schuld zu einer zehnmonatigen Haftstrafe - ausgesetzt zwei Jahre zur Bewährung - und einer Geldstrafe von 1.200 Euro verurteilt. Da er bereits in einem anderen Verfahren in erster Instanz zu einer neunmonatigen Haftstrafe verurteilt worden war, ist bei dem im November angesetzten Berufungstermin, bei dem beide Verfahren zusammengeführt werden, mit einer nicht unerheblichen Haftstrafe zu rechnen. Der sich über vier komplette Verhandlungstage erstreckende Prozess führte eine ganze Reihe von Vorfällen im Zusammenhang mit antifaschistischen und antirassistischen Aktionen der letzten Jahre zusammen. Dabei wurden auch zahlreiche Bagatellen zur Anklage und Verurteilung gebracht (*vgl. LOTTA Nr. 9, Seite 38*). Das Auffinden einer Reizgassprühdose im Zusammenhang mit einer Fahrzeugkontrolle in der Nähe des antirassistischen Grenzcamps in Forst im Sommer 2000 brachte den beiden Fahrzeuginsassen z.B. eine Verurteilung wegen Waffenbesitzes und Verstosses gegen das Versammlungsgesetz ein. Der durch einen brutalen Polizeieinsatz vereitelte Versuch, bei einer Sitzung des Schwelmer Stadtrates eine Resolution zu verlesen, endete für drei der Angeklagten mit einer Verurteilung wegen Widerstandes und Körperverletzung gegen Vollstreckungsbeamte. Der Hauptangeklagte wurde zudem wegen gefährlicher Körperverletzung verurteilt. Auf dem Weg zu einer Demonstration gegen einen neonazistischen Aufmarsch im April 2001 in Hagen soll er einen Neonazi geschlagen haben. Das Urteil erging, obwohl sich das vermeintliche Opfer vor Gericht an nichts Konkretes mehr erinnern konnte lediglich auf Grundlage einer festgestellten Anwesenheit des Angeklagten vor Ort.

Wegen Nötigung abgeurteilt wurden außerdem zwei der Angeklagten aufgrund ihrer Beteiligung an einer Aktion gegen einen Abschiebetransport in Moers. Auf seiner wöchentlichen Fahrt vom Moerser Abschiebegefängnist zum Düsseldorfer Flughafen wurde der mit über 20 Flüchtlingen besetzte Bus der Ausländerbehörde am 14.11.2000 durch eine Blockade für mehr als zwei Stunden an der Weiterfahrt gehindert.

Zur Finanzierung der Prozesskosten und Solidaritätsarbeit wird um Spenden auf das Konto der Wuppertaler Rechtshilfe bei der, Sparkasse Wuppertal, BLZ: 330 500 00, Kto.-Nr. 939348 gebeten.

Von Peter Beyer

Verfassungsschutz bedroht Dorstener Jugendlichen

Staatliche Einschüchterungs- und Repressionsversuche gegenüber antifaschistisch engagierten Jugendlichen in Dorsten haben im Juli diesen Jahres ihren vorläufigen Höhepunkt erreicht. Nachdem Beamte des polizeilichen Staatschutzes zuvor mehrfach versucht hatten, jugendliche AntifaschistInnen einzuschüchtern und auszufragen sowie deren Eltern gegen ihre Aktivitäten aufzubringen, stattete nun ein Mitarbeiter des Verfassungsschutzes einem jungen Mann aus Dorsten einen überraschenden Besuch ab. Er sprach den Betroffenen mit dessen Namen an, ohne dass sich dieser vorher bei ihm vorgestellt hatte und stellte sich seinerseits als "Mitarbeiter des Innenministeriums" vor. Er suche ein Gespräch. Gezielt versuchte er, Informationen über AktivistInnen und Aktivitäten der antifajugend.dorsten zu erlangen. Er drohte offen, dass eine mangelnde Gesprächsbereitschaft nicht folgenlos bliebe. So ließ er unter anderem verlauten, dass von der betroffenen Person zwar noch keine Akte bei seiner Behörde vorliegen würde dass sich dieses jedoch ganz schnell ändern könne. Außerdem könne er dem Betroffenen große Probleme bei einer späteren Berufswahl bescheren. Die antifajugend.dorsten verurteilte den Versuch des Verfassungsschutzes, antifaschistische Jugendliche auszuspionieren und zu bedrohen: "Unser Widerstand gegen die Dorstener Neonazis, gegen gesamtgesellschaftlichen Rassismus und Antisemitismus ist vollkommen legitim", so Andrea Schmidt, Pressesprecherin der antifajugend.dorsten. "Bei der Haltung von Stadt und Polizei uns AntifaschistInnen gegenüber wundert es jedoch kaum, dass auch höhere Ämter auf uns aufmerksam werden. Wenn die Dorstener Polizei zusammen mit den Behörden alles daran setzt, uns als 'die Bösen' zu brandmarken, wenn im Vorfeld einer friedlichen antifaschistischen Demonstration ein Horrorszenario heraufbeschworen wird, dann ist es nicht verwunderlich, dass auch Institutionen wie der Verfassungsschutz versuchen, unser Engagement zu behindern." Die antifajugend dorsten betonte in einer Presseerklärung, dass sie sich "nicht vom Verfassungsschutz einschüchtern lassen [würde], genauso wenig wie von Repressionsversuchen durch Staatsschutz und andere Polizeibehörden. [...] Wir raten all denjenigen, die ebenfalls von Mitarbeitern oder Mitarbeiterinnen des Verfassungsschutzes oder der Polizei angesprochen werden, jedwedes 'Gespräch' zu verweigern und sich umgehend mit uns oder anderen antifaschistischen Gruppierungen in Kontakt zu setzen."

— LOTTA empfiehlt —

Gerd Dembowski/Jürgen Scheidle (Hg.)

Tatort Stadion

Rassismus, Antisemitismus und Sexismus im Fußball

Vorwort von Michael Preetz

PapyRossa

Gerd Dembowski / Jürgen Scheidle (Hg.)
Tatort Stadion
Rassismus Antisemitismus und Sexismus im Fußball

Dieses Buch bietet einen Einblick in die Ausprägungen, die Nationalismus, Rassismus und Antisemitismus im Fußballmilieu annehmen.

Broschiert - 180 Seiten
PapyRossa Verlags GmbH & Co. KG
ISBN: 3894382384

Impressum

V.i.S.d.P.: H. Schmitting, c/o LOTTA

LOTTA
Am Förderturm 27
46049 Oberhausen

Auflage: 1.000
Erscheinungsweise: vierteljährlich

Alle Rechte an den Fotos und den Artikeln liegen bei den FotografInnen und den AutorInnen.
Der Inhalt namentlich gekennzeichneter Artikel spiegelt nicht unbedingt die Meinung der Redaktion wieder.

Eigentumsvorbehalt:
Nach Eigentumsvorbehalt ist die Zeitung solange Eigentum des Absenders, bis sie der/dem Gefangenen persönlich ausgehändigt ist. "Zur Habenahme" ist keine persönliche Aushändigung im Sinne dieses Vorbehalts. Wird die Zeitung der/dem Gefangenen nicht persönlich ausgehändigt, ist sie dem Absender mit dem Grund der Nichtaushändigung zurückzusenden. Wird die Zeitung nur teilweise ausgehändigt, so sind die nichtausgehändigten Teile, und nur diese, dem Absender mit dem Grund der Nichtaushändigung zurückzusenden.

Der LOTTA-ABO-Schnippsel!

Pro Jahr erscheinen vier LOTTA-Ausgaben. Der Stückpreis beträgt 2 Euro plus Porto, für WiederverkäuferInnen (ab 5 Stück) 1,50 Euro plus Porto.

Unsere Kontoverbindung lautet:

Geschichtswerkstatt Dortmund e.V.
Konto-Nr.: 021023493
BLZ: 44050199
Stadtsparkasse Dortmund
Stichwort: LOTTA

Bitte bei Überweisungen unbedingt den Namen der abonnierenden Gruppe/ Person und die Nummer der bezahlten/bestellten Ausgabe(n) angeben!

Jahreseinzelabo über 4 Ausgaben

Alle Preise inkl. Porto

O Jahresabo	11 Euro
O Jahresabo, Förderabo „Ente"	16 Euro
O Jahresabo, Förderabo Mittelklasse	21 Euro
O Jahresabo, Förderabo S-Klasse	..... Euro

Ich überweise den Jahresbeitrag von ..... umgehend auf Euer Konto.

Ich habe den Jahresbetrag von ..... in bar beigelegt.

Archiv-Pack
(bei vergriffenen Ausgaben schicken wir eine Kopie)

O Ausgaben Nr. 4-7 (inkl. Porto)	5 Euro

Jahresmehrfachabo für WeiterverkäuferInnen (ab 5 Exemplare)

O Jahresabo 5 Exemplare	30 Euro + Porto
O Jahresabo 10 Exemplare	60 Euro + Porto
O Jahresabo 20 Exemplare	120 Euro + Porto
O Jahresabo 30 Exemplare	180 Euro + Porto

Wir / Ich überweise/n Euch jeweils ¼ des Jahresbeitrages nach Erhalt einer jeden Ausgabe auf Euer Konto (nur für Weiterverkäufer/innen).

An die

LOTTA
Am Förderturm 27
46049 Oberhausen

Bestellungen können auch an lotta@koma.free.de gemailt werden

.....
Vorname, Name, Gruppe

.....
Anschrift PLZ, Ort

.....
E-Mail und/oder Telefonnummer

....
Ort, Datum Unterschrift

LOTTA-Veranstaltungstipps

Politische Brandstiftung

Buchvorstellung und Lesung mit Jochen Schmidt

Mittwoch, 23.10.2002
20.00 Uhr im Bahnhof Langendreer,
Raum 6, Wallbaumweg 108, Bochum

Zehn Jahre nach den Pogromen in Rostock-Lichtenhagen wurden die Prozesse gegen 44 Angeklagte eröffnet, drei von den BrandstifterInnen zu Jugendstrafen - Höchstmaß 3 Jahre - verurteilt.
Jochen Schmidt hat für sein Buch "Politische Brandstiftung" jahrelang recherchiert und belegt, dass ein solches Fanal politisch beabsichtigt und geschickt provoziert, wenn nicht sogar initiiert wurde.

Rechtsrutsch in den Niederlanden?

Mittwoch, 9. Oktober
20.00 Uhr, Linkes Zentrum,
Corneliusstr. 108 (Hinterhof), Düsseldorf

Die Wahlerfolge der rechtspopulistischen "List Pim Fortuyn" und die Ermordung Pim Fortuyns haben das gesellschaftliche Klima in den Niederlanden verschärft. Unabhängige niederländische AntifaschistInnen von der Gruppe KAFKA werden die aktuelle Situation darstellen und analysieren.